

Jung und arm: das Tabu brechen!

Armut von Kindern und Jugendlichen verhindern
und ihre Folgen bekämpfen



Impressum

Herausgeberin
**Eidgenössische Kommission für Kinder-
und Jugendfragen (EKKJ)**

Mitglieder der EKKJ-Arbeitsgruppe «Armut»

Chantal Ostorero
Alexandra La Mantia-Bütler
Marion Nolde
Livia Salis-Wiget
Anna Sax
Alessandro Simoneschi
Florian Stettler
Doris Summermatter Kaufmann
Adrian Zimmermann

Übersetzungen

Sprachdienst des Bundesamtes für Sozial-
versicherungen

Fotos, Bilder und Zitate

Kleinklassen an der Urtenen

Gestaltung und Layout

Ritz und Häfliger, visuelle Gestaltung, Basel
www.ritz-haefliger.ch

Vertrieb

Eidgenössische Kommission für Kinder- und
Jugendfragen
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Tel 031 322 92 26
Fax 031 324 06 75
ekkj-cfej@bsv.admin.ch

Der Bericht steht auch auf www.ekkj.ch zur Verfügung

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe
erwünscht; Belegexemplar an die EKKJ.

Bern, August 2007



Jung und arm: das Tabu brechen!

*Armut von Kindern und Jugendlichen verhindern
und ihre Folgen bekämpfen*



Die EKKJ, Antenne und Wegbereiter für Kinder und Jugendliche

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu deuten. Sie soll Anliegen der heranwachsenden Generation formulieren und entsprechende Vorschläge ableiten. Bei wichtigen Beschlüssen des Bundes prüft die EKKJ, welche Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zu erwarten sind.

Als ausserparlamentarische Kommission berät die EKKJ den Bundesrat und andere Behörden des Bundes. Dadurch kann sie Anliegen und Ansprüche der Kinder und Jugendlichen direkt in die verschiedenen Entscheidungsprozesse einbringen. Oft wird die EKKJ zur Beratung beigezogen wenn kinder- oder jugendrelevante Themen behandelt werden.

Ein Gremium von Fachleuten

Die geschilderten Aufgaben kann die EKKJ dank der Kompetenz ihrer zwanzig Mitglieder wahrnehmen: Es handelt sich um Personen, die aufgrund ihrer beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit dazu qualifiziert, sowie für Anliegen der Kinder und Jugendlichen sensibilisiert und über neueste Entwicklungen und Trends informiert sind.

Dank ihrer Erfahrung und ihrer Kenntnisse können die Mitglieder der EKKJ die Situation von Kindern und Jugendlichen umfassend analysieren. Die EKKJ ist heute als zentrale Akteurin der nationalen Kinder- und Jugendpolitik anerkannt.

Dialog und Partizipation

Die Kommission hat es sich zum Arbeitsprinzip gemacht, dass Kinder und Jugendliche ihre Anliegen und Ansprüche selber formulieren und vorbringen können. So wurden für die Erarbeitung der verschiedenen Berichte der EKKJ auch immer partizipative Formen angewandt. Ausserdem pflegt die Kommission den ständigen Austausch mit Gruppierungen, Organisationen und Institutionen, welche sich mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigen. Nur so kann gewährleistet werden, dass ein möglichst breites Spektrum an Meinungen berücksichtigt wird. Dazu betreibt die EKKJ eine eigenständige Informationspolitik, ergänzt durch die zweijährlich stattfindende Bieler Fachtagung, an der jeweils über 200 Personen teilnehmen.

Tätig seit 1978

Die EKKJ wurde am 5. Juni 1978 vom Bundesrat eingesetzt. Ihr Auftrag hat sich seither in den Grundzügen nicht verändert und wurde im Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz) vom 6. Oktober 1989 gesetzlich verankert: «Der Bundesrat bestellt eine eidgenössische Kommission für Jugendfragen, welche zuhanden der zuständigen Behörden des Bundes (a) die Situation der Jugend in der Schweiz beobachtet, (b) mögliche Massnahmen prüft und (c) wichtige bundesrechtliche Vorschriften vor ihrem Erlass auf ihre Auswirkungen auf die Jugendlichen begutachtet. Sie kann von sich aus Anträge stellen.» (Art. 4).

Durch einen Bundesratsbeschluss vom 26. September 2003 wurde das Mandat der Kommission auch auf die Kinder erweitert.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Pierre Maudet, Präsident der EKKJ	6
Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen: ein Tabu brechen Chantal Ostorero	7
Bilder zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»	10
Der Weg zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»	12
Kinder und Jugendliche kommen zu Wort Situationsdeutungen, Forderungen und Wünsche von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen Adrian Zimmermann	15
Armut von Kindern in Deutschland – Möglichkeiten zur Armutsprävention Gerda Holz	24
Einmal arm – immer arm? Ergebnisse neuerer Forschung zur Armut junger Menschen Matthias Drilling	37
Gemeinsam und entschlossen gegen Armut Stéphane Rossini	49
Politische Forderungen der EKKJ	56
Zusammensetzung der EKKJ	65
Berichte der EKKJ	67



Vorwort

Die grosse sozialpolitische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass wir die älteren Menschen in unserer Gesellschaft aus der Armut geholt haben. Durch die Einführung der AHV 1948 und der obligatorischen beruflichen Vorsorge 1985 profitiert heute eine ganze Altersgruppe von besseren materiellen Bedingungen als die Generation vor ihr im gleichen Lebensabschnitt. Leider gilt das nicht mehr für die jüngeren Generationen. Verglichen mit den Eltern verschlechtern sich ihre Lebensbedingungen zusehends.

Nach neuesten Zahlen sind rund 45% aller Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in der Schweiz jünger als 25 (gegenüber 1,5% die älter als 65 sind). Die nächste grosse Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird es also sein, die besorgniserregende Armutssituation in den Griff zu bekommen und rasch wirksame Lösungen gegen die materielle Unsicherheit zu finden, von der ein so wichtiger und unvermuteter Teil der Gesellschaft betroffen ist: Kinder und Jugendliche.

Die Handlungsfelder sind vielfältig: Es gilt, die Probleme zu erkennen und zu benennen; Lösungsansätze zu suchen; Strukturanpassungen vorzuschlagen; längerfristige Perspektiven aufzuzeigen... Im November 2006 hat die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen das Tabu gebrochen indem sie ihre traditionelle «Bieler Tagung» der Armut und dem sozialen Ausschluss von Kindern und Jugendlichen gewidmet hat. Die Kommission hat sich nicht damit begnügt, die anstehenden Probleme auf den Tisch zu legen, sondern hat eine Reihe von konkreten Forderungen erarbeitet, die in vorliegender Publikation präsentiert werden. Nun liegt es an den einzelnen Entscheidungsträgern der schweizerischen Sozialpolitik, Lösungen zu entwickeln und das Problem auf nationaler Ebene mit höchster Priorität anzugehen. Nur so lässt sich verhindern, dass die tickende Zeitbombe, welche die zunehmend prekären Lebensverhältnisse vieler Kinder und Jugendlicher darstellt, den Generationenvertrag nachhaltig gefährdet. Vor diesem Hintergrund und in diesem Sinne laden wir Sie zur Lektüre der politischen Forderungen und des Berichtes ein.

Pierre Maudet, Präsident der EKKJ

Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen: ein Tabu brechen

Armut ist in der Schweiz immer noch ein Tabu. Viele ziehen es vor, ausgegrenzt und verschuldet im Abseits zu leben, als das Gesicht zu verlieren und sich als arm bekennen zu müssen. Laut aktuellen Daten des BFS (Bundesamt für Statistik 2007) beziehen immer mehr Menschen in der Schweiz Sozialhilfe. Von Armut sind vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betroffen. 2005 machten sie 44% aller Sozialhilfeempfänger aus. Kinder von arbeitslosen Eltern und Alleinerziehenden stehen an erster Stelle, ebenso Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit mehr als zwei Geschwistern. Besonders hoch ist die Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen in grossen urbanen Zentren. In den Städten ist fast jeder zehnte junge Erwachsene (zwischen 18 und 25 Jahren) Sozialhilfeempfänger. In Basel lebt sogar jedes siebte Kind in einer von Sozialhilfe abhängigen Familie. Kinderarmut ist demnach heute weit mehr als nur ein Randphänomen.

Die alarmierenden Zahlen haben die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) auf den Plan gerufen: Im Frühling 2005 hat die EKKJ beschlossen, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen vorrangig zu behandeln. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der jungen Generationen ist für die Zukunft der Schweiz von enormer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die EKKJ ihre traditionelle Bieler Tagung vom 2. und 3. November 2006 dem Thema «Welche Zukunft? Armut und sozialer Ausschluss von Kindern und Jugendlichen» gewidmet.

Der folgende Bericht enthält eine Übersicht über die wichtigsten Schlussfolgerungen der Bieler Tagung und stellt verschiedene thematische Studien vor. Ein weiterer Schwerpunkt bilden die politischen Forderungen, die auf das Kleinkindalter, Bildung, Gesundheit und Familienpolitik zielen.

Ein komplexes Problem

Fakt ist, dass sich die Problematik von Armut und sozialer Ausgrenzung bei Kindern und Jugendlichen nicht so leicht erfassen lässt. Fachleute unterstreichen immer wieder die enorme Komplexität, aufgrund der mehrdimensionalen Armuts- und Ausgrenzungsfaktoren. In der Schweiz fehlen nicht nur statistische Informationen, sondern auch elementare Studien zum Thema, die über die Zahlendimension hinausgehen. Für eine kohärente und effiziente Bewältigung von Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen braucht es eine mit Kenntnissen fundierte Strategie. Wie beeinflussen sich armutsrelevante Faktoren gegenseitig? Wie erleben betroffene Kinder und Jugendliche die Situation? Welche Rolle und welche Bedeutung haben Schutzfaktoren und Bewältigungsstrategien? Diese Fragen gilt es in diesem Zusammenhang zu klären.

Kinder- und jugendzentrierte Sichtweise

In den Systemen der sozialen Sicherheit werden Kinder und Jugendliche vor allem als «Mitglied einer von Sozialhilfe abhängigen Familie» wahrgenommen. Wir wissen heute, dass Armut der grösste Risikofaktor für die kindliche Entwicklung darstellt. Die Auswirkungen zeigen sich bereits in frühesten Kindheit und die langfristigen Folgen gehen weit über Kindheit und Jugend hinaus. Was fehlt ist eine genaue Definition und empirische Messungen der kinds- und jugendbezogenen Armut, wie sie die Betroffenen erleben. Schutzfaktoren und geeignete Massnahmen, die die Armutsfolgen kompensieren sind nur schwer fassbar. Der von der deutschen Armutsforscherin Gerda Holz vorgeschlagene Paradigmenwechsel scheint uns unumgänglich. Um Präventions- und/oder geeignete Kompensationsmassnahmen vorzuschlagen, muss nicht nur die Situation des Kindes innerhalb der Familie bekannt sein, sondern es braucht eine explizite Fokussierung auf Kinder und Jugendliche: Wie sind sie von der Armut betroffen? Wie ist ihre subjektive Wahrnehmung? Welche persönlichen Ressourcen stehen ihnen zur Verfügung? Es geht darum, das Potenzial und die Ressourcen der Kinder zu erschliessen, um die Armutsfolgen der Familie zu begrenzen respektive zu vermeiden. Kinder sollen nicht mehr nur als Teil der von Armut betroffenen Familie wahrgenommen werden, sondern ihnen soll besondere und gezielte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Kinder- und Jugendarmut nicht verdrängen

In den Industrieländern, speziell in der Schweiz, werden Individuen an Leistung, Erfolg und Vermögen gemessen. Es herrscht deshalb die Vorstellung, Armut und soziale Ausgrenzung seien auf persönliche Defizite zurückzuführen. Auch Kinder und Jugendliche unterliegen dieser vereinfachten Sichtweise. Armutsbetroffene kleine Kinder werden meist noch bemitleidet, aber das ändert sich, wenn sie älter werden: Jugendliche Sozialhilfeempfänger werden oft als arbeitsscheue Faulenzer abgestempelt, ausländische Jugendliche als gewalttätig stigmatisiert. Allzu oft greifen die Medien dieses Bild in einseitiger Weise auf. Armut und soziale Ausgrenzung fallen deshalb in der Schweiz oft unter den Tisch. Stéphane Rossini entrüstet sich in seinem Beitrag darüber, *dass die Armutsbekämpfung in der Schweiz nicht Teil des kollektiven Bewusstseins und schon gar nicht des politischen Bewusstseins sei. Es werden weder Ziele noch gewissenhafte, kohärente Handlungsstrategien ausgearbeitet und strukturiert, um dem Problem beizukommen.* Die Schweiz bleibt von Armut nicht verschont, aber dennoch sucht man sie auf der politischen Agenda bis heute vergeblich.

Handeln können wir erst dann, wenn wir Kinder- und Jugendarmut nicht mehr totschweigen und sie nicht nur als konjunkturelles oder wirtschaftliches Phänomen abtun. Es handelt sich um eine gesellschaftliche und nicht um eine individuelle Problematik. Gerda Holz erinnert daran, dass alle sozialen Schichten betroffen sind: *Treffen kann es jeden, das Kind eines wenig erfolgreichen Selbständigen, den Jugendlichen mit türkischer Herkunft ebenso wie das Mädchen aus einem sozialen Brennpunkt oder die Söhne einer allein erziehenden Akademikerin.*

Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut

Verschiedene Organisationen haben in den letzten Jahren Alarm geschlagen und auf die Armutssituation in der Schweiz aufmerksam gemacht. Darunter auch die Caritas und die Städteinitiative mit ihrer Frühlingskonferenz 2005 zum Thema «Jung, erwachsen und arm – Engpass oder Sackgasse?». Im Januar 2007 forderte die SKOS ausserdem eine gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut.

Ein Hoffnungsschimmer also. Verschiedene parlamentarische Vorstösse, so insbesondere die Motion der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte, beauftragten den Bundesrat, eine nationale Konferenz zur beruflichen und sozialen Integration durchzuführen. Mitwirken sollen verschiedene Akteurinnen und Akteure der Armutsbekämpfung. Ziel der Konferenz ist die Entwicklung konkreter und koordinierter Massnahmen für einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut.

2003 fand bereits eine nationale Armutskonferenz statt, aus der allerdings keine konkreten Aktionen hervorgingen.

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hofft nun, dass dieses Mal eine echte nationale Politik zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zustande kommt und dass klare sozial-, wirtschafts- und bildungspolitische Strategien hervorgehen. Die Umsetzung konkreter Massnahmen darf dabei nicht ausser Acht gelassen werden. Der EKKJ geht es dabei vor allem darum, dass der Kinder- und Jugendarmut Rechnung getragen wird.

Auch versteckte Kinder- und Jugendarmut kann mittel- und längerfristig verheerende soziale Folgen haben. Es ist deshalb an der Zeit, die Armutsproblematik auf die politische Agenda zu setzen und den Generationenvertrag zu Gunsten der Jungen zu überdenken.

Die EKKJ will mit diesem Bericht ihren Beitrag dazu leisten.

Chantal Ostorero, Mitglied des Büros der EKKJ

Bilder zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»





Der Weg zur Ausstellung «?arm – ausgeschlossen?»

Was zuerst geschah

Unsere Lehrerinnen fragten uns, ob wir eine Ausstellung zum Thema «Armut und Ausschluss» gestalten möchten.

Zuerst konnten wir es uns nicht so richtig vorstellen, wie wir zu diesem schwierigen Thema eine Ausstellung machen sollten. Es wäre schon einfacher gewesen, eine Ausstellung über ein Tier zu machen oder über ein Land. Aber eben, unsere Lehrerinnen haben wohl nicht gerne einfache Sachen.

Ausstellung für die Tagung der Kommission für Kinder- und Jugendfragen am 2./3. 11. 06

Die Tagung fand zum Thema «Welche Zukunft? Armut und sozialer Ausschluss von Kindern und Jugendlichen» statt. Damit die Erwachsenen während dieser Tagung erfahren, wie Kinder über dieses Thema denken, durften wir eine Ausstellung dazu gestalten. Wir empfanden das als eine grosse Ehre. So waren wir nicht so sicher, ob wir das wirklich können. Unsere Lehrerinnen machten uns Mut.

Ideensammlung

Zuerst wollten wir verstehen, wer diese EKKJ überhaupt ist und was diese Kommission so macht. Es schien uns wichtig auch über den Bundesrat Bescheid zu wissen, denn an der Tagung trafen wir den Bundesrat Pascal Couchepin persönlich.

Weiter mussten wir Informationen über das Thema einholen und uns damit befassen. Als wir dies alles etwas verstanden, suchten wir gemeinsam Ideen, was wir an dieser Ausstellung alles ausstellen könnten.

Wir machten eine Liste mit allen Aufgaben, die wir erledigen mussten und staunten nicht schlecht, als unsere Türe mit vielen «to do- Listen» beklebt war. Ob das alles zu schaffen war?

An die Arbeit

So, nun mussten wir aber an die Arbeit gehen. Die Zeit war sehr knapp und wir konnten es uns nicht leisten zu trödeln. Nach vielen, vielen Arbeitsstunden entstand nach und nach eine interessante und vielseitige Ausstellung zum Thema «?arm – ausgeschlossen?».

Rede für Herrn Bundesrat Couchepin

Was nun noch fehlte, war die Rede für den Bundesrat Couchepin. Was sagt man so einem Bundesrat und wie sagt man es?

Zwei Gipsfiguren waren bereit, um sie dem Bundesrat zu schenken. Nun musste noch ein schlauer Text geschrieben werden. Es war wichtig für uns, ihm sagen zu können, dass wir Kinder kein Armutsrisiko für unsere Eltern sein wollen. Zwei Ideen hatten wir um das zu verhindern: Wir möchten, dass die Familiensteuern weniger hoch sind und dass die Löhne der Eltern so hoch sind, dass es keine Working Poor mehr gibt. Mit viel Durchhaltewillen schrieben ein paar Kinder zusammen die



Eine Dekorationsfigur wird gebastelt.



Viele Texte mussten in den Computer eingetippt werden.



Besucher studieren Thesen zum Thema «Armut und sozialer Ausschluss».

Rede. Das war vielleicht eine Herausforderung. Doch die noch grössere Herausforderung folgte an der Bieler Tagung. Sicher hundert Mal übten die Kinder die Rede für den Herrn Couchepin.

Ausstellung in Biel am 2. November 2006

Alles war bereit. Gemeinsam fuhren wir nach Biel. Im Auto hörten wir gerade den Bericht von Radio DRS über unsere Ausstellung. Das machte uns etwas stolz.

Um 18h war der grosse Moment: zwei Kinder eröffneten auf der grossen Bühne unsere Ausstellung, die die Tagungsbesucher anschliessend ansehen durften. Die Leute waren sehr interessiert und stellten viele Fragen. Es war spannend zu diskutieren und zu erklären. Am Schluss durften wir noch wie die Grossen ein Apérobuffet geniessen.

Treffen mit Pascal Couchepin

Am grossen Tag waren alle nervös. Ja, so ein Bundesrat kann einem schon etwas nervös machen. Uns beruhigte es, dass die Lehrerinnen auch noch da waren. Die haben nämlich immer viele Ideen und viel Charme, um eine brenzlige Situation zu entschärfen.

Als es soweit war, brachten wir dann unsere Texte leider etwas durcheinander. Sonst verlief alles prima. Herr Bundesrat Couchepin schien sich über die Gipsfiguren zu freuen. Die Leute im Saal hörten aufmerksam zu und lachten zwischendurch. Für uns war das ein grosses Erlebnis, das wir nie mehr vergessen werden.

Rückblick

Wir haben sehr viel gearbeitet und viel erreicht. Immer wieder standen wir vor Aufgaben, die uns unlösbar schienen. Manchmal hatten wir auch Krisen oder Krach oder auch beides zusammen. Aber das gehörte dazu. Das ist alles vergessen. Hauptsache, wir haben es geschafft. Wir sind sehr stolz auf unsere Ausstellung. Schliesslich ist es eine grosse Ehre, für die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen eine Ausstellung zu gestalten und erst noch mit einem Bundesrat zu sprechen. Das passiert einem Kind in unserem Alter nicht jeden Tag.

Es hat viel Spass gemacht, das Projekt. Wir freuen uns sehr über die gute Zusammenarbeit mit den netten Leuten der EKKJ. Auch fanden wir die Tagungsbesucherinnen und Tagungsbesucher toll. Besonders die lobenden Worte taten im Herzen gut.

Das Projekt hat uns gezeigt, dass auch wir Kinder die grossen Leute auf schwierige Tatsachen aufmerksam machen und motivieren können, etwas dagegen zu unternehmen. Leider können wir nicht gerade die ganze Welt retten aber dennoch armen und ausgeschlossenen Menschen etwas Mut und Freude geben und ihnen zeigen, dass auch sie wichtig sind und dass wir an sie denken. Wir werden weiterkämpfen gegen Armut und sozialen Ausschluss. Helfen auch Sie mit?

Die Schüler/-innen der Kleinklassen an der Urtenen
Almedina, Anoya, Roger, Mergessa, Björn, Sandra, Alain, Reto, Ahmet,
Gökhan, Qendresa, Michi, Tona und Zeshan

Ihre Klassenlehrerinnen
Brigitte Gerber, Rita Candelotto und Livia Salis-Wiget

P.S. Zitate dieser Ausstellung sind über den ganzen Bericht verteilt. Die EKKJ dankt den Schülerinnen und Schülern der Kleinklassen an der Urtenen und ihren Klassenlehrerinnen herzlich für Ihre tolle Ausstellung und ihre wertvollen Beiträge zum besseren Verständnis von Armut.



Die Kinder überreichen Bundesrat Couchepin eine Gipsfigur.

Kinder und Jugendliche kommen zu Wort

Situationsdeutungen, Forderungen und Wünsche von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen

Adrian Zimmermann, Mitglied der EKKJ und Historiker

1. Ein partizipatives Element an der Bieler Tagung

Kinder- und Jugendpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen selbst ausrichten. Die EKKJ will auch in ihrer eigenen Arbeit dem Anspruch gerecht werden, Kinder- und Jugendpolitik in einem partizipativen Prozess von diesen selbst (mit-)gestalten zu lassen. Entsprechend sollen an der Bieler Tagung jeweils auch Kinder und Jugendliche, die von der Thematik selber betroffen sind, zu Wort kommen und ihre Bedürfnisse und Kompetenzen einbringen können.

Bei der Thematik «Armut und sozialer Ausschluss» war dies nicht ganz einfach. In den Industrieländern im Allgemeinen und in der reichen und leistungsorientierten Schweiz im Besonderen, ist die Meinung weit verbreitet, Armut und sozialer Ausschluss seien auf persönliche Defizite zurückzuführen. Die Wirkung dieser Vorurteile ist so stark, dass Betroffene sich häufig ihrer Armut schämen und ihre Bedürfnisse, im krassen Gegensatz zur landläufigen Klage über «Sozialmissbrauch», nur sehr zurückhaltend artikulieren. Es galt somit einen Weg zu finden, der den direkt betroffenen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gab, ihre Stimme in einer gerade ihrer Situation angemessenen würdigen Weise an der Tagung vernehmen zu lassen. Arme Kinder und Jugendliche sind nicht einfach bemitleidenswerte Opfer. Ohne in den umgekehrten Irrtum zu verfallen, die Armut zu romantisieren, gilt es auch nach den Potentialen zu fragen, die es armen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Situation eigenständig zu meistern und Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die aus dem Teufelskreis von Armut und sozialem Ausschluss herausführen.

Nach einer sorgfältigen Abwägung verschiedener Möglichkeiten, entschied sich die EKKJ schliesslich dafür, zwei Berichte die, auf Gesprächen mit armen Kindern und Jugendlichen aufbauen würden in Auftrag zu geben. Zwei entsprechende Mandate wurden erteilt: einerseits an ein Team von Experten für kommunale Jugend- und Gemeinwesenarbeit¹, bestehend aus Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith und Viviane Dubath; andererseits an Caroline Regamey, die das Ressort Sozialforschung beim Centre social protestant in Lausanne leitet.²

¹ Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith, Viviane Dubath, Selbstwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in Armut. Einzel- und Gruppengespräche mit von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen. Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), Rodersdorf, Dezember 2006

«Armut habe ich schon einmal gesehen in der Schweiz.
Ich weiss aber nicht mehr wo.»

Gesprächssequenzen aus Interviews beider Berichte konnten an der Tagung teils ab Band, teils schriftlich in anonymisierter Form präsentiert werden. Damit wurde die Tagung ihrem Anspruch gerecht, auch als Sprachrohr für arme Kinder und Jugendliche zu dienen, ohne ihre Persönlichkeit zu verletzen, die gerade unter den gegebenen Bedingungen eines besonderen Schutzes bedarf.

2. Thema und Methodik der Berichte

Der Bericht von Caroline Regamey berücksichtigt vor allem den wichtigen Problembereich des Übergangs von der Ausbildung ins Erwerbsleben. Der bisherige Forschungsstand (u.a. TREE) zeigt klar, dass der Übergang (Transition) zwischen der Volksschule und dem Arbeitsmarkt einer der entscheidendsten Momente in der beruflichen und sozialen Biographie ist. Wenn er misslingt, ist eine dauerhaft prekäre soziale Stellung so gut wie vorprogrammiert. Caroline Regamey führte – nach einer vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Resultaten der relevanten Forschung – Interviews mit je zwei jungen Männern und Frauen aus dem Raum Lausanne, die zum Zeitpunkt der Interviews von Übergangsangeboten Gebrauch machten. Weiter befragte Caroline Regamey ebenfalls in diesen Institutionen arbeitende Fachleute. Die Transkripte der vier Interviews mit den Jugendlichen wurden mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung ausgewertet. Die kleine Zahl der Fälle wird dadurch mehr als aufgewogen, dass die Fälle exemplarisch die Problematik aufzeigen können: Die prekäre Stellung aller vier Jugendlichen ist das Resultat einer Kumulation struktureller Probleme (Lehrstellenmangel, zunehmende Kluft zwischen Schulwissen und am Arbeitsmarkt gefragten Fähigkeiten, selektives Schulsystem benachteiligt Jugendliche, die «nur» einen Realschul- statt Sekundarschulabschluss haben, Benachteiligung von Jugendlichen aus unterprivilegierten Milieus und mit bestimmter nationaler Herkunft) und kritischer Ereignisse in ihrem Lebenslauf (zerrüttete Familienverhältnisse, Schulversagen, psychische Probleme). Dabei legt die Studie nahe, dass gerade auch solche scheinbar individuellen Schicksalsschläge letztlich durch die strukturelle Benachteiligung bedingt sind.

Die auf insgesamt 41 Interviews mit Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Landesteilen und verschiedenen Altersgruppen beruhende Studie von Kohler, Awender, Raith und Dubath wählte eine grundlegend andere Methode: Hier führten sogenannte «Vertrauenspersonen», die in ihrem Berufsalltag mit armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, die Gespräche. Die Fülle von Aussagen seitens der betroffenen Kinder und Jugendlichen und seitens der in diesem Feld arbeitenden Fachpersonen ermöglicht wertvolle Einblicke ins Leben armer und sozial ausgegrenzter Kinder und Jugendlicher. Damit konnte die Kommission ein konkretes und relativ breit abgestütztes Bild davon gewinnen, wie die betroffenen Kinder

² Caroline Regamey, De l'école à la précarité. Éclairages sur la situation difficile de certains jeunes en période de transition école-métier, rapport destiné à la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse, Lausanne, juillet 2006.

und Jugendlichen ihre soziale Situation erleben und welche Wünsche und Forderungen sie selbst erheben, um ihre prekäre Lage zu mildern oder gar beheben zu können.

3. Situation und Situationsdeutung der Kinder und Jugendlichen

Die in der Studie von Caroline Regamey untersuchten Einzelschicksale bestätigen und illustrieren auf eindrückliche Weise, den von der Armutsforschung herausgearbeiteten Befund, dass Armut als eine «multiple Deprivation» aufzufassen ist.³ Auch die Studie von Kohler, Awender, Raith und Dubath geht davon aus, dass eine «Kumulation von Schwierigkeiten» dafür verantwortlich ist, dass «so viele Menschen in der Schweiz in die Armutsfalle geraten».⁴

Ein selber betroffenes rund 15-jähriges Mädchen definiert Armut knapp und präzise genau in diesem Sinn: «*Arm ist, wenn man ausgeschlossen wird, weil man kein Geld hat. Wenn man keine Familie, keine Verwandten und keine Wohnung hat.*»⁵

Der in der Armutsforschung ebenfalls eine zentrale Rolle spielende Unterschied zwischen absoluter und relativer Armut⁶ ist gerade Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenfalls klar bewusst, so etwa einem 18 Jahre jungen Mann aus dem Raum Basel:

«*Ich fühle mich nicht gerade arm, aber vielleicht ein bisschen untergeordnet... wenn es um Geld geht und so. Wenn ich zu Anderen nach Hause gehe, zu denen, die Geld haben, dann sehe ich schon, dass das eine andere Welt ist... wenn ich aber in mein Heimatland gehe, dann sehe ich, was wirklich Armut heisst. Dagegen habe ich ein Luxusleben.*»⁷

Diese Aussage verweist darauf, dass viele der befragten Kinder und Jugendlichen sich selbst nicht als «arm» fühlen. Vielmehr betonen die im Rahmen der Studie von Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith und Vivianne Dubath befragten Jugendlichen häufig die Ressourcen und Potentiale, die es ihnen ermöglichen, sich auch unter widrigsten Umständen zu behaupten.

«Arm» hat umgangssprachlich mehrere Bedeutungen und die wenigsten davon sind für die so bezeichneten Personen schmeichelhaft. Wer «arm» ist, gilt als bemitleidenswert, ein Opfer, ja bisweilen wie in der Wendung «geistig arm» sogar als dumm. Es ist schon angesichts dieser negativen Konnotation wenig verwunderlich, dass viele der befragten Kinder und Jugendlichen sich selbst nicht als «arm» bezeichnen wollen. Ein 8-jähriger Junge srilankischer Herkunft aus einer bernischen Landgemeinde verneint die Frage, ob er denke, dass er «selbst arm» sei, wie folgt: «*Nein, ich denke ich bin stark.*» Auf die Frage ob er sich nicht doch «manchmal arm» fühle, erzählt er dann, wie er von den anderen Kindern ausgeschlossen wird: «*Doch, manchmal, wenn die*

³ Vgl. den Beitrag von Gerda Holz zum vorliegenden Bericht.

⁴ Kohler et al., S. 2.

⁵ Kohler et al., S. 10.

⁶ Vgl. dazu ebenfalls G. Holz

⁷ Kohler et al., S. 11.

Kinder mich schlagen. Ich mag das nicht und damit muss ich dann zu meiner Lehrerin, um ihr das zu sagen.» Der Junge erzählt dann weiter, wie er von den anderen Kindern in der Schule ständig geplagt wird, er fühlt sich oft ausgeschlossen und weiss nicht, warum ihn die anderen Kinder schlagen. Auch von der Mutter wird er manchmal geschlagen.⁸

Und auch die älteren Kinder und Jugendlichen sehen den sozialen Ausschluss als die gravierendste Auswirkung der Armut *«Erst wer keine Kollegen oder Freunde hat, die sich um einen kümmern, der ist wirklich arm»*, meint eine Jugendliche.⁹

Trotzdem benennen die Kinder und Jugendlichen in anderen Passagen der Gespräche jeweils durchaus die prekären finanziellen Verhältnisse in denen sie leben, als Hauptursache ihrer schwierigen Situation. Der schon zitierte junge Mann aus dem Raum Basel meint dazu:

*«Ich kenne viele Leute, die arm sind. Ich fühle mich schon auch als arm, dieses Gefühl überkommt mich recht häufig. Ich erlebe es als schwierig, damit umzugehen. Ich komme mit wenig Geld über die Runden. Es belastet mich sehr, wenn es meiner Familie nicht gut geht, wegen den finanziellen Problemen.»*¹⁰

Neben den prekären finanziellen Verhältnissen der Herkunftsfamilien sind die zu stark auf Selektion ausgerichtete Schulbildung und der Lehrstellenmangel als die hauptsächlich strukturellen Ursachen dafür anzusehen, dass eine wachsende Zahl von Jugendlichen den Sprung von der Schule in den Arbeitsmarkt nicht schafft.

So thematisieren die Jugendlichen wiederholt die eingeschränkten Chancen für Realschüler auf dem Lehrstellenmarkt, so auch die 17-jährige Estelle aus dem Raum Lausanne, die gerne Kosmetikerin würde, sich aber auch für Lehrstellen im Verkauf bewirbt und sich wünschen würde *«dass die Chefs zuerst mal weniger auf die Schulnoten schauen. Das wäre gut. Wenn man schaut, sind es doch meistens die Realschüler (VSO) die es schwer haben... Die Sekundar- (VSG) und die Bezirksschüler (VSB) können ja aufs Gymnasium oder die Uni gehen und so. Die Realschüler können das nicht... Was haben die schon für Möglichkeiten? ...»*¹¹

Und der in der selben Region wohnhafte 20-jährige Kyo, der von einer Karriere als Berufskampfsportler träumt und nach einer abgebrochenen Bäckerlehre und mehreren Praktika und Zwischenlösungen nun eine Vorlehre für die Ausbildung als Kleinkindererzieher absolviert, hat auch eine einleuchtende Erklärung für diese Diskriminierung der Realschüler:

⁸ Transkript Interview mit K., 8 jährig, Sohn von Asylbewerbern (Sri-Lanka), wohnhaft am Rand der Zentrumsgemeinde einer ländlichen Region, Kohler et al. S. 14 f.

⁹ Kohler et al, S. 13.

¹⁰ Kohler et. al., S. 11.

¹¹ Regamey, S. 21, Die Abkürzungen stehen für folgende Schultypen: Voie secondaire à options (VSO) entspricht der niedrigsten Schulstufe (davon wird ein Teil der SchülerInnen in Kleinklassen (R) unterrichtet), Voie secondaire générale (VSG) legt ein starkes Gewicht auf die Berufswahl, Voie secondaire de baccalauréat (VSB) bereitet auf den Übertritt ins Gymnasium vor. Die Zitate aus der Studie Regamey wurden vom Sprachdienst des BSV ins Deutsche übersetzt.

«[...] ich bin auch nicht anders als die anderen, ist doch logisch, der Chef kriegt dreissig Bewerbungen, hat 50 Briefe auf seinem Pult, ist doch klar, dass der nicht schaut, ob du motiviert bist, das sind doch die ersten, die sagen «Du bist Sekundarschüler (G), ok, Du hast die Stelle. Du bist auf der Realschule (O) oder in einer Kleinklasse (R), tut mir leid, Du kriegst die Stelle nicht.»¹²

Und der 17-jährige Mickey erzählt, dass seine einmal angehäuften schulischen Defizite immer noch die zentrale Hypothek auf der Stellensuche darstellen und ihn dazu führten, seine Ansprüche zunehmend herunterzuschrauben:

«Wo es halt wirklich fehlt, ist bei den [...] Schulkenntnissen. Das testen die immer. Bei den Berufen, für die ich mich zuerst interessiert habe, war immer das das Problem. Und auch jetzt schaffe ich es ja immer noch nicht.»¹³

4. Strategien und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

Wie bewältigen nun die betroffenen Kinder und Jugendlichen ihren Alltag und welche Forderungen stellen sie explizit an ihr unmittelbares Umfeld aber auch an Wirtschaft und Politik? Welche Rolle spielen dabei die von Gerda Holz in ihrem Beitrag zu diesem Bericht genannten «Schutzfaktoren», die, wenn vorhanden, die Wirkungen der Armut teilweise abfedern können?

Der schon zitierte achtjährige Junge aus Sri Lanka möchte, dass «jemand da wäre, der mir ganz hilft» gegen seine ihn quälenden SchulkollegInnen. Zwar helfen ihm die Gespräche mit der Tagesmutter und der Lehrerin, aber im entscheidenden Moment ist er dann doch allein. Mit 20 Jahren möchte er «ein Auto kaufen und ein Haus und ein Büro» und er möchte Lehrer werden. Dieser Berufswunsch ist unschwer ebenfalls als ein Ausdruck seines aktuellen Bedürfnisses nach einer schützenden Autorität vor dem Mobbing seiner KlassenkameradInnen und nach seinem damit verbundenen Wunsch als «stark» zu gelten, zu erkennen: «Wenn ich Lehrer bin, sage ich allen Kindern, was verboten ist.»¹⁴

Über die Rolle der Schule klaffen die Wahrnehmungen auseinander. Ein 9-jähriges, auf dem Land lebendes Mädchen mit Schweizerpass meint:

«In der Schule geht es eigentlich gut, ich gehe gerne. Meine Kolleginnen habe ich da auch.»¹⁵

Während diese Einschätzung auch von anderen Kindern geteilt wird, sehen die älteren Jugendlichen in der Transitionsphase die Schule rückblickend meist sehr kritisch, so Mickey:

«Es ist schwierig, weil für mich damals einfach alles zuviel war. Es hat mich nicht interessiert, die Kleinklassen, die Kurse fand ich blöd [...] Die Schule hat mich kalt gelassen... Den Lehrern, denen war das egal. Die sitzen ja nur ihre

¹² Ebd. R steht für Kleinklassen.

¹³ Ebd., S. 20.

¹⁴ Interview mit K., Materialien zum Bericht Kohler et al.

¹⁵ Kohler, et. al. S. 18.

Stunden ab. Da hast du auch keine Prüfungen, Du weisst nicht, wo du stehst, und dann kommt es ja auch darauf an, wie viele Plätze frei sind... Und wie ich dann in der Realschule (VSO) war – ich war nur zwei Jahre dort – war es wie vorher in der R... da waren wir... da war es wirklich echt ... das unterste Niveau, da sind tausend Sachen, von denen wir nichts mitbekommen haben, wir hatten keine Geometrie, Algebra gab es nicht. Ich war wirklich der Schlechteste, der Letzte der ganzen Realschule. Schliesslich habe ich meinen Abschluss geschafft, aber am Schluss hatte ich wirklich genug von allem...»

Besonders über die Zeit in der Kleinklasse äussert er sich kritisch:

«[...] man schickte mich dorthin, da waren dann meistens nur frustrierte Kids. Das habe ich wirklich nicht gebraucht. Wenn etwas schief geht, dann bestimmt dort. Diese Kleinklassen haben mir nichts gebracht, sie haben mir die Schulzeit regelrecht versaut.»¹⁶

Die Schule scheint zudem bisweilen blind zu sein für Ursachen von schulisch schwachen Leistungen oder auffälligem Verhalten, die ausserhalb der Schule selbst liegen. Im Fall des eindeutig überdurchschnittlich intelligenten und interessierten Kyo waren es seine äusserst zerrütteten und gewalttätigen familiären Verhältnissen, die auch seine schulische Laufbahn torpedierten. Rückblickend wirft er der Schule vor, seine Lage nie richtig erfasst zu haben

«Die Schule... die wird wirklich völlig falsch dargestellt... Ich hatte zum Beispiel Probleme zu Hause, da hat man mich halt einfach in eine Kleinklasse (R) gesteckt, zu den Schülern die Probleme mit dem Schulstoff haben... Man hat mir schulische Probleme angehängt, obwohl ich gar keine hatte... Ich hatte Verhaltensstörungen, die darauf zurückzuführen waren, dass meine Mutter mich schlug. Sie schlug auch meine Schwester, ich musste sie mehrmals verteidigen... Ich ass nichts und am nächsten Morgen in der Schule war ich wie weggetreten... Ich verstand nichts. Ich habe enorm viel verpasst, weil ich manchmal eingesperrt wurde...zur Bestrafung! Dann musste ich vielleicht eine Woche zuhause bleiben und durfte nicht zur Schule gehen, und genau das hat dann ja wieder mir selbst geschadet.»¹⁷

In so gut wie allen Interviews lassen sich Aussagen finden, die die zentrale Rolle der Freunde und der Peer-Group hervorheben. Freundschaftliche Beziehungen unter Leuten in einer ähnlichen Situation bieten auch eine Möglichkeit, sich gegenseitig zu unterstützen, wie ein Jugendlicher berichtet:

«Man wird halt einfach nicht akzeptiert... dann musst du halt zu den Leuten gehen, die genau gleichgestellt sind, die «ärmer» sind. Und dann macht man halt mit denen, was die so machen, was sich alle leisten können.»¹⁸

Und eine 18-jährige junge Frau meint sogar schlicht:

«Wären meine Kolleginnen und Kollegen nicht, ich weiss nicht, ob ich heute noch leben würde.»¹⁹

¹⁶ Regamey, S. 34.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Kohler et al., S. 14.

Ähnliches gilt in vielen Fällen für die Familie, die sich als Schutz- und Trutzgemeinschaft bewähren kann, wie ein in der Stadt lebender Jugendlicher ausländischer Herkunft berichtet:

«Zuhause fällt es [Armut/Geldnöte, Anm. d Verf.] keinem auf, das ist Familie. Wir sprechen auch nicht darüber. Da hat man eine andere Einstellung.»²⁰

Besonders Müttern gelingt es in vielen Fällen, die schlimmsten Folgen der Armut von ihren Kindern fernzuhalten. Beispiel dafür ist die folgende Aussage eines 14-jährigen, auf dem Land lebenden Knaben:

«Auch wenn meine Mutter sehr gut einteilen muss, sie macht dies wirklich so gut, dass wir kaum was davon merken.»²¹

Dass Familien und Mütter allerdings nicht zwingend ein schützender Faktor sind, zeigt der dazu in scharfen Kontrast stehende Lebenslauf von Kyo, der von seiner selber als Kind geschlagenen, mit den Erziehungsaufgaben vollkommen überforderten und sich zeitweise prostituierenden Mutter wiederholt auf brutalste Weise misshandelt wurde. Als er zwischen 13 und 14 Jahren alt war, intervenierte einmal der Jugendschutz, dies allerdings in einer Art und Weise, die für ihn die Situation nur verschlimmerte:

«[...] der Jugendschutz ist auch gekommen [...] aber sie haben alles nur noch viel schlimmer gemacht, sie haben mich zur Seite genommen und ich habe ihnen meine Version erzählt, meine Mutter erzählte ihre Version... Sie hat geweint und ihnen etwas vorgespielt [...] Sie weinte und spielte die nette Mutter und dann zu Hause... [Geste]. Auf dem Heimweg sah ich schon meine Mutter vor mir, die mir drohte «Dich werd ich lehren!» Zuhause angekommen, war es dann noch viel schlimmer...»²²

Aufgrund solcher mangelnder Unterstützung bei konkreten Problemen hat Kyo gegen die Jugend- und Sozialbehörden eine scharf ablehnende und misstrauische Haltung, und auch bei anderen Kindern und Jugendlichen lässt sich in diese Richtung eine teilweise erhebliche Skepsis feststellen.

Generell ist es vor allem die Hilfe zur gegenseitigen Selbsthilfe in verschiedensten Formen, die von den meisten Jugendlichen als taugliches Hilfsmittel angesehen wird, *«Wir müssen zusammenhalten und uns gegenseitig helfen und unterstützen.»²³*

Es sind vor allem die älteren Jugendlichen, die Forderungen stellen, an denen politische Antworten durchaus anknüpfen können. So appelliert Kyo an die Lehrmeister:

«Den Lehrmeistern möchte ich sagen: «Hallo, wacht auf, wir haben ein Problem. Hört auf die Kinder auszubeuten, es könnten eure eigenen sein. Ihr müsst

¹⁹ Kohler et al., S. 16. Die sinngemäss gleiche Aussage macht auch Kyo, Regamey S. 28 f.

²⁰ Kohler et, S. 15.

²¹ Kohler et al, S. 15.

²² Regamey, S. 32.

²³ Kohler et al., S. 16. Die Aussage stammt von einem männlichen, in der Stadt lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

wirklich damit aufhören. Ein Praktikant ist da, um sich Einblick in einen Beruf zu verschaffen, ein Lehrling, um etwas zu lernen und nicht, um ausgebeutet zu werden». Das ist das Wichtigste...und dann braucht es auch mehr Lehrstellen. Ich kenne massenhaft Leute, die Mühe haben eine Stelle zu finden, wirklich viele. Und es gibt bestimmt noch mehr, unzählige mehr, denen es genauso geht. Es muss wirklich etwas getan werden. Den Lehrlingen möchte ich sagen: «Hört auf euch zu beklagen und legt euch ins Zeug, wenn ihr eine Lehrstelle habt. Seht zu, dass ihr sie behalten könnt, denn eine andere zu finden ist sehr schwer.»²⁴

Immer wieder fordern die Jugendlichen auch, dass sie und ihre missliche Lage endlich wahr- und ernstgenommen werden sollten, so etwa die 17-jährige Estelle, die folgende Mahnung an die Erwachsenen hat:

«Es sollten viel mehr Erwachsene um die Zukunft der Jugendlichen besorgt sein, denn es wird immer schwieriger. Es gibt viele Jugendliche, die keine Stelle haben, und sie haben immer mehr Mühe überhaupt etwas zu finden... Auch die Erwachsenen finden es daneben, dass die Jugendlichen heute keine Lehrstellen mehr finden.»²⁵

Der ebenfalls bereits mehrfach zitierte, 18-jährige Basler meint schlicht:

«Die sich alles leisten können, sollen sich einmal hineinversetzen, wie es ist, wenn man nicht so viel oder nichts hat.»²⁶

Kyo, der einmal wochenlang ohne ärztliche Pflege mit einem gebrochenen Fuss herumliefe, weil seine Mutter die Kosten für die Arztrechnung scheute und die Lehrer ihm Simulation vorwarfen²⁷ und der später für zwei Wochen auf der Strasse und im Wald lebte, nachdem er von seinem Vater buchstäblich im Morgengrauen im kalten Februar auf die Strasse gestellt wurde, beendet sein Interview mit folgenden eindrücklichen Worten:

«Ich kann nicht verstehen, dass es so etwas überhaupt noch gibt. In der heutigen Zeit, wo alles von Fortschritt spricht und so, das ist mir unbegreiflich. Ich verstehe nicht, wie es soweit kommen kann, dass ein Kind draussen schlafen muss. Es geht mir nicht in den Kopf, ich begreife es nicht. Das wollte ich einmal gesagt haben.»²⁸

²⁴ Regamey, S. 19.

²⁵ Regamey, S. 17.

²⁶ Kohler et al., 20.

²⁷ Regamey, S. 28.

²⁸ Regamey, S. 42.

5. Schlussfolgerungen

Die Interviews geben der Armut von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz in einer eindrücklichen Art und Weise ein Gesicht. Zudem bestätigen und illustrieren sie auch für unser Land die im Rahmen dieses Berichts durch Gerda Holz vorgestellten Hauptresultate der Armutsforschung: Armut ist in hochentwickelten Industriestaaten im Wesentlichen eine relative Armut, die sich vorab als sozialer Ausschluss manifestiert. Doch auch bei uns kann Armut zu einer drastischen, durchaus auch physischen Gefährdung der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen führen. Konkret fassbar wird in den Lebensläufen der betroffenen Kinder und Jugendlichen vorab in eindrücklicher Weise der Prozess der «multiplen Deprivation»: Strukturelle Faktoren wie die prekäre finanzielle Lage der Herkunftsfamilie, das selektive Schulsystem und der Lehrstellenmangel verbinden sich mit familiären und gesundheitlichen Problemen zu einem Teufelskreis, aus dem nur schwer wieder hinauszufinden ist. Soll die Armut und der soziale Ausschluss wirksam bekämpft werden, müssen deshalb einerseits die strukturellen Bedingungen zugunsten der Benachteiligten verändert werden, andererseits gezielt die im Bereich der Familie, der Schule und der Gruppen der Gleichaltrigen liegenden Potentiale zur Selbsthilfe gefördert und unterstützt werden.

«Armut ist, wenn man arm ist und nichts zu Essen hat.
Und wenn man nichts zu Essen hat,
kann man eine schlimme Krankheit bekommen.»

Armut von Kindern in Deutschland – Möglichkeiten zur Armutsprävention

Gerda Holz, Sozialwissenschaftlerin und Armutsforscherin,
Frankfurt am Main

Treffen kann es jeden, das Kind eines wenig erfolgreichen Selbständigen, den Jugendlichen mit türkischer Herkunft ebenso wie das Mädchen aus einem sozialen Brennpunkt oder die Söhne einer allein erziehenden Akademikerin. Armut von Kindern ist gegenwärtig eine der grössten sozialpolitischen Herausforderungen in Deutschland und impliziert vielfältige individuelle wie gesellschaftliche Problematiken. Nachfolgend werden Ursachen, Ausmass, Betroffenheit und Risiken von Armut für Kinder skizziert. Daran schliesst sich die Vorstellung des kindbezogenen Armutskonzeptes an, anhand dessen Armut bei Kindern erkennbar und empirisch messbar wird. Die Auswirkungen zeigen sich bereits in frühesten Kindheit und haben langfristige Folgen weit über Kindheit und Jugend hinaus. Armut ist der grösste Risikofaktor für die kindliche Entwicklung und zugleich finden sich Schutzfaktoren, die die Chancen einer erfolgreichen Bewältigung der Notlage erhöhen und so zur Begrenzung respektive Vermeidung von negativen Armutsfolgen beitragen. Damit sind Gesellschaft und Staat eine Vielzahl von Möglichkeiten zu einer kindbezogenen Armutsprävention eröffnet. Dessen Erläuterung als Ansatzes sozialer Gegensteuerung bildet das Ende des Aufsatzes.

Armut ist ein gesellschaftliches Problem

Definitionen von Armut gibt es zahlreiche und vielfältige. Allgemein wird eine grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut vorgenommen. Erstere hebt ab auf das physische Existenzminimum, das zum Überleben notwendig ist. Diese Situation trifft weder für Deutschland noch für alle westeuropäischen Staaten mit hohen Wohlstandsniveaus zu. Relative Armut zielt auf das Versorgungsniveau der jeweiligen Gesellschaft ab und orientiert sich anhand dortiger gesellschaftlicher Mindeststandards. Innerhalb dieses Definitionsansatzes lassen sich weitere konzeptionelle Differenzierungen vornehmen, wobei im Wesentlichen der eindimensionale Ressourcenansatz und der mehrdimensionale Lebenslagenansatz zur Armutsmessung dienen. Letzterer nimmt das Versorgungsniveau in unterschiedlichen Lebenslagebereichen (Einkommen, Gesundheit, Wohnung, Bildung, soziale Teilhabe usw.) in den Blick und ermöglicht die differenzierte Erfassung von Versorgungs- bzw. Unterversorgungsniveaus. Daraus ergeben sich zugleich immer auch Messprobleme, die so im eindimensionalen Ressourcenansatz nicht gegeben sind. Hier wird lediglich danach gefragt, welche finanziellen Mittel einer Person zu Verfügung stehen. Innerhalb der EU wird Armut zunehmend durch Zusammenführung beider Ansätze definiert und gemessen.

Die Festlegung einer Einkommensarmutsgrenze ist gleichwohl nie ohne Werturteile möglich. Dabei wird auf allgemeine Normen wie den Beschluss des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft vom

19.12.1984 zurückgegriffen. Hiernach sind diejenigen Menschen als arm zu bezeichnen, *«die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.»*¹ Armut ist also mehr, als nur wenig Geld zu haben. Sie beraubt Menschen ihrer materiellen Unabhängigkeit und damit der Fähigkeit, über existenzielle Fragen, über ihr «Schicksal» selbst zu entscheiden. Sie wirkt mehrdimensional auf die gesamte Lebenslage eines Menschen und bestimmt dessen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielräume.

Auf EU-Ebene und damit für alle Mitgliedsstaaten ist Armut aktuell definiert anhand einer *Armutsrisikogrenze*. Als armutsgefährdet gilt jemand, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) des jeweiligen EU-Mitgliedstaates beträgt.² Des Weiteren werden Risikogrenzen für die unterschiedlichen Haushaltstypen (Single, Familienhaushalt usw.) berechnet. Dazu wird je nach Anzahl der Haushaltsmitglieder das jeweilige bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen³ des Haushaltes errechnet. Die Armutsrisikogrenze für einen Haushalt mit einer erwachsenen Person lag 2004 in Deutschland bei 856 EUR pro Monat. Arm ist demnach, wer weniger zur Verfügung hatte. Ein Haushalt mit einer allein erziehenden Mutter mit zwei Kindern unter 14 Jahren war 2004 arm, wenn ihr weniger als 1370 EUR, und ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren war arm, wenn ihnen weniger als 1798 EUR im Monat netto zur Verfügung standen.⁴

Als die drei wesentliche Ursachen für Armut von Erwachsenen in Deutschland gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit sowie Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitniveau und mit Niedriglohn. Bisher nur selten wird nicht oder nur gering entlohnte Haus-/Pflege-/Erziehungs-/Sorgearbeit einbezogen. Gerade die beiden letztgenannten Ursachen sind in überwältigendem Masse frauenspezifisch geprägt. Darüber hinaus können Überschuldung, Scheidung oder Trennung, Behinderungen oder multiple Problemlagen ursächlich sein. Kinder, die in Haushalten mit einem oder mehreren der genannten sozialen Merkmale aufwachsen, sind besonders armutsgefährdet. Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleichermaßen von Armut betroffen, sondern es finden sich gruppenbezogen unterschiedliche *Risiken*. Besondere Armutsrisiken weisen Personen auf, die einen Migrationshintergrund haben, die allein erziehend

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1991: 4.

² Daneben kommt in Deutschland weiterhin die von der Armutforschung favorisierte «alte» 50-Prozent-EU-Armutsgrenze (Mittelwert) zur Anwendung.

³ Um Einkommen von Haushalten verschiedener Größen vergleichen zu können, werden sog. Äquivalenzgewichte verwendet. Annahme hierbei ist, dass durch gemeinsame Haushaltsführung Kosten eingespart werden («economies of scale»). Deshalb wird das verfügbare Haushaltseinkommen nicht durch «Köpfe» respektive die Anzahl der Haushaltsmitglieder, sondern durch die Summe von sog. Personengewichten geteilt. Bei der «neuen» OECD-Skala erhält der Haushaltsvorstand das Gewicht 1, während andere Haushaltsmitglieder, die älter als 15 Jahre sind, 0,5 erhalten und Kinder (15 Jahre und jünger) das Gewicht 0,3.

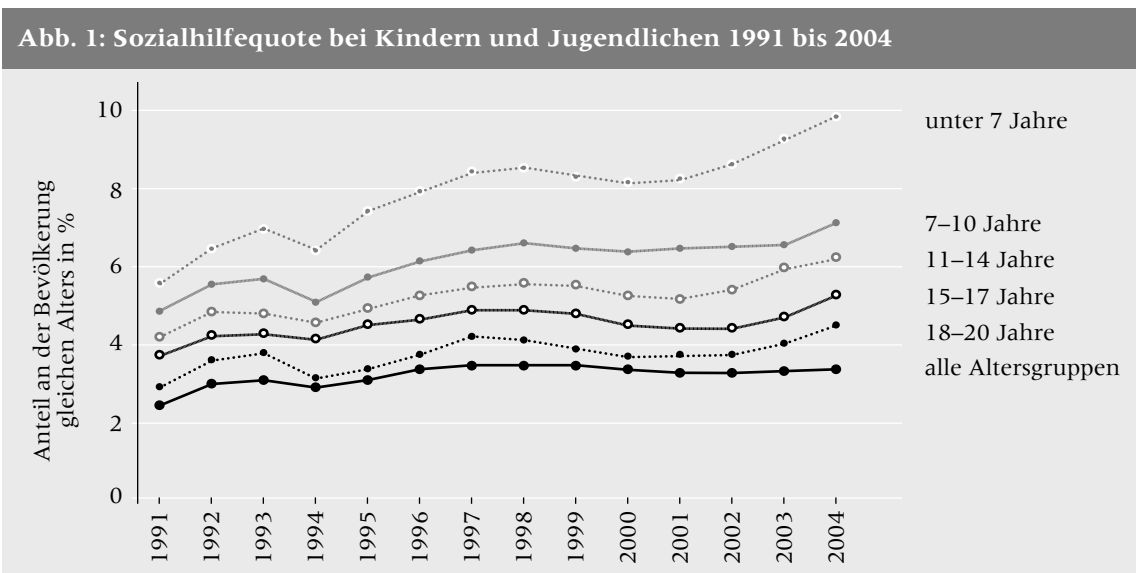
⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 17-19.

«Armut ist, wenn die Menschen kein Geld,
kein Zuhause oder nur wenig Nahrung haben.»

sind, eine niedrige Bildungsqualifikation aufweisen und/oder in sozial belasteten Quartieren leben. Kinder, deren Eltern diese sozialen Merkmale haben, sind ebenfalls besonders armutsgefährdet.

Kinderarmut als Massenphänomen

Ende 2003 lebten rund 1,1 Millionen unter 18-Jährige von Hilfe zum Lebensunterhalt (allgemein: Sozialhilfe), das machte 37 Prozent aller SozialhilfeempfängerInnen aus. Bezogen «nur» 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung diese staatliche Unterstützungsleistung, lag die Quote bei den Minderjährigen mit 7,2 Prozent gut doppelt und bei den unter 3-Jährigen mit 11,1 Prozent mehr als dreimal so hoch. Die Altersgruppe der 7- bis 14-Jährigen wies noch 6,4 Prozent, also eine fast doppelt so hohe Quote, aus (vgl. Abb. 1).



Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes ergeben sich für das Jahr 1994 in der Sozialhilfestatistik rückläufige Empfängerzahlen.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2006; eigene Darstellung.

2005 erfolgte im Rahmen grundlegender Arbeitsmarktreformen auch eine Neuordnung der Bezugsrechte sowie der Regelleistungen von Sozialgeld für nicht erwerbstätige/erwerbsfähige Menschen in Deutschland. Mädchen und Jungen unter 15 Jahren zählen zur Gruppe der nicht Erwerbsfähigen. Im Sommer 2006 erhielten rund 1,9 Millionen oder 15,6 Prozent aller Minderjährigen unter 15 Jahren Sozialgeld.⁵ Je nach Region und Ort variieren die Quoten mit Tendenz der Zunahme. So sind die ostdeutschen Bundesländer aber auch westdeutsche Grossstädte überdurchschnittlich betroffen. Hier lebt aktuell bis zu jede/r dritte unter 15-Jährige/r von Sozialgeld und gehört damit zur Gruppe Armutsbetroffener. Zudem sind Kinder im Vor- und im Grundschulalter am stärksten betroffen – und das in der Altersphase mit dem grössten Potenzial zur Herausbildung individueller Ressourcen und Kompetenzen.

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2006.

Gefährdet sind vor allem vier Gruppen: Kinder von (langzeit-)erwerbslosen Eltern, in Ein-Eltern-Familien, in Familien mit Migrationshintergrund oder mit mehr als zwei Geschwistern. Weiterhin unterliegen Mädchen und Jungen in Grossstädten – dort in benachteiligten Stadtteilen/Quartieren – einem höheren Risiko. Trotzdem leben in Deutschland zahlenmässig die meisten armen Kinder in deutschen Familien und auf dem Land. Offenkundig wird: Einfache Zuschreibungen und Erklärungsmuster reichen nicht aus.

Armut hat ein eigenes Kindergesicht, das sichtbar und messbar ist

Um das Kindergesicht der Armut erkennen und ermitteln zu können, ist die *Leitfrage* bedeutsam: Was kommt (unter Armutsbedingungen) beim Kind an? Weiterhin sind folgende *Grundbedingungen* eines kindgerecht(er)en Armutsbegriffes zu berücksichtigen:

- Die Definition muss vom Kind ausgehen (kindzentrierte Sichtweise). Zu berücksichtigen sind die Lebenssituation der untersuchten Altersgruppe und die jeweils anstehenden Entwicklungen, aber auch die subjektive Wahrnehmung der Kinder.
- Gleichzeitig muss der familiäre Zusammenhang, die Gesamtsituation des Haushaltes, berücksichtigt werden. Noch viel weniger als Erwachsene leben Jugendliche und vor allem Kinder als Monaden, d. h. als in sich geschlossene und nicht mehr auflösbare Einheit. Vielmehr ist ihre Lebenssituation in vielen Bereichen von der Lebenslage der Eltern direkt abhängig.
- Eine Armutsdefinition für Kinder und Jugendliche ist notwendigerweise mehrdimensional. Eine rein auf das (Familien-)Einkommen bezogene Armutsdefinition geht an der Lebenswelt der Kinder vorbei. Die einbezogenen Dimensionen müssen geeignet sein, etwas über die Entwicklung und Teilhabechancen der betroffenen Kinder auszusagen.
- Gleichfalls darf Armut von Kindern nicht als Sammelbegriff für deren benachteiligende Lebenslagen verwendet werden. Nur wenn eine materielle Mangellage der Familie – nach definierter Armutsgrenze – vorliegt, soll von Armut gesprochen werden.

Zur Bewertung der Entwicklungsbedingungen bzw. -möglichkeiten armer Kinder im oben verstandenen Sinn – vor allem im Vergleich zu ökonomisch besser gestellten Kindern – sind folgende Lebenslagedimensionen zu berücksichtigen:

(1) Materielle Situation des Haushaltes («familiäre Armut»)	
(2–5) Dimensionen der Lebenslage des Kindes	
(2) <i>Materielle</i> Versorgung des Kindes	Grundversorgung (z. B. Wohnen, Nahrung, Kleidung)
(3) «Versorgung» im <i>kulturellen</i> Bereich	Bildung (z. B. Arbeits-, Spiel- und Sprachverhalten)
(4) Situation im <i>sozialen</i> Bereich	soziale Integration
(5) Psychische und physische Lage	Gesundheit (z. B. Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung)

«Armut ist arm und Ausschluss ist Schluss.»

Für die Abgrenzung «armer Kinder» bedeutet das: Von «Armut» wird immer und nur dann gesprochen, wenn «familiäre Armut» vorliegt, das heisst, wenn das Einkommen der Familie des Kindes bei maximal 50 Prozent resp. 60 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Mädchen und Jungen, bei denen zwar Einschränkungen bzw. eine Unterversorgung in den oben genannten Lebenslagedimensionen (2–5) festzustellen sind, jedoch keine familiäre Armut vorliegt, sind zwar als «arm dran» oder als benachteiligt zu bezeichnen, nicht jedoch als «arm».

Um einen umfassenden Blick auf die kindliche Lebenssituation zu erhalten, lassen sich die genannten vier Dimensionen in einem *Lebenslageindex* zusammenführen. Dieser umfasst drei *Lebenslagetypen* «Wohlergehen», «Benachteiligung» und «multiple Deprivation»:

- Von *Wohlergehen* wird dann gesprochen, wenn in Bezug auf die zentralen (Lebenslage-) Dimensionen aktuell keine «Auffälligkeiten» festzustellen sind, das Kindeswohl also gewährleistet ist.
- Eine *Benachteiligung* liegt gemäss Definition dann vor, wenn in einigen wenigen Bereichen aktuell «Auffälligkeiten» festzustellen sind. Das betroffene Kind kann in Bezug auf seine weitere Entwicklung als eingeschränkt beziehungsweise benachteiligt betrachtet werden.
- Von *multipler Deprivation* schliesslich ist dann die Rede, wenn das Kind in mehreren zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen «auffällig» ist. Das Kind entbehrt in mehreren wichtigen Bereichen die notwendigen Ressourcen, die eine positive Entwicklung wahrscheinlich machen.

Dergestalt theoretisch entwickelt und beispielsweise durch die AWO-ISS-Studien⁶ empirisch erprobt, lässt sich Kinderarmut wie folgt *definieren*. Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt:

- Ausgangspunkt ist Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei dies ein Aufwachsen mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektiven des Kindes sind eingeschränkt.

Armutsfolgen bei sechs- und zehnjährigen Kindern

So lässt sich nachweisen, dass arme Mädchen und Jungen im Vergleich zu nicht-armen doppelt so viele Auffälligkeiten hinsichtlich der materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Lebenslagedimensionen haben (vgl. Tab. 1). Zur Erinnerung: Arm ist ein Kind, wenn es in einer Familie lebt, die – gemäss EU-Armutsdefinition – mit weniger

⁶ Vgl. Hock/Holz/Simmedinger/Wüstendörfer 2000; Holz/Skoluda 2003; Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006.

Tab. 1: Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 6 Jahren mit Defiziten nach Lebenslagebereichen (N = 893)

Lebenslagedimension	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung	40,0%	14,5%
Gesundheitliche Lage	30,7%	19,7%
Kulturelle Lage	36,0%	17,0%
Soziale Lage	35,6%	17,6%

Quelle: «Armut im Vorschulalter 1999». Vgl. Hock/Holz/Wüstendörfer 2000: 50.

als 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Haushaltsnettoeinkommens auskommen muss.

Zur materielle Grundversorgung: Rund 40 Prozent der armen gegenüber ca. 15 Prozent der nicht-armen Kinder weisen Mängel auf. Am deutlichsten äussert sich familiäre Armut im verspäteten und unregelmässigen Zahlen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen für Aktivitäten in der KiTa. Häufig kommen arme Kinder hungrig in die Einrichtung und/oder dem Kind fehlt die körperliche Pflege. Seltener dagegen zeigt sich ein Mangel an notwendiger Kleidung. *Zum sozialen Bereich:* Arme Mädchen und Jungen suchen weniger häufig den Kontakt zu anderen Kindern in der KiTa, nehmen weniger aktiv am Gruppengeschehen teil, äussern seltener ihre Wünsche und sind weniger wissbegierig. Zugleich ist eine beginnende Ausgrenzung zu beobachten: So werden arme Kinder häufiger von den anderen Kindern in der KiTa gemieden.

Tab. 2: Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 10 Jahren mit Defiziten nach Lebenslagebereichen (N = 500)

Lebenslagetyp	Arme Kinder (<50%)	Nicht-arme Kinder		
		Prekärer Wohlstand (50%–75%)	Unterer Durchschnitt (75%–100%)	Oberer Durchschnitt (>100%)
Materielle Lage/ Grundversorgung	51,6%	9,2%	5,3%	0,0%
Kulturelle Lage	37,7%	19,0%	9,5%	3,6%
Soziale Lage	34,6%	16,0%	15,8%	3,6%
Gesundheitliche Lage	25,8%	23,3%	21,1%	8,4%
N = 500	159	163	95	83

Quelle: Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006: S. 66.

«Arme Kinder haben keinen Ball,
kein Velo und keine modernen Kleider.»

Abb. 2: Soziale Ressourcen B'98:
Kindspezifisches Netzwerk für Braker Grundschüler/-innen der Kontrollgruppe

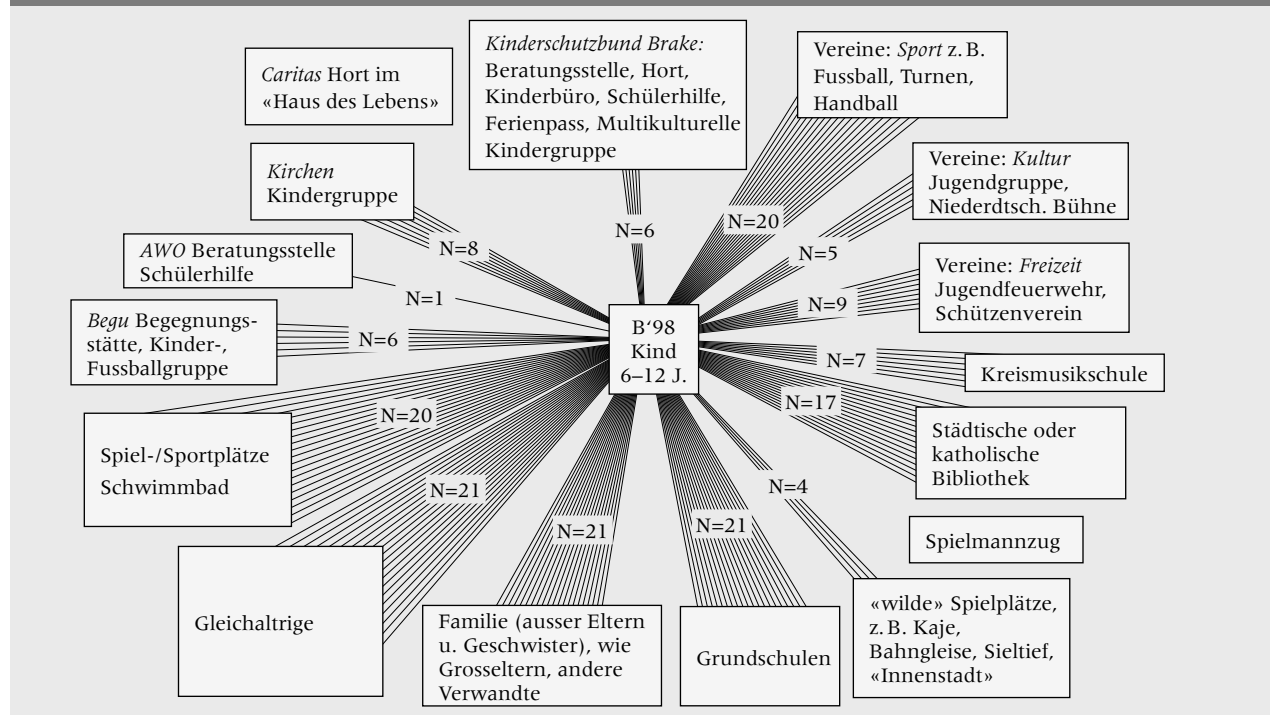
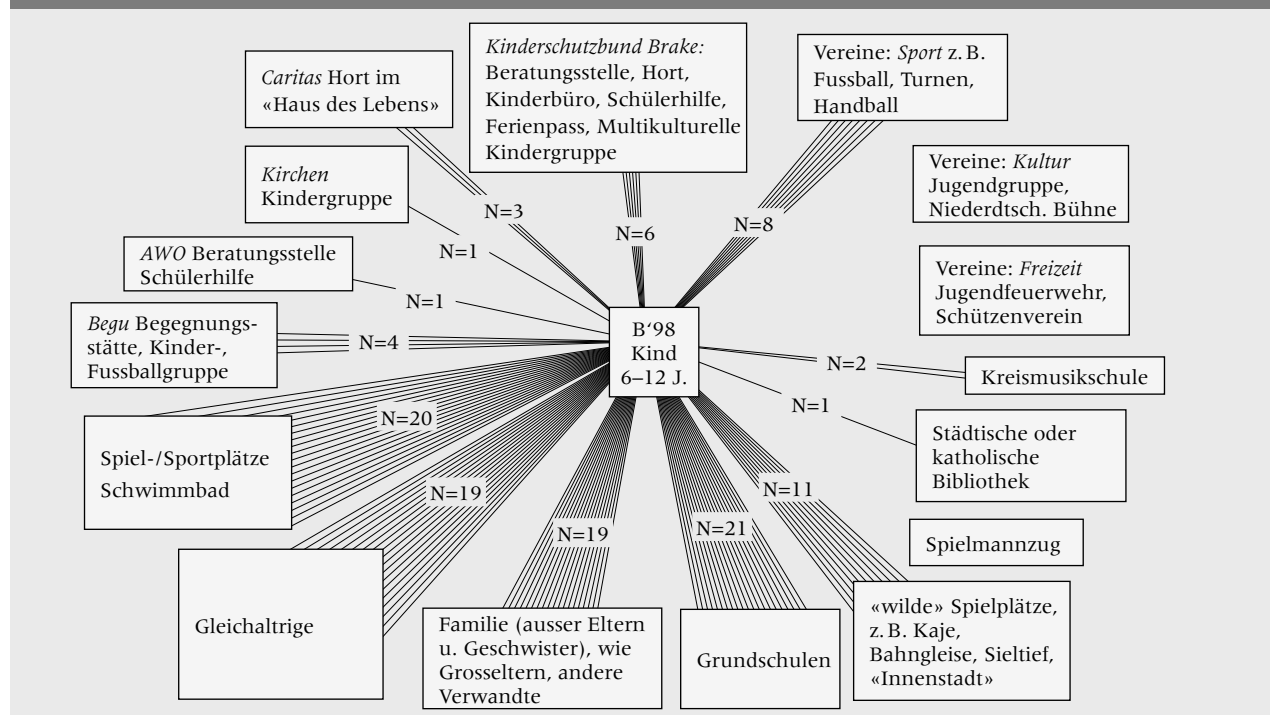


Abb. 3: Soziale Ressourcen B'98:
Kindspezifisches Netzwerk für Braker Grundschüler/-innen in Unterversorgungslagen



Quelle: Antje Richter (2000). Anhang.

Der grösste Unterschied – wenig überraschend – ist erneut im materiellen Bereich festzustellen: Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund sind hier überdurchschnittlich betroffen. Ausdruck der Mangellage bei den 10-Jährigen ist z. B. kein eigenes Zimmer zu haben und Einschränkungen bei der Kleidung und/oder beim Spielzeug hinnehmen zu müssen. Zur sozialen Lage: Arme Kinder können z. B. seltener andere Kinder mit nach Hause bringen oder ihren Geburtstag feiern. Sie haben weniger Gelegenheiten, über Vereinsaktivitäten soziale Kontakte zu schliessen und zu pflegen. Das zeigen besonders die Analysen von Richter zum sozialen Netzwerk von 6- bis 12-Jährigen mit und ohne Unterversorgungslagen (vgl. Abb. 2 und 3). Die skizzierten Spinnen belegen zum einen die beachtlichen Ressourcen von Minderjährigen in diesem Alter. Der Vergleich offenbart zum anderen sehr eindrücklich die eklatante Benachteiligung armer Mädchen und Jungen. Bei ihnen entfällt die Nutzung fast aller kulturellen Angebote. Der Zugang zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gemäss Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) ist bereits eingeschränkt.

Das Spektrum des Aufwachsens reicht von «Wohlergehen» bis «multipler Deprivation».

Die Gesamtlebenssituation der Mädchen und Jungen ist sehr differenziert. Armut ist dabei die zentrale, aber nicht die alleinige Determinante. Es ist von einem höchst komplexen Zusammenspiel verschiedener individueller, familiärer und sozialer Faktoren auszugehen. Die Bewältigung der Lebenssituation erfolgt durch Eltern sowie Kinder unterschiedlich. Folglich sind die Einzelfaktoren ebenso wie deren Kumulation und das Bewältigungshandeln zu betrachten. Die Bandbreite möglicher Entwicklungsverläufe der Jungen und Mädchen ist gross. Genauso zeigt sich aber auch, dass arme Kinder weitaus mehr in den Lebenslagetypen «Benachteiligung und Multiple Deprivation» zu finden sind während nicht-arme Kinder mehr und mehr eine Entwicklung hin zum Lebenslagetyp «Wohlergehen» machen (vgl. Tab. 3). Beide Gruppen verändern sich also eher gegenläufig.

Tab. 3: Kindspezifische Lebenslagen der Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren

Lebenslagetyp	6 Jahre (1999) (N = 893)		10 Jahre (2003/04) (N = 500)	
	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Wohlergehen	23,6%	46,4%	15,1%	47,5%
Benachteiligung	40,3%	39,8%	46,5%	41,9%
Multiple Deprivation	36,1%	13,7%	38,4%	10,6%
Gesamt	100%	100%	100%	100%

Quellen: «Armut im Vorschulalter 1999».
«Armut im späten Grundschulalter 2003/04. Eigene Zusammenstellung.

«Arme Kinder können manchmal nicht in die Schule gehen.»

Die Spreizung zwischen Wohlergehen und multipler Deprivation bei armen wie nicht-armen Kindern sind Ergebnis von Sozialisationsprozessen und -bedingungen ab Geburt, sie bilden zugleich die Grundlage für den weiteren kindlichen Entwicklungsprozess. Dieser kann zu einer Verfestigung von Defiziten aber auch genauso zu einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenslage und Zukunftschancen der Betroffenen führen. Generell gilt, je früher, je schutzloser und je länger Kinder einer Armutssituation ausgesetzt sind, desto rasanter fährt der Fahrstuhl nach unten und um so geringer wird die Möglichkeit, individuell die eigentlichen Potenziale herauszubilden, Zukunftschancen zu bewahren. Die Ergebnisse der AWO-ISS-Langzeitstudie belegen zweierlei: Zum einen ist eine hohe Dynamik in den Entwicklungsverläufen der Kinder erkennbar, jedes zweite Kind wechselt zwischen dem sechsten und zehnten Lebensjahr den Lebenslagetyp. Es gilt also nicht «einmal arm immer arm» und «einmal multipel depriviert – immer multipel depriviert». Zum anderen finden sich stark divergierende Lebens- und Entwicklungsverläufe. Unter den armen überwiegen negative Verläufe, d. h. Zunahme von Auffälligkeiten in den Lebenslagen und Wechsel des Lebenslagentyps, z. B. von Benachteiligung nach multipler Deprivation. Bei den nicht-armen Kindern dominiert eine gefestigte positive Entwicklung, also z. B. Verbleib im Wohlergehen. Arme Kinder unterliegen verstärkt Krankheitsrisiken (z. B. durch frühere und häufigere Suchterkontakte, Adipositas), einer niedrigeren Bildungs- und Berufskarriere oder auch einer höheren sozialer Auffälligkeit (z. B. durch Gewalterfahrungen, sei es als Opfer oder als Täter).

Schutzfaktoren können die Folgen des Risikofaktors «Armut» auffangen helfen

Über welche individuellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ein Kind verfügt und welche Handlungsstrategien respektive welches Bewältigungshandeln bei Belastungen entwickelt werden, rückt in Deutschland mehr und mehr in den Blick von Forschung und Praxis. Die (Resilienz-⁷)Forschung zeigt, dass persönliche, familiäre und ausserfamiliäre Ressourcen auf die (früh-)kindliche Entwicklung einwirken und eine Vielzahl von intervenierenden Variablen beinhalten. Ebenso sind ausserfamiliäre Förderangebote und Sozialisationsinstanzen wie KiTas und der unmittelbare Lebensraum entscheidende Einflussfak-

⁷ Unter Resilienz werden die psychischen Widerstandskräfte von Kindern gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken verstanden. Resilienz umfasst eine positive, gesunde Entwicklung trotz hohem Risiko-Status, die beständige Kompetenz unter extremen Stressbedingungen sowie die positive bzw. schnelle Erholung von traumatischen Erlebnissen.

⁸ Als Risikofaktor wird ein Merkmal bezeichnet, das bei einer Gruppe von Individuen, auf die dieses Merkmal zutrifft, die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Störung im Vergleich zu einer unbelasteten Kontrollgruppe erhöht. Es gibt zwei Gruppen: (a) biologische und psychologische Merkmale des Individuums = Vulnerabilität (z. B. schwieriges Temperament) und (b) psychosoziale Merkmale der Umwelt des Individuums = Stressoren (z. B. Armut, schlechtes Familienklima). Schutzfaktoren wiederum sind Merkmale, die die potenziell schädlichen Auswirkungen von Belastungen vermindern oder ausgleichen. Es finden sich zwei Gruppen: (a) Personale Ressourcen – Resilienz (d. h. protektive Faktoren, die in der Person des Kindes liegen) und (b) soziale Ressourcen (d. h. Faktoren, die in der Betreuungsumwelt des Kindes und hier wiederum inner- und/oder ausserhalb der Familie liegen). Vgl. Richter 2006.

toren. Sie wirken als Risiko- und/oder Schutzfaktoren.⁸ Armut ist der grösste Risikofaktor für die kindlichen Lebenschancen. Die AWO-ISS-Studien belegen gleichwohl auch Schutzfaktoren – in beachtlicher Zahl und wirkungsvoll (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Schutzfaktoren für Kinder im frühen und mittleren Kindesalter – Eine Auswahl	
<p>Kindliche Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale und intellektuelle Kompetenz ■ Kreativität und Talent ■ Im Temperament tendenziell flexibel und in der Beziehungsgestaltung annäherungsorientiert ■ Selbstwirksamkeitserwartung und Leistungsmotivation ■ Positives Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit ■ Emotional warmherzige Beziehung zur Mutter ■ Erziehungsklima positiv, wenig konflikthaft, offen und die Selbständigkeit der Kinder fördernd ■ Vorhandensein eines besten Freundes oder einer besten Freundin ■ Gute und enge Kontakte zu einem ausserfamiliären Erwachsenen ■ Soziales Netzwerk ■ Aktiv-problemlösender Copingstil ■ Vielfältige Lern- und Erfahrungsräume 	<p>Inner-/ausserfamiliäre Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Situationsgerechtes Handeln der Eltern, das möglichst erfolgreich ist und keine zusätzliche Belastung darstellt ■ Positives Familienklima, aufbauend auf einer guten Partnerbeziehung ■ Positive Eltern-Kind-Beziehung mindestens eines Elternteils ■ Einbindung in ein stabiles Beziehungsnetzwerk zu Verwandten, Freunden, Nachbarn ■ Vorhandensein von Zukunftsvorstellungen und -perspektiven für sich und das Kind ■ Investition in die Zukunft der Kinder, vor allem durch Förderung ihrer sozialen Kontakte und Kompetenzen ■ Gewährleistung von ausserfamiliären Kontaktmöglichkeiten und von Teilhabe an kindlichen Alltagsaktivitäten ■ Nutzung von ausserfamiliären Angeboten zur Entlastung, Reflexion und Regeneration

Quelle: «Armut im Vorschulalter 1999», «Armut im frühen Grundschulalter 2001». Vgl. Holz/Puhlmann 2005, S. 38.

Bedeutsam ist vor allem das elterliche Bewältigungshandeln. Gerade bei armen Familien besteht ein Zusammenhang zwischen dem elterlichen Gefühl von weitgehender Kontrolle – finanziell, sozial, emotional – über ihr Leben und ihrer Fähigkeit, Belastungen zu bewältigen. Für alle Familien gilt: Je besser den Eltern die Gestaltung des sozialen Netzwerkes und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gelingt, desto stärker tritt ein Entlastungsgefühl ein. Beide Empfindungen stehen wiederum im Zusammenhang mit einer Vorbildfunktion für die Kinder und mit innerfamiliärer Ver-/Zuteilung von Ressourcen. Die elterlichen Bewältigungsmuster reichen von eigenem Verzicht (z. B. von Mahlzeiten am Tag) und Einschränkungen (z. B. beim Einkauf von Kleidung) über selbstbezogene Kompensation (z. B. durch Verbrauch des Geldes für den Kauf von Zigaretten, Alkohol oder der Finanzierung eines elterlichen Hobbys) bis hin zum Erschliessen von zusätzlichen Ressourcen (z. B. Nutzung von Kleiderkammern, Essenstafeln, Tauschbörsen, Hilfen inner- und ausserhalb der Familie). Die Kinder selbst nehmen Armut früh wahr und entwickeln vor dem Hintergrund des familiären Umgangs ein eigenes Bewältigungsverhalten. Zutrauen, Selbstbewusstsein und offensive, von Erwachsenen fördernd und positiv gestaltete Prozesse zur «Aneignung der Welt» (vgl. Elschenbroich 2002) sind dabei wichtige Determinanten, um Grundlagen für den weiteren Entwicklungsprozess und die Förderung von (Selbst-)Kompetenz zu schaffen. Hierin sind arme Kinder häufiger und massiver eingeschränkt.

«Arme Kinder sind Kinder, die von den Erwachsenen zu wenig Zeit bekommen.»

Fehlen innerhalb der Familie die Ressourcen sowie die elterlichen Kompetenzen oder Potenziale, um den eigenen Kindern ein Aufwachsen im Wohlergehen zu ermöglichen, dann ist es umso wichtiger, eine Kompensation oder Ergänzung durch ausserfamiliäre Förderung zu erhalten. Folglich sind arme Kinder in doppelter Weise von dem Vorhandensein und den tatsächlichen Aneignungsmöglichkeiten solcher Faktoren – im Sinne sozialer Ressourcen – abhängig. Daher sind die Lebenswelt, vor allem der Lebensraum von (armen) Kindern zu berücksichtigen. Als Lebenswelt im Vor- und Grundschulalter gelten in erster Linie die Familie, die KiTa bzw. Schule und die Beziehungen zu Gleichaltrigen (peers). Als Lebensraum geraten entsprechend dem kindlichen Entwicklungsprozess das direkte Wohnumfeld, das Quartier, der Stadtteil, die Stadt usw. ins Blickfeld. Typisch ist, dass arme Kinder überdurchschnittlich häufig in einem sozial benachteiligten, das heisst unterdurchschnittlich mit sozialen Ressourcen ausgestatteten, Quartier gross werden. Hier kann von einer doppelten Benachteiligung und Belastung von armen im Vergleich zu nicht-armen Kinder ausgegangen werden.

(Armen) Kindern steht zudem eine unterschiedliche Anzahl an Schutzfaktoren zur Verfügung. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Gesamtzahl von Schutzfaktoren und dem Lebenslagetyp. Im Wohlergehen aufwachsende Kinder weisen mehr Schutzfaktoren (13,7) auf als multiple deprivierte (11,3 Faktoren)⁹. Es besteht weiterhin ein Zusammenhang zwischen der Zahl der verfügbaren Schutzfaktoren und dem kindlichen Entwicklungsverlauf: Kinder, die gefestigt im Wohlergehen aufwachsen verfügen über mehr Schutzfaktoren als Kinder, die konstant multipel depriviert sind (13,6 vs. 10). Die Gestaltung von Rahmenbedingungen des Aufwachsens haben unmittelbare Wirkung auf die Lebenslage und das Bewältigungsverhalten von Minderjährigen. Es sind nicht Selbstheilungskräfte (der Familie), sondern soziale Förderung, Ausgleich und Umverteilung, die den Kindern eine wirkliche Zukunft eröffnen. Das Wissen wiederum eröffnet mannigfache Chancen zum gesellschaftlichen und staatlichen Handeln im Sinne einer kindbezogenen (Armut-)Prävention.

Ansatz und Elemente einer kindbezogene Armutsprävention

Armutsprävention muss primär darauf ausgerichtet sein, (noch) vorhandene Ressourcen der Betroffenen wahrzunehmen und zu sichern bzw. auszubauen. Sie beinhaltet insofern das Erlangen und den Erhalt eines existenzsichernden Einkommens, die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Aktivierung des Selbsthilfepotentials und die Stabilisierung des Selbstwertgefühls des Einzelnen im Kontext seiner Lebenswelt und seines Alltags.

Eine kindbezogene Armutsprävention beginnt spätestens mit der Geburt, eigentlich schon während der Schwangerschaft. Sie hat die Sozialisationsbedingungen allgemein und speziell vor Ort in den Blick zu nehmen. Sie wird besonders durch die Arbeit von Fachkräften in den

⁹ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006: 191–200. Zahl in den Klammern = arithmetischer Mittelwert.

Einrichtungen und Projekten ermöglicht bzw. überhaupt erst gesichert. Daneben kommt dem Engagement von Einzelnen im sozialen Netzwerk der Mädchen und Jungen grosse Bedeutung zu. Eine präventiv ausgerichtete Arbeit für Kinder zielt auf die Schaffung und Gestaltung von existentiellen Entwicklungsmöglichkeiten des Minderjährigen sowie auf die Stützung und Stärkung des kindlichen Umfeldes, ganz besonders der Familie, ab.

Armutsprävention bei Mädchen und Jungen meint im Kern die Vermeidung und/oder Bewältigung von Folgen familiärer Armut. Sie zielt auf die Herausbildung von Potentialen und Ressourcen der Kinder und soll die Selbst-, die sozialen und die Alltagskompetenzen fördern. Grundlage dessen sind allgemeine Bildungsziele entsprechend dem Motto «Stärken stärken und Schwächen schwächen». Elemente einer kindbezogenen Armutsprävention sind:

- Begonnen wird zum (jeweils) frühestmöglichen Zeitpunkt.
- Die existentiellen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes werden gesichert.
- Die Förderung von Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit ist wichtiger Bestandteil.
- Das «Aufwachsen des Kindes im Wohlergehen» im Hier und Jetzt sowie sein Wohlergehen in der Zukunft sind das Hauptziel.
- Die Eltern und die Familie sind erste Adressaten.
- Die Lebenswelt der Kinder (KiTa, Schule, Nachbarschaft, Stadtteil usw.) ist zu berücksichtigen.
- Die Förderung und Stärkung der Potentiale und Ressourcen des Kindes werden umgesetzt.
- Mögliche kindliche Entwicklungsdefizite werden verhindert oder bewältigt.
- Die Kinder werden gestärkt durch das Erlernen von problemlösendem Bewältigungshandeln.
- Die zentralen Garanten für den Zugang zu sozialen Ressourcen sind umfassende ausserfamiliäre Angebote (Bildung und Erziehung, Betreuung sowie Beratung). Diese müssen jedem Kind finanziell zugänglich und emotional ansprechen.
- Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial-, Gesundheitswesens usw. sind mitverantwortlich für bedarfsgerechte und passgenaue Förderangebote.
- Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und/oder Bundesebene gestalten primärpräventiv wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

«Armut kann ich verstecken, indem ich meine Familie frage, ob sie mir Kleider ausleihen. So sehe ich nicht mehr so arm aus.»

Literaturhinweise

- Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitssuchende. Entwicklung bis Juli 2006. Nürnberg.
- Elschenbroich, Donata (2002): Weltwissen der Siebenjährigen. Wie Kinder die Welt entdecken können. München.
- Holz, Gerda (Hg.) (2006): Armut bei Kindern. KiTa spezial 4/2006. Kronach
- Hock, Beate; Holz, Gerda; Wüstendörfer, Werner (2000): Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Puhmann, Andreas (2005): Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich (2006), Zukunftschancen von Kindern – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda; Skoluda, Susanne (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Eine vertiefende Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern. Frankfurt am Main.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989, Brüssel 1991.
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.
- Richter, Antje (2006): Was brauchen arme Kinder? – Resilienzförderung und Armutsprävention, in KiTa spezial 4/2006, S. 9–13.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden.

Einmal arm – immer arm?

Ergebnisse neuerer Forschung zur Armut junger Menschen

Matthias Drilling, Dozent an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz, Basel

1 Ausgangslage: Armut in der Mitte der Gesellschaft

Standen zu Beginn des Sozialstaates die «klassischen» Armutsgruppen (Obdachlose, Randgruppen, chronisch Kranke) im Zentrum der Bedürftigen, finden wir heute zunehmend Erwerbslose im «besten» Erwerbstätigenalter, Menschen mit unzureichendem Erwerbseinkommen, allein erziehende Frauen (und manchmal auch Männer), kinderreiche Familien oder Migrant/-innen unter den armen Haushalten. Dieser Strukturwandel ist unter dem Begriff der «neuen Armut» (Geissler 1976) bekannt geworden und hat u. a. zur Konsequenz, dass die Sozialhilfe vor der Herausforderung steht, neben ihrer überbrückenden Funktion, auch eine langfristig Einkommen ersetzende (vor allem bei Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen) und eine subsidiäre Funktion (vor allem bei «working poor» sowie Jugendlichen in Ausbildung) zu haben. Es scheint, als sei Armut seit den 1990er Jahren konsequent in die Gesellschaft diffundiert, habe heute das Zentrum der Gesellschaft erreicht. Hübinger (1996) versuchte dies durch den Begriff des «prekären Wohlstandes» auszudrücken: Armut zeigt sich in allen gesellschaftlichen Schichten und auch eine Ausbildung, bisher eindeutiges Merkmal, um auf der Seite der «Gesicherten» zu stehen, schützt nicht mehr unbedingt davor.

Gesellschaftliche Ungleichheit findet in räumlicher Ungleichheit ihr Pendant. Quartiere entstehen, die das Label «sozialer Brennpunkt» erhalten, die von den Besserverdienenden verlassen werden, sobald das erste Kind ins schulreife Alter kommt; die sich von Kinder- und Fachärzten entleeren, weil die Behandlung der Standardversicherten sich nicht mehr rentiert. Armut und Reichtum hängen unmittelbar zusammen und von Seiten der Forschung werden zunehmend die negativen Folgen dieser Verknüpfung thematisiert: «Wenn es stimmt, dass Armut die Kehrseite der Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft ist, also soziale Ausgrenzung die Kehrseite von sozialem Aufstieg ist, dann werden Ausmass und Qualität sozialer Ausgrenzung nicht trotz, sondern wegen eines steigenden Wohlstandes zunehmen.» (Huster 2002, 45)

Unter diesen ambivalenten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht sich heutiges Aufwachsen und es gibt genug Anlass dazu, von einer wachsenden Ungleichheit zwischen «guter» und «benachteiligter Kindheit» zu sprechen (Chassé, Zander and Rasch 2005, 31).

2 Armut junger Menschen: finanzielle, soziale und kulturelle Aspekte

Die Labilisierung von Lebenslagen sowie die Strukturveränderung in der Armutsbevölkerung lassen sich statistisch nachzeichnen. Dabei sind das Ausmass und die Betroffenheit von Armut immer abhängig von der Grenze, die der Armutsdefinition zu Grunde gelegt wird.

Bereits die dritte nationale Armutsstudie, die sich auf Daten des Jahres 1992 bezieht, berechnet eine Armutsquote für die Schweiz, die je nach verwendeter Armutsdefinition zwischen 4,8% und 11,4% der Bevölkerung beträgt, was 390 000 bis 710 000 Arme bedeutet (Leu, Burri and Priester 1997, 116). Kinder werden in der Studie nicht separat ausgewiesen, die Autoren gelangen nach verschiedenen Differenzierungen zum Schluss, «dass Armut heute in erster Linie ein Problem der jüngeren und nicht mehr wie früher der älteren Personen ist» (ebd., 127).

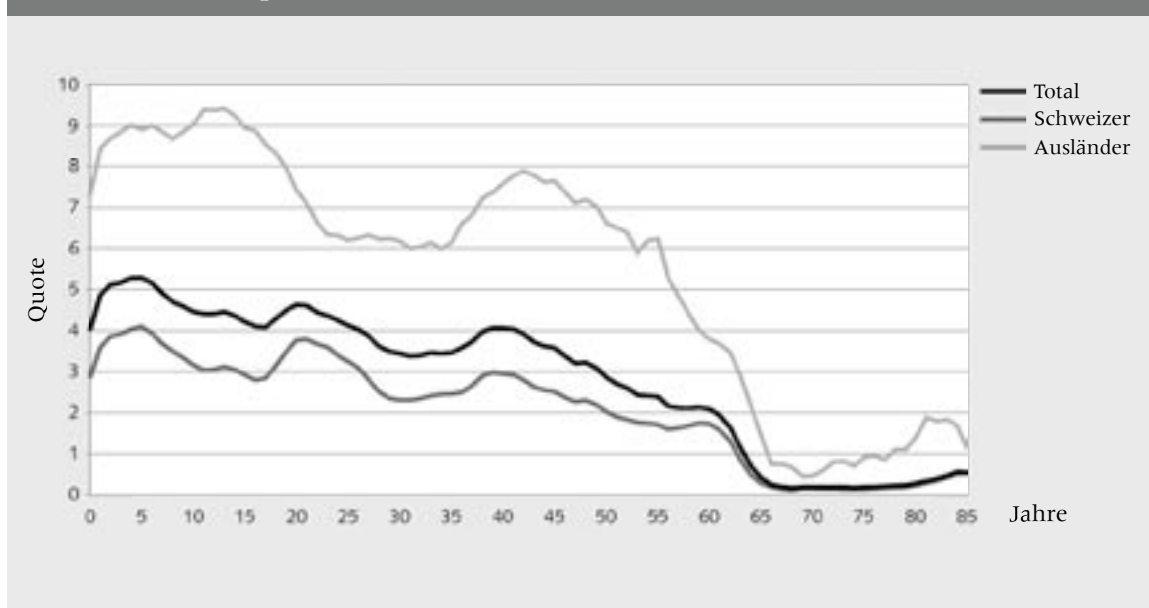
In der jüngst veröffentlichten Studie des Kinderhilfswerks UNICEF werden Familien als arm bezeichnet, die weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens verdienen (UNICEF 2005)¹. Im Ländervergleich schneiden Dänemark und Finnland am besten ab: In den beiden Ländern sind «nur» 2,4% respektive 2,8% der Kinder von Armut betroffen. Die Schweiz liegt im Vergleich mit 26 OECD-Ländern mit 6,8% zwar an 5. Stelle. Die Kinderarmut ist jedoch fast drei Mal so hoch wie in Dänemark, das die geringste Armutsrate der OECD-Länder aufweist. Der Bericht widerlegt die gängige Vermutung, dass die Armut in den am meisten entwickelten Ländern abnimmt: Mit Australien, Norwegen, England und Amerika weisen lediglich vier OECD-Länder sinkende Kinderarmutsraten auf.

Working poor sind eine Schnittmenge zwischen Erwerbstätigen und Armen, d. h. Personen, die mindestens einer Wochenstunde bezahlter Arbeit nachgehen und in einem Haushalt leben, der unter der Armutsgrenze lebt. Streuli und Bauer (2002) eruieren die Zahl der working poor in der Schweiz für das Jahr 1999, Crettaz schreibt die Berechnungen fort bis zum Jahr 2005 (Bundesamt für Statistik 2007). Demnach beläuft sich die working-poor-Quote (Anteil der «working poor» an allen Erwerbstätigenhaushalten in der Schweiz) auf 7,5% (im Jahr 1999) resp. 4,2% (im Jahr 2005). Insgesamt zählt die Studie aus dem Jahre 2002 170 000 Haushalte oder 530 000 Haushaltsmitglieder (davon 230 000 Kinder) zu den «working poor», die auf die Jahre bis 2005 fortgeschriebene Untersuchung macht keine Aussagen zum Ausmass der Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen.

Für den Bereich der bekämpften Armut (Sozialhilfe) liefert die Schweizerische Sozialhilfestatistik Fakten (Bundesamt für Statistik 2006 und

¹ Durch seine Resistenz gegen Ausreisser eignet sich der Median besonders gut als Lageparameter für nicht normal verteilte Grundgesamtheiten. Beispiel: Die Einkommen einer Gruppe von 10 Personen verteilen sich wie folgt: 9 Personen verdienen 1000 CHF und 1 Person verdient 1 000 000 CHF. Das Durchschnittseinkommen beträgt 100 900 CHF, der Median jedoch nur 1000 CHF.

Abb. 1: Sozialhilfequote nach Alter und Nationalität im Jahr 2005



Anmerkung: Die effektive Quote pro Jahrgang schwankt relativ stark. Daher werden fortlaufend die Daten zweier aufeinanderfolgender Jahrgänge zusammen gezählt und der Durchschnitt davon verwendet.
 Quelle: BFS Sozialhilfestatistik 2005.

2007). Demnach bezogen im Jahr 2005 rund 237 500 Personen Sozialhilfeleistungen, was 3,3% der Bevölkerung entspricht.

Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei den Kindern bis 10 Jahre, gefolgt von den Jugendlichen (in der Altersgruppe der 10- bis 17-Jährigen sind es zudem besonders viele ausländische Kinder, die unterstützt werden) und den jungen Erwachsenen. In der Altersgruppe zwischen 35 und 42 Jahren nimmt die Quote nochmals zu, was der Bericht damit begründet, dass hier «Kinderkosten, Erwerbsunterbrüche oder die Reduktion des Beschäftigungsumfangs (bedingt durch Betreuungspflichten) sowie Scheidungen das Risiko erhöhen.» (Bundesamt für Statistik, 2007, 14). Die Analyse nach den armutsgefährdeten Gruppen thematisiert ein höheres Sozialhilferisiko für Alleinerziehende (viertel höheres Risiko als der Durchschnitt aller Haushalte), Geschiedene, Alleinstehende Ausländer/-innen, Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern. «Mit einer Quote von knapp 23% ist mehr als jedes fünfte Kind, das mit nur einem Elternteil lebt, auf Sozialhilfe angewiesen. Generell steigt das Risiko mit der Anzahl der Kinder im Haushalt an. Auch wenn Kinder in Paarhaushalten insgesamt weniger oft auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist die Quote der Kinder in Familien mit 3 und mehr Kindern mit 3,4% fast doppelt so hoch wie jenes in Familien mit zwei Kindern (1,8%).» (ebd., 17)

Dass sich die Problemlagen in den Städten akkumulieren und dass Armut mit dem Erreichen der Volljährigkeit nicht beendet ist, darauf machten bereits die Kennzahlenvergleiche der Städteinitiative, des Zusammenschlusses von Sozialvorständen Schweizer Städte, aufmerksam

«Ausschluss ist, wenn Kinder einem Kind sagen: Mit dir wollen wir nicht spielen und gerne haben wir dich auch nicht!»

(zuletzt Salzgeber 2005). So war im Jahr 2004 in Städten wie Basel nicht nur jedes siebte Kind im Laufe eines Jahres auf Sozialhilfe angewiesen, sondern auch jeder neunte junge Erwachsene (18 bis 25 Jahre). Der Bericht der schweizerischen Sozialhilfestatistik 2006 bezeichnet diese Verschiebung hin zu immer jüngeren Bezugsgruppen als «besorgniserregend» (Bundesamt für Statistik 2006, 17). Insgesamt zeichnet die Schweiz so die europäische Entwicklung einer «Infantilisierung von Armut» nach, die in Ländern wie Deutschland weitaus fortgeschrittener sind (siehe Beitrag G. Holz).

Dass Armut bei Kindern und Jugendlichen nicht auf finanzielle Aspekte reduziert werden darf, darauf macht die Kindheitsforschung aufmerksam. Diese Studien – die allerdings (noch) keine repräsentativen Aussagen für die Schweiz formulieren können – haben aufgezeigt, dass es nahezu keinen Bereich im Leben gibt, der nicht von einer Armutslage betroffen werden kann. Liest man solchen Studien dann fallen zwei Zusammenhänge auf, die im schweizerischen Kontext im Besonderen erforscht werden: Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit sowie zwischen Armut und Bildung.

Armut und Gesundheit (siehe z. B. Hofmann, Nadai and Sommerfeld 2001; Künzler 2003): Arme Familien schränken ihre Ausgaben oft auf Kosten einer gesunden Ernährung ein, was Folgen für die körperliche Entwicklung der Kinder hat; Kinder aus armen Familien leiden häufiger unter psychosozialen Beschwerden, gleichzeitig sind Familien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, schwerer für Beratungs- und Unterstützungsangebote zu gewinnen. In armutsbetroffenen Familien wächst die psychosoziale Belastung insgesamt, was auch das Risiko für Konflikte in der Familie erhöht und Beeinträchtigungen der Eltern-Kind-Interaktion, aber auch der Eltern-Eltern-Interaktion zur Folge hat.

Armut und Bildung: Geben wir der PISA-Studie Recht, dass die sprachliche Kompetenz ein entscheidender Indikator ist, dann hängen Schullaufbahn und soziale Herkunft nirgendwo so eng zusammen wie in Deutschland, Belgien und der Schweiz (Stanat and Artelt 2002, 12). «Hauptergebnisse dieser Forschungen sind, dass ... Eltern der untersten Bildungsgruppen weiterhin, wenn nicht sogar stärker als noch vor 20 bis 30 Jahren, ihre Kinder weitaus weniger auf höhere Schulen schicken.» (Lauterbach and Lange 1998, 106). Kronig (1996) stellte schon im Jahr 1996 für die Primarstufe in der Schweiz fest, dass sich dort der Anteil ausländischer Schüler/-innen in Kleinklassen zwischen 1980 und 1993 verdreifacht, jener der Schweizer Kinder dagegen um rund ein Viertel reduziert hat. Rüesch (1999, 12) ermittelt für das Jahr 1999, dass in der Sekundarstufe I des Kantons Zürich der Schultyp mit den tiefsten Anforderungen zu 67 Prozent von Kindern nichtschweizerischer Nationalität besucht wird, obschon der Anteil der Ausländer/-innen an allen Schüler/-innen aber nur 24 Prozent beträgt. Und Haeberlin et al. (2004, 44) untersuchen die schulische Vorselektion in der Schweiz und kommen zum Ergebnis, dass ausländische Schüler/-innen 1,7 bis 3,9-mal häufiger eine Realschule besuchen als Schweizer

Jugendliche (in Basel-Stadt sogar 6,75-mal), ein Anteil, der «nicht auf realen Leistungen beruht» so ihre Schlussfolgerung.

Halten wir also fest: In der Schweiz leben heute – je nach Grenzwert – zwischen 111 000 und 230 000 Kindern in einem armen Haushalt, das ist jedes 14te bzw. jedes sechste Kind.² Rund 70 000 von ihnen werden bereits von der Sozialhilfe unterstützt. In den Städten verdichten sich sowohl die Fallzahlen als auch die beeinflussenden Kontexte. Von Kinderarmut als «Massenphänomen» zu sprechen (siehe Beitrag Gerda Holz) ist angesichts fehlender Studien für die Schweiz nicht angebracht; ebenso wenig kann aufgrund des erst seit kurzem betrachteten Zeitraums eine fundierte Aussage darüber formuliert werden, ob Armut von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz nachhaltig zugenommen hat. Vor allem die Studien aus der Bildungs- und Gesundheitsforschung lassen die Frage aufkommen, wie gross das Risiko ist, dass Armut zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen und in welchem Masse Kinder aus sozial niedrigen Schichten «in die Fusstapfen» ihrer Eltern treten; diese Fragen zu beantworten würde letztlich die These der Vererbung von Armut durch die «Vererbung» von Chancen auf Positionen in der Gesellschaft, zum Gegenstand haben.

3 Bewältigungsverhalten

Im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Projektes «Risikolagen Sozialhilfe beziehender junger Erwachsener» (Dalcher and Schäuble 2003; Drilling 2003; Schaffner Baumann 2003; Drilling 2004), das rund 1200 Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren aus der Sozialhilfe der Stadt Basel berücksichtigte, wurde untersucht, mit welchen Fähigkeiten und Kompetenzen junge Erwachsene zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Sozialhilfe ausgestattet waren und wie sich ihre Lage im Laufe des Sozialhilfebezugs veränderte.

Durch die biographische Perspektive wird deutlich, dass die Mangel- und Notlage nicht erst mit dem Eintritt in die Sozialhilfe begann. Es kann vielmehr von einer *Baseline-Verwundbarkeit* gesprochen werden, die oftmals bis in die Kindheit zurückreicht. Der Sozialhilfeeintritt selbst ist dann zumeist an aktuelle Ereignisse gekoppelt: Arbeitslosigkeit, ungenügendes Einkommen, Kündigung, Betreibung, Schulabbruch, Lehrabbruch, Heimeintritt, Rauswurf aus dem Elternhaus, Eintritt in Pflegefamilie, Wegzug der Eltern, Trennung vom Partner, physische und psychische Gebrechen.

Armut stellt sich hier analog zur AWO/ISS Studie (siehe Beitrag G. Holz) als multifaktoriell begründet heraus. Während die deutsche Studie den Weg über die Konstruktion von Lebenslagentypen wählt, ist die hier angeführte Studie auf der Grundlage der Kapitaltheorie Pierre Bourdieus (Bourdieu 1983) sowie dem Konzept der Verwirkli-

² Die Zahl 111 000 errechnet sich aus der UNICEF-Studie: 6,8% der Kinder in der Schweiz sind von Armut betroffen, bei einer ständigen Wohnbevölkerung von rund 1,64 Millionen Personen im Alter zwischen 0 und 19 Jahren. Die Zahl 230 000 gibt die Working Poor Studie an, wobei hier auch die 18–24-Jährigen einberechnet sind, sofern sie in einer Ausbildung stehen.

«Ausschluss ist, wenn niemand mit einem
zusammen sein will und niemand einem gern hat.»

chungschancen des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen entstanden (Sen 2000). Entsprechend lassen sich – auf der Grundlage des verwendeten theoretischen Konzeptes ökonomische (z. B. Einkommen, Vermögen), kulturelle (z. B. Berufsabschluss) und soziale Mangel- und Armutslagen (z. B. Kinderschutzmassnahmen, Eltern-Kind-Beziehung) differenzieren. Erst ein solches Konzept, dass Armut von jungen Erwachsenen nicht auf finanzielle Ressourcen beschränkt, ist – trotz aller Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit der Messung ergeben – aus unserer Sicht zentral, denn es berücksichtigt die spezielle Situation des Kindes- und Jugendalter, also die enge Verknüpfung und Abhängigkeit mit der Herkunftsfamilie, den Freundeskreisen und der Gleichaltrigengruppe.

In unserer Untersuchung versuchten wir die Dynamik über ereignisbiographische Analysen nachzuzeichnen: Dazu wurden die Protokolle der Fachpersonen der Sozialhilfe, die im Anschluss an ein Beratungsgespräch angefertigt wurden analysiert. Diese Analyse zeigt, wie intensiv der Alltag mit Herausforderungen durchdrungen ist, und wie eng Sequenzen gelingender und misslingender Biographie miteinander korrespondieren (dazu ausführlicher in Drilling 2004): Bei Frau H. ist es Scheidung der Eltern und der Einrichtung einer Erziehungsaufsicht, die das junge Mädchen veranlasste, freiwillig in einer betreuten Wohngruppe um Aufnahme zu bitten. Psychotherapeutische Unterstützung und Drogen werden zum Beratungsthema. Dann gelingt die Aufnahme einer Lehre und die Ablösung mittels Stipendien, Alimenten und dem Lehrlingslohn. Schulische Defizite sind zu gross, der Lehrabbruch folgt; Frau H. wirft ihren Freund aus der Wohnung. Die zahlreichen Gelegenheitsjobs reichen nicht aus, die Miete zu zahlen. Frau H. verschuldet sich, der Vermieter lässt sie betreiben, wenig später die Wohnung räumen. Zeitgleich werden die Unterstützungsrichtlinien der Sozialhilfe geändert, Frau H. erhält weniger Wohngeld und eine Verfügung der Sozialhilfe empfiehlt ihr die Suche eines billigeren Wohnraumes. Gleichzeitig kann die Fürsorgerin Frau H. mehrfach in Arbeitseinsätze vermitteln. Doch erneuter Drogenkonsum macht die arbeitsmarktliche Kontinuität schwierig. Die Sozialhilfe kündigt an, Frau H. in die Unterstützungsgruppe für Nicht-Arbeitsfähige einzustufen. Wenige Wochen später löst sich Frau H. im Alter von 22 Jahren erneut von der Sozialhilfe ab, Austrittsgrund: «Ohne Grund».

Legen wir ein um soziale und kulturelle Aspekte erweitertes Armutsverständnis zu Grunde, dann müssen wir die Frage nach «Einmal arm – immer arm» differenzierter beantworten als nur mit der Frage, ob sich ein junger Mensch von der Sozialhilfe (also der finanziellen Abhängigkeit) ablösen kann. Armut heisst dann zum einen, finanzielle, kulturelle und soziale Lagen miteinander zu betrachten (der Begriff der sozio-kulturellen Armut markiert hier einen solchen Perspektivwechsel), aber auch den weiteren Verlauf nach Austritt aus der Sozialhilfe genau zu analysieren. Dabei ergeben sich auffallende Diskrepanzen: So haben sich in unserer Studie zwar rund 60% der jungen Erwachsenen während des Beobachtungszeitraums (30 Monate) aus der Sozialhilfe ablösen können, was den Widerspruch zur These einer Verfestigung

Austritte aus der Sozialhilfe und Gründe, Kanton Basel-Stadt, Betrachtungszeitraum 1999–2003	
	Summe
N	1123
Insgesamt abgelöst	63%
Ablösegrund:	
In Arbeit	44%
Arbeitslosengeld	9%
Invalidität/Renten/Beihilfen	9%
Stipendien/Ausbildungsbeiträge/Stiftungen	5%
Wegzug aus dem Kanton	10%
Keine Gründe erkennbar	13%
Sonstiges (z. B. Heirat / familiäre Unterstützung)	7%
Im Betrachtungszeitraum wieder eingetreten	28%

Quelle: Drilling (2006).

von Armut stärken könnte. Anzumerken ist allerdings, dass nur die Hälfte von ihnen durch die Aufnahme einer Arbeit auf die sozialstaatlichen Transfers verzichten kann. Andere wechseln in andere Sozialversicherungsträger (IV, Arbeitslosenkassen), finden andere unterstützende Einrichtungen (Stipendien, Stiftungen). Ein anderer Teil wiederum löst sich grundlos von der Sozialhilfe ab oder zieht aus dem Kanton weg. Bei letzteren wird es entweder zu einer Anmeldung in einem anderen Kanton oder eine kürzere oder längere Phase ohne Sozialhilfe kommen. Schliesslich treten 28% der jungen Erwachsenen wieder in die Sozialhilfe ein, was Drehtüreffekte vermuten lässt.

Zudem haben wir festgestellt, dass nur rund jede zweite Person nach der Ablösung eine feste Stelle fand, die anderen Personen wurden Barkeeper, KassiererIn im Fast-Food-Bereich, Teilzeitangestellte im Telefonmarketing etc. Das heisst, dass die Sozialhilfe zwar erfolgreiche Ablösungen vermerkt, dies aber aus Sicht der jungen Erwachsenen eher mit einem Eintritt in neue Prozesse der Prekarität und Unbeständigkeit verbunden ist. Das heisst – und an dieser Stelle beschränke ich mich auf den finanziellen Aspekt von Armut – die These, Armut sei ein punktuell Problem im Lebenslauf, nur dann stimmt, wenn Armut mit Sozialhilfebezug gleichgesetzt wird. Wird Armut aber nicht nur am Sozialhilfebezug gemessen, weisen die Ergebnisse eher auf die Gefahr einer *Verfestigung von Mangel und Armut* hin. *Sozialhilfe* dagegen wird zur zeitlich befristeten Bewältigungsstrategie im Lebenslauf, die so lange und immer wieder dann in Anspruch genommen wird, wie die finanziellen und beraterischen Vorteile die Nachteile des bestehenden Engpasses überwiegen. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, hängt von der

«Ausschluss ist, wenn einem niemand zuhört
und niemand mit einem spricht.»

individuellen Beurteilung und von den Alternativen ab, die eine Person zur Sozialhilfe hat. Insofern sollte von «einmal Sozialhilfe, nicht immer Sozialhilfe» (statt «einmal arm, nicht immer arm» wie bei Zwick 1994) gesprochen werden. Aus biographischer Sicht (die mit einem erweiterten Armutsbegriff arbeitet) dagegen dürften bei einem noch zu quantifizierenden Teil junger Menschen sozialstaatliche Transfers eher längerfristig, wenn auch nicht laufend, in das Portfolio der «young urban poor» (Drilling 2004) gehören. Denn die «young urban poor» sind nach ihrem Austritt aus der Sozialhilfe zu einem grossen Teil arbeitsmarktlich gesehen auch die «young working poor».

Neben diesen Rückzugsstrategien stellt sich natürlich auch die Frage, welche Faktoren auf kontinuierliche Biographieverläufe hinwirken. Weitgehend ohne Einschränkungen können dabei die von Holz und Puhmann zusammengestellten Schutzfaktoren (siehe Tabelle 4 im Beitrag Holz) bestätigt werden. Exemplarisch sollen sie an dieser Stelle durch Ausschnitte aus den Interviews, die wir geführt haben, verdeutlicht werden.

Für Frau V. war es die Bezugsperson der Grossmutter:

Frau V.: Ich denke so, alles Schlimme, das man sich vorstellen kann, hat es in meiner Kindheit gegeben. [...] Und habe dann mit neun, kurz vor dem Tod meiner Mutter, habe ich auch einmal einen Selbstmordversuch gemacht, also als Kind. Das ist heute im Nachhinein nicht wirklich ein Selbstmordversuch gewesen, ich bin einfach vom Balkon gesprungen, wenn das ein Kind macht, ist das doch sehr schlimm. Ich habe immer so versucht, meine Inseln zu bewahren, aber mein Vater war krank, wirklich, eine grässliche Person. [...] Ja und, die gute Insel war meine Grossmutter, also die Mutter meiner Mutter, das ist wirklich so der Kindheitsrückblick, wo ich heute glaube sagen zu können, ihr habe ich es zu verdanken, dass ich doch noch so einen Kern Gesundheit in mir behalten habe, sie war das gute Herz der Familie, und zu ihr bin ich auch immer wieder gegangen und das ist wirklich bis zu ihrem Tod mein Ersatz für alles gewesen. P22 (103:173)

Die Rolle einer Bezugsperson in einer weitgehend als sozial arm erlebter Kindheit tritt auch bei anderen jungen Erwachsenen im Rückblick ins Zentrum für den Beginn eines Aufbruchs. Diese Bezugsperson kann für die einen die Verwandte sein, für andere die Ärztin oder die Sozialarbeiterin, wie Frau Q., die von zu Hause direkt in eine Kriseninterventionsstation flüchtet, sagt:

Frau Q.: Und dann gab es den Knall definitiv als ich knapp 14 war. Dann wollte ich dann ausziehen, habe es nicht mehr ausgehalten. Und dann bin ich in das Foyer [Durchgangsstation für junge Frauen in Krisen] gekommen. [...] Und dann hat theoretisch das gute Leben angefangen, für mich war es aber dann der Absturz. Ich war mir so viel Gutes gar nicht gewohnt, rein theoretisch, es war viel, wie soll ich sagen, es hatte viel zu viel Struktur für mein Leben. P22 (306:391)

Es wird deutlich, dass mit dem Eintritt in Institutionen der sozialen Sicherheit Erwartungen verbunden sind, die familienersetzenden statt nur familienergänzenden Charakter haben. Nicht selten begegnen die jungen Menschen dort Fachpersonen, die sie in ihrer Persönlichkeit wertschätzen; eine Erfahrung, die angesichts nicht tragfähiger Eltern-Kind-Beziehungen oftmals zum ersten Mal gemacht wird.

Auch die Bedeutung von Einrichtungen der Jugendarbeit ist eine nicht zu unterschätzende Ressource, denn das Aufsuchen von Einrichtungen wie Gassenküche, Arbeitslosentreff oder Treffpunkten im öffentlichen

Raum ermöglicht es den jungen Menschen neben der psychosozialen Beratung Kolleginnen und Kollegen in einer vergleichbaren sozialen Lage kennenzulernen. Durch den Austausch entstehen eine gemeinsame Identität und eine Alltagskultur, die – sofern sie fachlich betreut ist, auch wieder Perspektiven jenseits des Mangels eröffnen kann.

4 Perspektiven

Herausforderungen für den Sozialstaat ergeben sich aus Sicht einer biographisch orientierten Armutsforschung insbesondere aus zwei Fakten: 1) Je früher Armut beginnt und desto grösser sie ist, und je länger sie andauert, desto grösser sind die Wirkungen auch auf die Gesundheit und auf den Schulerfolg, 2) Armut in der Kindheit und im Jugendalter kann Auswirkungen auf die gesundheitliche, kognitive und soziale Entwicklung auch nach einer überwundenen Armutsphase haben; das heisst, ab einem Zeitpunkt wirken sich Armutslagen bei Kindern und Jugendlichen auf deren spätere Lebensphasen und den Entwicklungsprozess aus, auch wenn der Mangelzustand beseitigt werden kann («*sleeper effects*») (Walper 1999, 302). Die Forschung macht zudem darauf aufmerksam, dass eine Kumulierung von Risiken in zwei Konstellationen «hoch dosiert» auftritt: Erstens bei kritischen Ereignissen zu einem bestimmten Zeitpunkt (*critical life-events*) beispielsweise Umzug an einen anderen Ort, Verlust mindestens eines Elternteils durch Scheidung oder Tod, eigene Krankheit oder Krankheit naher Angehöriger, Sitzenbleiben in der Schule, Arbeitsplatzverlust eines Elternteils. Zweitens an *standardisierten Übergängen im Lebenslauf*, z. B. beim Eintritt in den Kindergarten, die Schule oder am Ende der obligatorischen Schulzeit beim Übertritt in das Erwerbsleben.

Eine Politik gegen Armut darf demnach nicht auf arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte verkürzt werden. Armutspolitik ist immer auch Familienpolitik und Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik. Forschungen zeigen, dass hierbei die Verfügung über soziales und kulturelles Kapital, also der Aufbau hilfreicher sozialer Beziehungen und Zugehörigkeiten sowie der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten und Bildungstitel, ebenso entscheidende Startvorteile für das Wachsen einer sich aktiv und produktiv mit der Welt auseinandersetzenen Persönlichkeit darstellen, wie die ökonomischen Ressourcen.

Für die Frage nach der Kohärenz von Sozialpolitik stellt sich die Forderung nach einem Zusammenführen der weitgehend unverbundenen Angebote von gesetzlichen und freiwilligen Hilfen auf struktureller Ebene. Den derzeitigen Anstrengungen im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit insbesondere in der Verwaltung müssen über deren Binnenstruktur hinausgehende Kooperationsverbünde mit den professionellen Angeboten der Sozialen Arbeit folgen. Statt also den jungen Menschen von den Institutionen und ihren Interessen her zu denken, sollte der junge Mensch im Zentrum stehen und die Frage beantwortet werden, welche Aufgabe der Beratung, Betreuung und Begleitung von welcher Institution zu welchem biographischen Zeitpunkt übernommen wird. Erst ein solches Vorgehen eröffnet Chancen bei der Gestaltung von Lebensläufen und reagiert aktiv auf die

«Ausgeschlossen wird man dann, wenn man etwas nicht so will
wie alle anderen oder wenn man anders denkt als alle anderen.»

Rückzugsstrategien junger Menschen, die – wie die Kindheitsforschung zeigt – Folgen haben können, die sich im biographischen Verlauf nicht einfach rückgängig machen lassen.

Auch auf Seiten der Angebote der Sozialen Arbeit müsste die biographische Perspektive eine enge Vernetzung zur Folge haben. Als schwierig dürfte dabei vor allem in den Städten sein, dass viele Angebote wie aufsuchende Jugendarbeit oder Schulsozialarbeit in den letzten Jahren auf spezielle Problemkonstellationen entstanden sind und unterschiedlichen Trägern unterstehen, deren Zielsetzungen nicht zwangsläufig deckungsgleich sind. Hier zu einer gemeinsamen Strategie im Rahmen einer «Kultur des Aufwachsens» (Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002) zu finden, sollte Anlass sein, weniger über Differenzierendes als über handlungsfeldübergreifende Ziele nachzudenken (siehe Abbildung).

Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass eine solchermassen breite Armutspolitik – wie bereits erwähnt – mehr als nur eine weitere Reaktion auf die Ergebnisse aus der Forschung über Kinder- und Jugendarmut ausdrücken müsste. Wahrscheinlich müsste über das System der sozialen Sicherheit neu nachgedacht werden, insbesondere was ihre Verknüpfung zur Zivilgesellschaft angeht. Der Mut für diesen

Angebote für Jugendhilfe / ausserschulische Jugendförderung			
	Jugendarbeit im offenen Freizeitbereich	Schulsozialarbeit	Mobile Jugendarbeit/ aufsuchende Jugendarbeit
Zielgruppen	Jugendliche allgemein	Jugendliche allgemein, Sozial benachteiligte Jugendliche	Sozial benachteiligte Jugendliche, Jugendliche im öffentlichen Raum
Ziele	Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung der Persönlichkeit Stärkung und Unterstützung von Problemlösungs- und Sozialkompetenz Unterstützung im Konfliktfall und in Krisensituationen Befähigung zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung Ausgleich sozialer Benachteiligung und Verhinderung sozialer Marginalisierung Beitrag zur sozialen Integration und Identifikation mit dem Gemeinwesen		
Ort	Freizeitbereich	Schule	öffentlicher Raum
Methode	Projektarbeit, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit, Individualhilfe		
Beispiele	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung / Einzelfallhilfe • Aufbau eines Jugendtreffpunkts • Partizipationsprojekte im Freizeitbereich und im öffentlichen Raum • Politische Lobbyarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Einzelnen und Gruppen • Thematische Gruppenarbeit (z. B. Sexualität, Gewalt, Selbstbild) • Mitwirkung an Elterngesprächen • Beteiligung an Schulprojekten • Mitarbeit an Generalthemen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung / Einzelfallhilfe • Arbeiten / Vernetzen im Sozialraum • Themenprojekte (Gewalt, Drogen, Gestaltung des öffentlichen Raums etc.) • Hilfe bei der Laufbahngestaltung • Politische Lobbyarbeit

Paradigmenwechsel sollte allerdings nicht fehlen, denn die derzeit praktizierten Alternativen einer punktuellen Verbesserungen in einzelnen Systemelementen genügen zwar kurzfristig haushalterischen Zielen, sind allerdings kaum geeignet, auf das Phänomen des sozialen Ausschlusses (Exklusion) mit einer Strategie des sozialen Einschlusses (Inklusion) zu antworten und damit die Vererbung von Armut weniger wahrscheinlich zu machen.

5 Literatur

- Bourdieu, P. 1983. «Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital», in R. Kreckel (ed.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2, 183–98. Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Bundesamt für Statistik 2006. Die Schweizerische Sozialhilfestatistik. Erste gesamtschweizerische Ergebnisse. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik 2007. Die Schweizerische Sozialhilfestatistik 2005. Nationale Resultate. BFS Aktuell, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik 2007. «Armut von Personen im Erwerbsalter. Armutsquote und Working-Poor-Quote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung in der Schweiz zwischen 2000 und 2005», BFS Aktuell, Wirtschaft und Soziale Situation der Bevölkerung, März 2007, Voume.
- Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002. Jugendhilfe und die Kultur des Aufwachsens. Der Beitrag der Träger der Kinder- und Jugendhilfe zur Bildung und zur Entwicklung von Lebenskompetenz. [Online] Available: www.bmfsfj.de/Redaktion-BMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-23600-Eckpunkt Papier,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf.
- Chassé, K. A., Zander, M. and Rasch, K. 2005. Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Wiesbaden: VS.
- Dalcher, M. and Schäuble, S. 2003. Achtung, hier arbeitet das Klientel... Coaching bei jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe. Basel: Diplomarbeit an der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel.
- Drilling, M. 2003. Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 1: Zum Stand der Armutsforschung in der Schweiz. Basel: Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit. [Online] Available: www.jugendarmut.ch (erweiterte Fassung «Armutsforschung in der Schweiz» zur Publikation Drilling [2004] «Young urban poor», Wiesbaden: VS-Verlag).
- Drilling, M. 2004. Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Drilling, M. 2006. «Young Urban Poor: Handlungsstrategien in kontingenten Biographieverläufen», in J. Mansel and H. Kahlert (eds.), Arbeit und Identität im Jugendalter. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Strukturkrise auf Sozialisation, 93–112. Weinheim: Juventa.
- Geissler, H. 1976. Die neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg i.Br.: Herder.
- Haeberlin, U., Imdorf, C. and Kronig, W. 2004. Von der Schule in die Berufslehre. Untersuchungen zur Benachteiligung von ausländischen und weiblichen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche. Bern: Haupt.

«Damit ich nicht arm werde, kann ich in der Schule gut arbeiten und viel lernen, damit ich einen guten Beruf lernen kann. So kann ich viel Geld verdienen und muss nicht arm sein.»

- Hofmann, C., Nadai, E. and Sommerfeld, P. 2001. Verstecktes Leid unter Armut. Wie betroffene Kinder und ihre Eltern die Situation wahrnehmen und bewältigen. Solothurn: Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz. Discussion Paper 2001-S01-01.
- Hübinger, W. 1996. Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg i.Br.: Lambertus.
- Huster, E.-U. 2002. «Kinder zwischen Armut und Reichtum», in C. Butterwegge and M. Klundt (eds.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, 43–55. Opladen: Leske und Budrich.
- Kronig, W. 1996. «Besorgniserregende Entwicklungen in der schulischen Zuweisungspraxis bei ausländischen Kindern mit Lernschwierigkeiten», Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete, Volume(1): 62–79.
- Künzler, G. 2003. «Arme sterben früher», in Caritas Schweiz (ed.), Sozialalmanach 2003. Gesundheit – eine soziale Frage, 67–80. Luzern: Caritas Schweiz.
- Lauterbach, W. and Lange, A. 1998. «Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I», in J. Mansel and G. Neugebauer (eds.), Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, 106–28. Opladen: Leske und Budrich.
- Leu, R. E., Burri, S. and Priester, T. 1997. Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Bern: Haupt.
- Rüesch, P. 1999. Gute Schulen im multikulturellen Umfeld. Zürich: Orell Füssli.
- Salzgeber, R. 2005. Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2004. Städteinitiative. [Online] Available: www.staedteinitiative.ch.
- Schaffner Baumann, D. 2003. Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 2: Bewältigung einer risikoreichen Statuspassage. Basel: Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit.
- Sen, A. (ed.) 2000. Der Lebensstandard. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Stanat, P. and Artelt, C. 2002. PISA 2000: Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden, Ergebnisse. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Streuli, E. and Bauer, T. 2002. Working Poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. Neuchatel: Bundesamt für Statistik.
- UNICEF 2005. Child Poverty in Rich Countries 2005. Florenz: United Nations Children Fund.
- Walper, S. 1999. «Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern», in A. Lepenies, G. Nunner-Winkler, G. E. Schäfer and S. Walper (eds.), Kindliche Entwicklungspotentiale. Normalität, Abweichung und ihre Ursachen, 292–360. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Zwick, M. M. 1994. «Einmal arm, immer arm?» in M. M. Zwick (ed.), Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland, 7–20. Frankfurt a.M.: Campus.

Gemeinsam und entschlossen gegen Armut

Stéphane Rossini, Prof., Master HES-SO en action et politiques sociales, EESP, Lausanne und Universität Genf, sowie Nationalrat

Die reiche Konsumgesellschaft, zu der auch die Schweiz gehört, führt unweigerlich zur Ausgrenzung bestimmter Menschen. Während im ganzen Land Überfluss zur Schau gestellt wird, ist und wird Armut versteckt. Die Baubranche boomt: In Einfamilienhäuser und Zweitwohnsitze werden Milliarden investiert. Der Freizeitmarkt wächst rasant. Banken, Versicherungen, Pharmakonzerne und Exportunternehmen machen den Frühling zu einem nationalen Schauplatz für die Ausschüttung von satten Gewinnen an Aktionäre und für die Bekanntgabe von unverschämte hohen Gehältern einiger CEO. Für das Bruttoinlandprodukt und die Politiker ist die gute Konjunkturlage unbestritten von Vorteil, etwas anders sieht es für die Gesellschaft aus. Sie ist anderen Wachstumselementen – Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten – ausgesetzt.

Es geht hier nicht darum Trübsal zu blasen, sondern aufzuzeigen, dass hinter der Fassade des allgemeinen Glücks eine andere, wenig mediatisierte, stille Wirklichkeit herrscht, die Solidaritätslücken zutage fördert. Sie wird von Menschen erlebt, die in Armut und in Ausgrenzung leben. Obwohl sie ein Schattendasein führen, sind mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger davon betroffen. Es gelingt ihnen nicht, sich Gehör zu verschaffen, ihre Stimme erstickt in allgemeinem Reichtum, in Unwissen und Heuchelei.

Im Rahmen von wissenschaftlichem Handeln¹ und politischem Engagement lässt sich das Auftreten eines Sozialproblems, einschliesslich seiner Folgen für die Sozialpolitik und seine politische Legitimation besonders gut beobachten. Ich behaupte, dass die Armutsbekämpfung in der Schweiz nicht Teil des kollektiven Bewusstseins und schon gar nicht des politischen Bewusstseins ist. Es werden weder Ziele noch gewissenhafte, kohärente Handlungsstrategien ausgearbeitet und strukturiert, um dem Problem beizukommen. Die Armen wurden zwar gezählt, doch damit haben sich einige, zugegeben nicht sonderlich scharfsinnige Entscheidungsträger auch schon zufrieden gegeben. Man wollte nichts Genaueres wissen über ihre Lebensbiografie und den Verarmungsprozess. Das ist bei einem negierten oder unterschätzten Phänomen auch nicht weiter überraschend. Trotzdem wird sich die Schweiz wohl oder übel eingestehen müssen, dass sie Armut hervorbringt und die in Armut lebenden Menschen ein Recht auf materielle Hilfe und, wichtiger noch, auf Würde haben.

¹ Vgl. Rossini S. (unter der Leitung von), *Versteckte Armut in der Schweiz. Qualitative Analyse von Verarmungsprozessen und Perspektiven sozialen Handelns*. Forschungsbericht, Nationales Forschungsprogramm NFP 45, Universität Neuenburg, 2002, 266 Seiten.

«Damit ich nicht arm sein muss, gehe ich in den Bahnhof und singe schön. So bekomme ich vielleicht Geld.»

Politische Verantwortung

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. An menschlichen und materiellen Mitteln für die Armutsbekämpfung kann es also nicht liegen. Damit sich etwas bewegt, bräuchte es jedoch politischen Willen. Und der fehlt bislang.

Politisch begnügt man sich insbesondere auf Bundesebene damit, die Probleme der anderen, namentlich der Kantone und der Städte zu beobachten. Der «Schwarze Peter» wird zur Strategie. Die Lösung eines auftretenden Problems wird tunlichst vermieden. Vielmehr sucht man nach einem institutionellen und formellen Weg, das Problem auf andere abzuwälzen. Genauso verhält es sich beim Thema Armut. Der Bund – via Bundesrat – will sich nicht in das Problem einmischen, da dieses laut Verfassung den Kantonen und den Gemeinden untersteht. So weigert sich auch die Regierung systematisch, auf jene – bescheidenen – parlamentarischen Begehren einzutreten², die einen staatlichen Eingriff fordern.

Die kantonalen Unterschiede in der Sozialpraxis und die sektorenübergreifenden Dynamiken, welche die Grundlage für die Handhabung der Armutsfolgen bilden, sprechen für ein gemeinsames Vorgehen. Dabei geht es nicht nur darum, Schranken zwischen den Kantonen, ja gar den Gemeinden, abzubauen; gesamtschweizerisches Handeln ist angesagt. Der institutionelle Formalismus, der zwischen Bund und Kantonen steht, ist veraltet und ungeeignet, denn er setzt das Funktionieren der Einrichtungen über die Problemlösung. Eingeklemmt zwischen Föderalismus, Liberalismus, Betreuung und Eigenverantwortung stehen die Chancen gering, dass die nötige Mehrheit erreicht wird, die es braucht, um einen nationalen Prozess der Armutsbekämpfung in die Wege zu leiten.

Währenddessen sehen sich Kantone und Gemeinden mit einem starken Anstieg der Gesuche und Ausgaben der Sozialhilfe konfrontiert. Die Anzahl Leistungsbeziehender lässt Rückschlüsse auf die Entwicklung der Prekaritätsprobleme zu. Diese muss jedoch in einem grösseren Kontext betrachtet werden: die Schwächung der Sozialversicherungen einerseits und die Schwierigkeit, in der Arbeitswelt einen Ausweg für die weniger leistungsfähigen Menschen zu finden andererseits. So wirken sich beispielsweise die Einschränkungen in der Arbeitslosenversicherung und der Druck auf die Invalidenversicherung umgehend auf die kantonalen Systeme aus. Mehrere Kantone verzeichneten eine markante, im Vergleich zu den Vorjahren bis zu 20-prozentige Erhöhung ihrer Ausgaben. Dieser erhebliche Mehraufwand fördert die wirklichen Probleme ans Licht. Ihn mit Missbräuchen zu erklären, ist Unsinn. Im Übrigen sind Städte für bedürftige Menschen besonders

² Vgl. dazu Ausgang, der in der Legislaturperiode 2003–2007 eingereichten parlamentarischen Vorstösse oder jene der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung (darunter das Projekt für Ergänzungsleistungen für Familien).

attraktiv, denn die relativ grosse Anonymität senkt die Hemmschwelle, um Hilfeleistungen anzufordern. In Dörfern und auf dem Land, wo gesellschaftliche Kontrolle und Stigmatisierung noch stark das Verhalten beeinflussen, werden solche Leistungen noch weitgehend als beschämend und diskriminierend wahrgenommen.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Entscheidungsträger aus Wirtschafts- und Sozialpolitik keine generelle vorausschauende und voluntaristische Politik in Gang bringen. Präventive Aktionen sind selten, korrigierende Massnahmen sind noch immer die Regel. Sie bergen jedoch die Gefahr in Stillstand und Passivität zu versanden.

Subsidiarität

Zivilgesellschaftlich spielen die gemeinnützigen Organisationen bei der Unterstützung Bedürftiger eine wichtige Rolle. Historisch sind sie der Einrichtung des Sozialstaats sogar vorausgegangen. Heute ergänzen sie die öffentlichen Stellen sinnvoll, insbesondere aufgrund der weniger restriktiven Anspruchsvoraussetzungen. Menschen, die sich nur widerwillig an die öffentliche Sozialhilfe wenden und anonym bleiben wollen, bevorzugen den weniger formalen Zugang zu den Leistungen der Privatorganisationen. Einige Organisationen verhalten sich jedoch widersprüchlich, fast so, als wollten sie «ihre Armen» für sich behalten! Als hätten sie Angst «Kunden» zu verlieren und wollten deshalb ihre Existenzberechtigung schützen und die Menschen in Armut für sich beanspruchen.

Leider ist dieses soziale Handlungsfeld in der Schweiz recht unbekannt und unerforscht. Eine Untersuchung zu dessen Beitrag zur Sozialpolitik und dem sozialen Zusammenhalt des Landes sowie dessen Wirkungen steht noch aus. Zwar kennt man die Anzahl Akteure, die in gemeinnützigen Organisationen aktiv sind, die entrichteten Leistungen, die damit verbundenen Ausgaben; die Synergien mit den öffentlichen Stellen liegen jedoch im Dunkeln. Über die Leistungsempfängerinnen und -empfänger und die Wirkung der gemeinnützigen Leistungen wissen wir überhaupt nichts. Diese Situation macht es schwierig, komplementäre öffentliche und private Strategien auszuarbeiten, die es für eine effiziente Armutsbekämpfung braucht.

Hilfswerke, private Initiativen und gemeinnützige Organisationen sind unverzichtbare Akteure bei der Umsetzung der schweizerischen Sozialpolitik. Der Staat sollte die privaten Beiträge nicht nur anerkennen, sondern auch unterstützen. Zuvor müssen allerdings noch einige zentrale Fragen geklärt werden. Wie soll die Subsidiarität aussehen? Auf welchen Grundlagen soll sie aufbauen und welche Form soll sie im Rahmen der Armutsbekämpfung annehmen? Mit welchen Mitteln soll sie realisiert werden? Es ist illusorisch, diese Fragen beantworten zu wollen, ohne über genaue Kenntnisse der Leistungen gemeinnütziger Organisationen zu verfügen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass diese Wissenslücken zu Immobilität führen: Man will an Erworbenem festhalten und verzichtet dabei darauf, sich der Entwicklung der gesellschaftlichen Probleme entsprechend dynamisch weiterzuentwickeln.

«Damit ich nicht ausgeschlossen werde,
muss ich die anderen Leute und Kinder einfach in Ruhe lassen
oder mit ihnen spielen, wenn sie das wollen.»

Dass Subsidiarität sinnvoll ist steht ausser Frage. Ihre Zweckmässigkeit kann jedoch nur erhalten und verstärkt werden, wenn sie sich in einer Wechselbeziehung mit der öffentlichen Hand und nicht autark weiterentwickelt.

Auch Jugendliche sind betroffen!

Die Bevölkerungsgruppen mit hohem Risiko für Randständigkeit und Ausgrenzung sind bekannt: Working Poor, MigrantInnen, alleinerziehende Elternteile, Selbstständigerwerbende (Kleinstrukturen), Personen ohne Ausbildung, Suchtkranke, Invalide, Langzeitarbeitslose, RentnerInnen oder Kranke.

Durch die zunehmende Verbreitung von Armut bei Jugendlichen wird diese bereits viel zu lange Liste noch erweitert. Jugendlichen kommt die traurige Ehre zu, neu auf dieser Laureatenliste zu stehen. Eine Liste die mehr als nur eine Statistik ist.

Ihre Situation und ihre schwierige Position auf dem Arbeitsmarkt haben zu einer anhaltenden Verarmung geführt. Von 2001 bis 2005 ist die Jugendarbeitslosigkeit (der 15- bis 25-Jährigen) von 1,5 auf 5,1 Prozent gestiegen³ und liegt damit rund 30 Prozent über der Gesamtarbeitslosenquote. Trotz eines deutlichen Rückgangs dieser Quote im Jahr 2006 (4,3%) ist der Übergang vom Bildungssystem (Berufsbildung oder Studium) in den Arbeitsmarkt ganz offensichtlich problematisch. Die Aussichten stehen angesichts der für Jugendliche günstigen demografischen Entwicklung und des allgemeinen Wachstums gut, trotzdem bleiben Prekarität, Armut und Ausgrenzung eine traurige Realität. Sie muss ernst genommen werden und zu prioritären, dynamischen und voluntaristischen Massnahmen führen.

Allein mit werbewirksamen Titeln oder guten Absichten, die sich auf Veröffentlichungen von sozialwissenschaftlichen Forschungen oder offizielle Statistiken abstützen, kann noch keine Trendwende in Gang gebracht werden. Dazu braucht es ein mit politischem Druck gekoppeltes Bewusstwerden. Die Behörden müssen dabei positiv reagieren und dürfen keine laxen Haltung an den Tag legen.

Transparenz und Aktion

Grundsätzlich gilt: korrekte Entscheidungen können nur in Kenntnis der Sachlage getroffen werden. Das ist jedoch nicht immer die Regel! Der Entscheidungsprozess «in Kenntnis der Sachlage» ist häufig illusorisch. Slogans und Vorurteile leiten und prägen die politische Diskussion. Mythen sind per Definition nicht totzukriegen. Arbeitslose Jugendliche? «Nichtsnutze, Faulpelze, Schmarotzer». So und ähnlich lauten die Urteile. Sie ersticken jede Debatte im Keim, verhindern jegliche verbindlichen Massnahmen. Die dadurch entstehende Banalisierung führt zur Verneinung der politischen Handlungslegitimität. Es stellt sich deshalb die Frage der Bewusstseinsbildung der Entscheidungsträger und ihrer

³ Vgl.: Weber B., *Die Situation von Jugendlichen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt*, in Die Volkswirtschaft, SECO, Bern, 3–2007, S. 52–54.

Kenntnis der komplexen Mechanismen, die den sozialen Phänomenen und Entwicklungen zugrunde liegen.

Der rasche sozioökonomische Wandel der entwickelten Länder verschärft die komplexe Verflechtung von Wirtschaft und Sozialem zusätzlich. Sie zwingt die Entscheidungsorgane neue Analyseinstrumente auszuarbeiten, um die Entscheidungsprozesse zu begleiten. Abgesehen davon, das meist ein dringender Handlungsbedarf besteht, ist das fachübergreifende Vorgehen eine zwingende Voraussetzung für das Verständnis der Phänomene und für die Handlungsorientierung. Daten über die unterschiedlichen und komplexen Entwicklungen der Produktionsformen, der Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen und ihr Verhältnis zur sozialen Sicherheit werden jedoch nur selten ausgewertet.

Die Schweiz ist bekannt für ihre ungenügenden Sozialstatistiken und das Fehlen von permanenten Forschungs- oder Evaluationsstrukturen, welche die Kontinuität des wissenschaftlichen Vorgehens gewährleisten. Im Auftrag der Verwaltungen und der Sozialakteure (Berufsverbände, Gewerkschaften, Vollzugsorgane usw.) werden unzählige Arbeiten durchgeführt, welche die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit unterstützen sollen. Sie sind jedoch punktuell und betreffen nur Teilbereiche. Ein kohärentes Gesamtkonzept gibt es nicht. Während einige krasse Lücken geschlossen wurden (Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit, Sozialhilfestatistik die jedoch immer noch Lücken aufweist), sind andere noch immer problematisch. So fehlt es beispielsweise an einer Statistik über Hilfswerke, private Initiativen und gemeinnützige Organisationen oder einer Statistik der Bezüger/-innen von Sozialleistungen sowie an Kenntnissen der Auswirkungen des Sozialleistungstransfers in Bezug auf Armut. Ebenfalls schlecht untersucht sind die Folgen politischer Entscheidungen in einem Zweig der sozialen Sicherheit auf die übrigen Zweige (z. B. Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Invalidität, beruflicher Vorsorge, Sozialhilfe), insbesondere, was finanzielle Transfers oder die Übergänge der Leistungsbezügerinnen und -bezüger von einem System in ein anderes anbelangt. Wer bringt beispielsweise Verschuldung Jugendlicher durch Kleinkredite, Familienspannungen und -konflikte, Gewalt, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung usw. miteinander in Zusammenhang? Niemand, es sei denn die Sozialarbeiter. Doch auch sie stehen unter dem von den öffentlichen Verwaltungen aufgezwungenen Kostendruck und werden oft der Laxheit bezichtigt.

Statt eines ganzheitlichen Vorgehens werden Einzelmassnahmen und sektorielle, isolierte Visionen bevorzugt. Die Entwicklung der Sozialprobleme führt uns diese Schwäche deutlich vor Augen. Allmählich gestehen wir uns ein, dass es an sinnvollen und verfügbaren strukturierten Instrumenten für eine genaue Kenntnislage fehlt, was wiederum die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Entscheidungen aufwirft. Was wird sich als stärker erweisen, die Ideologie oder das Verständnis der sozialen Realität? Zu oft richten wir uns nach der Ideologie und nach Gemeinplätzen. Es ist einfach, den Handlungsbedarf auf dem Gebiet der

«Damit ich nicht ausgeschlossen werde,
versuche ich es allen recht zu machen.»

Armutsbekämpfung im Namen des Föderalismus, der Subsidiarität und der Selbstverantwortung zu dementieren.

Weg von gezielter Gewährung von Sozialleistungen

Seit rund zwanzig Jahren wird in der politischen Debatte in der Schweiz mit den Begriff «Giesskannenprinzip» gegen Leistungen mit universellem Charakter argumentiert, die von den auf dem Versicherungsprinzip gründenden Systemen mittel- oder bedarfsunabhängig allen Mitgliedern einer Personenkategorie entrichtet werden. Dieser Gemeinplatz, veranschaulicht mit dem Bild der Giesskanne, die grosszügig ihr Wasser verteilt, ohne darauf zu achten, dass die Pflanzen, die es am nötigsten haben – oder die es verdient haben – das meiste abbekommen, rationalisiert den Gedanken, dass ein gesunder Umgang mit den verfügbaren Mitteln klug und lobenswert wäre. Ist es nicht ein offenkundiges Beispiel für Verschwendung, Personen Leistungen aus Gemeinschaftskassen zuzuerkennen, wenn Zweifel bestehen, ob sie tatsächlich bedürftig sind? Man braucht diese Argumentation nicht weiterzuführen, geschweige denn die Überlegungen, denn der gesunde Menschenverstand spricht für sich. Was aber bedeutet gezielte Gewährung von Leistungen für die Bedürftigsten? Die Angst, öffentliches Geld zu verschleudern ist nicht Grund genug, sich die Überlegungen über den Sinn solcher Massnahmen zu sparen.

Gezielte Leistungen scheinen eine «gute Idee», denn durch die exklusive Leistungsentrichtung werden ausnahmsweise einmal die bevorzugt, die sonst am stärksten benachteiligt sind. Allerdings verursachen solche Massnahmen einen hohen Verwaltungsaufwand: Es gilt den Kreis der Bezugsberechtigten einzuschränken, ein System der Leistungsausrichtung auszuarbeiten, zu überprüfen und einzurichten sowie dafür zu sorgen, dass die Anspruchskriterien erfüllt sind. Zudem haben sie einen hohen symbolischen Preis. Durch die Legitimation des Prinzips der Bedarfsabhängigkeit gegenüber dem Versicherungsgrundsatz der Bürgergleichheit reissen die gezielt ausgerichteten Leistungen ein Loch in den sozialen Zusammenhalt, denn sie teilen die Bürger in zwei Kategorien: diejenigen, die staatlicher Unterstützung bedürfen und die anderen, die in der Lage sind selbst für sich und ihre Familie aufzukommen. Und schon ist sie wieder da, die Kluft zwischen den einen und den anderen, ausgedrückt in «Fähigkeit» und «Würde». Welches Gesellschaftsbild kann diese Kluft zwischen Menschen, die auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind, und den anderen, die darauf verzichten können, rechtfertigen? Kategorisch ausgedrückt: Es ist keine gute Idee, denn sie zeugt nur auf den ersten Blick von gesundem Menschenverstand.

Durch die universellen Sozialversicherungsleistungen könnte das Schamgefühl, das entsteht, wenn jemand für die eigene Existenzsicherung auf externe Hilfe angewiesen ist, beseitigt oder zumindest abgeschwächt werden. Die gezielte Gewährung der Leistungen wieder salonfähig zu machen wäre ein Rückschritt der Sozialpolitik hin zu Almosen und würde den Sozialrechten, die zum Erhalt des sozialen Friedens beitragen, entgegenwirken.

Wir sollten jedoch gerade im Kampf gegen Jugendarmut keiner negativen Logik folgen. Die Bundes- und Kantonsbehörden müssen eine umfassende Politik und Strategie umsetzen, indem sie institutionelle Schranken und das isolierte Vorgehen der öffentlichen Politik überwinden. Politik und Wirtschaft müssen im Bereich Ausbildung, Sozialversicherungen und Arbeitsschutz dringend zusammenarbeiten. Unsere Gesellschaft hat nicht das Recht, den jungen Generationen – unserer Zukunft – die Erfolgchancen zu verbauen.

Wirtschaft und Gesellschaft

Damit das Vorhaben gelingt, muss die Vormachtstellung und die Unabhängigkeit der Wirtschaft neu überdacht werden. Die Politik muss die Grundlagen der Beziehung Gesellschaft-Wirtschaft wieder zu ihrem Handlungsfeld machen. Wenn Ausgrenzung droht, muss die Wirtschaft an ihre Rolle und ihre Verantwortung, zum Wohlergehen der Gemeinschaft beizutragen, erinnert werden. Als von der Aussenwelt abgeschlossenes System funktioniert sie nämlich nicht.

Zwar gehören Unternehmen den Unternehmern, den Besitzern, aber sie funktionieren nur dank des Bildungssystems und anderer Infrastrukturen sowie dank öffentlicher Unterstützungen, Hochschulforschungen und Arbeitnehmenden. Durch ihre Auswirkungen auf die Bodenschätze und die Umwelt gehören sie, wie jede individuelle Tätigkeit, zu den Anliegen die die ganze Bevölkerung betreffen. Während Unternehmen Einkommen für Viele und Reichtum für einige Wenige produzieren und Raum für soziale Partizipation und Integration bieten, so können sie auch krank oder invalid machen, ausgrenzen oder diskriminieren. Sie können verschmutzen, Land vereinnahmen, ihre Macht missbrauchen und die demokratischen Abläufe beeinflussen. Ein Unternehmen ist zwar «privat», die Wirtschaft hingegen kann nur gesellschaftlich sein, da sie uns alle betrifft.

Es ist deshalb Sache der Politik dafür einzustehen, dass Jugendarbeitslosigkeit unzumutbar ist und ihre Beseitigung Priorität hat. Die Politik besitzt die nötige Legitimität Regeln aufzuerlegen, die schliesslich dem Wohl aller dienen. Wirtschaft und Soziales sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist Aufgabe der Politik, das unmissverständlich klar zu machen. Der soziale und der nationale Zusammenhalt sind zentrale Werte. Sie zu unterschätzen oder zu vernachlässigen wäre ein grundlegender Fehler. In diesem Sinn ist die Armutsbekämpfung klar von einem entschlossenen Vorgehen abhängig, das, um Erfolg zu haben, auf gemeinsamem Willen beruhen muss.

«Wenn ich arm bin, bin ich vielleicht ausgeschlossen.
Wenn ich reich bin, bin ich vielleicht eingeschlossen.
Beides finde ich nicht schön.»

Politische Forderungen

1. Ein Tabu brechen

- Armut ist in der Schweiz noch immer ein Tabu. Wer in einer auf Konsum und individuellem Erfolg gründenden Gesellschaft arm ist, gilt als Verlierer. Deshalb wird Armut oft versteckt oder totgeschwiegen.
- Kinder- und Jugendarmut wahrzunehmen heisst, sie nicht nur als rein konjunkturelles und wirtschaftliches Phänomen abzutun, sondern als individuelle wie gesellschaftliche Problematik anzuerkennen, für die es rasch geeignete strukturelle Lösungen braucht.
- Die EKKJ unterstützt eine Motion der beiden Räte, die eine gesamtschweizerischen Strategie zur Bekämpfung von Armut fordert. Dabei müssen insbesondere Kinder- und Jugendanliegen berücksichtigt werden. Darüber hinaus plädiert die EKKJ für eine integrierte Strategie zur Bekämpfung des Armutsrisikos bei jungen Erwachsenen wie sie die SKOS¹ fordert.

Forderungen		Adressaten
1.1	Kinder- und Jugendarmut als reales Problem in seiner ganzen Tragweite anerkennen.	Bund Kantone
1.2	Stichhaltige und regelmässige statistische Erhebungen über Kinder- und Jugendarmut veranlassen.	Hochschulen
1.3	Gezielte Untersuchungen zur Kinder- und Jugendarmut veranlassen, um das Phänomen Armut besser verstehen und erfassen zu können.	
1.4	Im Rahmen einer gesamtschweizerischen Strategie zur Bekämpfung der Armut sind Empfehlungen zu formulieren, aus denen konkrete Massnahmen im Hinblick auf bessere Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche hervorgehen.	

2. Familienergänzende Kinderbetreuung: Zugang vereinfachen, Angebot ausbauen

- Das Kleinkindalter² ist für die psychische und psychosoziale Entwicklung des Kindes eine entscheidende Phase. Fehlende materielle und immaterielle Ressourcen während dieser Zeit sind ein Risikofaktor für die kindliche Entwicklung und können sich langfristig negativ auswirken, sowohl auf die Gesundheit als auch auf die Bildungschancen und die sozialen Integrationsmöglichkeiten. Alle beteiligten Akteure müssen sich dessen bewusst werden und dem Kleinkindalter besondere Aufmerksamkeit schenken. Angesprochen sind sowohl die Familie, sämtliche staatlichen Einrichtungen als auch die Zivilgesellschaft³ und die Wirtschaft.
- Studien zufolge ist die familienergänzende Kinderbetreuung für die Sozialisierung und Integration von Kindern förderlich, vor allem von fremdsprachigen. Voraussetzung dabei ist, dass die Betreuungsqualität stimmt. Dazu braucht es hinreichende Betreuungsnormen und qualifiziertes Erziehungspersonal.
- Kleinkinderpolitik darf sich aber nicht nur auf Kinderbetreuung beschränken. Im Fokus stehen auch die von der öffentlichen Hand und den anderen politischen Akteuren getroffenen Massnahmen zur Ausgestaltung der materiellen und institutionellen Bedingungen der erzieherischen Betreuung.⁴

Forderungen		Adressaten
2.1	Studien und Statistiken zum bestehenden familienergänzenden Kinderbetreuungsangebot veranlassen. Ziel ist es, Lücken aufzuzeigen, das Profil der Familien, die auf Fremdbetreuung zurückgreifen, besser zu kennen und die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung zu beleuchten.	Bund Kantone Gemeinden/ Agglomerationen
2.2	Sich für eine aktivere Rolle des Bundes im Bereich Monitoring und Koordination von Programmen und Massnahmen stark machen.	Zivilgesellschaft Unternehmen
2.3	Vorschulisches und schulergänzendes Kinderbetreuungsangebot ausbauen und für eine ausgewogene und bedarfsgerechte geographische Streuung sorgen. Dazu muss das Impulsprogramm des Bundes verlängert und die Wirtschaft ⁵ und die Zivilgesellschaft vermehrt einbezogen werden.	
2.4	Diese Voraussetzungen sind zu gewährleisten: <ul style="list-style-type: none"> • gleicher Zugang zu Betreuungsplätzen unabhängig von der sozioökonomischen Situation der Familie, durch positive Diskriminierung und Zielvereinbarung; • aktiv und verständlich (v. a. für fremdsprachige Familien) über die Möglichkeiten der familienergänzenden Kinderbetreuung informieren und aufzeigen, wie man die Leistungen in Anspruch nehmen kann; • flexible Öffnungszeiten für familienergänzende Betreuungsplätze, dabei Arbeitszeiten und Wohl des Kindes berücksichtigen (z. B. begrenzte Anzahl an aufeinanderfolgenden Betreuungsstunden). 	
2.5	Zusätzliche Betreuungsangebote unterstützen: z. B. Eltern-Kind-Einrichtungen, Beratungs- und Informationsstellen in Quartieren.	
2.6	Sport-, Theater- und musische Veranstaltungen für Kinder im Vorschulalter anbieten. Freien Zugang gewährleisten, d. h. ohne finanzielle und soziale Hürden.	

3. Obligatorische Schulzeit ab dem 4. Altersjahr, einheitliche Stundenpläne und Ausbau der ausserschulischen Betreuung

- Kindergarten ab dem 4. Altersjahr für einen fließenden Übergang vom Kindergarten zur Schule: Dies fördert die Integration, Sozialisierung und Chancengleichheit, v. a. bei fremdsprachigen Kindern.
- Harmonisierung der Stundenpläne, breiteres Angebot an ausserschulischer Betreuung: Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler beim Lernen zu unterstützen und Eltern für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den Erziehungsaufgaben zur Seite zu stehen. Die Massnahmen sollen es erlauben, Schülerinnen und Schüler mit schulischen und sozialen Schwierigkeiten aufzufangen und sozial benachteiligten Familien zu helfen.
- Damit Kindern die bestmöglichen Erfahrungen und Perspektiven angeboten werden können, muss die Früherziehung innerhalb des Schulsystems eingehend geprüft und die schulischen Abläufe müssen neu strukturiert werden. Diese Massnahme duldet keinen Aufschub.

Forderungen		Adressaten
3.1	Kindergartenobligatorium ab dem 4. Altersjahr.	EDK
3.2	Harmonisierte Stundenpläne unter Einbezug örtlicher Bedürfnisse.	Kantone
3.3	Blockzeiten an Schulen oder Tagesschulen; Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten zur Deckung des Bedarfs und der örtlichen Bedürfnisse (z. B. Schulkantinen).	Gemeinden Schulen
3.4	Strukturelle wie auch individuelle pädagogische Unterstützungs- und Differenzierungsmassnahmen für Schülerinnen und Schüler einrichten, welche die Grundanforderungen nicht erfüllen.	
3.5	Hausaufgabenhilfe zur besseren Chancengleichheit zwischen Schülerinnen und Schülern ausweiten.	

4. Mehr Durchlässigkeit zwischen Bildungsstufen

- Die PISA-Studie hat aufgezeigt, dass die Länder mit den besten schulischen Ergebnissen auch die beste Chancengleichheit bieten (z. B. Finnland, Schweden, Kanada): Die Annahme, dass die Demokratisierung des Bildungswesens schlechtere Leistungen nach sich zieht, hat sich somit nicht bewahrheitet. Indem man die Chancen für Benachteiligte erhöht, nimmt auch das durchschnittliche Bildungsniveau aller Schülerinnen und Schüler zu.
- Die PISA-Studie hat zudem ergeben, dass in den Schulsystemen der meisten Länder mit Bestergebnissen alle Schülerinnen und Schüler integriert werden und dass vor Abschluss einer Mittelschule nicht oder nur unwesentlich selektioniert wird.

Forderungen		Adressaten
4.1	Selektive Komponente des Schulsystems abbauen und Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen erhöhen.	Kantone EDK
4.2	Individuelle Unterstützung (Coaching) für Schülerinnen und Schüler, damit sie in der Lage sind, den nationalen Bildungsstandard zu erreichen.	

5. Berufliche Eingliederung von Jugendlichen: Staat stärker in die Pflicht nehmen

- Gemäss SKOS ist Armut und soziale Ausgrenzung bei Jugendlichen vor allem auf eine zu fragile oder gescheiterte Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen; gelingt die Integration nicht, lässt sich dies nur sehr schwer wiedergutmachen. Eine erste Priorität ist daher die berufliche Grundausbildung, die allen zugänglich gemacht werden muss (einschliesslich jugendlicher Sans-Papiers).
- Der Staat muss eine langfristig ausgelegte Strategie verfolgen, damit alle Jugendlichen sich entsprechend ihrem Potenzial bilden und entwickeln können und eine dauerhaft Eingliederung in die Arbeitswelt ermöglicht wird. Vor diesem Hintergrund spricht sich die EKKJ dafür aus, dass der Staat eine über die obligatorische Schulzeit hinausgehende Bildungsaufgabe innehat und die berufliche Integration ebenfalls zu seinen Pflichtaufgaben gehört. Das heisst, dass die Jugendlichen ab der Mittelstufe 1 bis zur dauerhaften Integration in die Arbeitswelt betreut und gecoacht werden.
- Durch die rasche Weiterentwicklung der Qualifikationsanforderungen muss die Grundausbildung der Jugendlichen und die Aneignung von Schlüsselkompetenzen verbessert werden.

Forderungen		Adressaten
5.1	Berufsberatungsstellen im Hinblick auf ein individuelles Coaching von Jugendlichen stärken: Berufsziel und Strategie zur Zielerreichung ausarbeiten, Coaching und Betreuung beim individuellen Vorgehen. Zusammenarbeit zwischen den Berufsberaterinnen und -beratern und den Berufsschullehrerinnen und -lehrern intensivieren.	Bund Kantone Berufsschulen Unternehmen Gewerkschaften und Berufsverbände
5.2	Berufsvorbereitungsschulen, wie zum Beispiel das 10. Schuljahr, müssen für alle gratis zugänglich sein.	
5.3	Es braucht einen nationalen Fonds für Berufsbildung für ein vielfältiges und hinlängliches Bildungsangebot. Der Fonds würde von einem tripartiten Gremium verwaltet, das sich aus Arbeitnehmenden, Arbeitgebern und dem Staat zusammensetzt.	
5.4	Für Jugendliche mit tiefem Bildungsniveau und/oder sozial benachteiligte Jugendliche braucht es zusätzliche Massnahmen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind: spezielle Betreuung und Coaching ab der 7. Klasse der obligatorischen Schulzeit und während der gesamten Lehre, Unterstützung während der ersten drei Jahre in der Arbeitswelt (<i>Case Management</i>).	
5.5	Die öffentliche Hand muss für Jugendliche eine aktive Vermittlungspolitik verfolgen, wobei die Kosten zweifelsohne geringer ausfallen, als die derzeitigen Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies gilt vor allem für Bereiche, in denen die öffentlichen Bedürfnisse von der Privatwirtschaft nur unzulänglich abgedeckt werden.	
5.6	Die Anerkennung von Bildungsleistungen ist auszubauen, damit sich Jugendliche ohne Abschluss ihre nicht formal erworbenen Kompetenzen anrechnen lassen können. Dies im Hinblick auf eine zertifizierte Ausbildung oder bessere Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt.	

6. Chancengleichheit bei Stipendien und Studiendarlehen

- Für eine Wissensnation wie die Schweiz hat Bildung eine zentrale Bedeutung. Die Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Der Zugang zur Bildung muss für alle sozialen Schichten gleichermaßen gewährleistet sein. Dies ist nicht nur ein soziales Ziel, sondern bringt der Wirtschaft eine höhere Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte.
- Um den Zugang zur Bildung für alle zu ermöglichen, unterstützt der Staat die Studierenden mit Stipendien und Darlehen. In den letzten Jahren sind aufgrund des Spardruckes die Ausgaben für Stipendien und Darlehen reduziert worden. Tatsache ist aber, dass im gleichen Zeitraum die Anzahl der Studierenden zugenommen hat. Diese Entwicklung ist für viele junge Menschen heute ein Problem und wird in einigen Jahren auch ein Problem der Wirtschaft sein.

Forderungen		Adressaten
6.1	Unterstützung der nachobligatorischen Bildung auf Bundesebene regeln. Gleiche Bedingungen für alle Studierenden im ganzen Land schaffen.	Kantone Bund
6.2	Keine unterschiedliche steuerliche Behandlung von beruflicher Aus- und Weiterbildung. Abzugsfähigkeit von den Steuern auch für berufliche Weiterbildung zulassen.	
6.3	Kein Ersatz von Stipendienansprüchen durch Darlehen.	
6.4	Einrichtung und Subventionierung von Kassen für zinslose Darlehen an Studierende als Ergänzung zum Stipendienwesen.	
6.5	Stipendien in Form einer Studienpauschale auszahlen: Die Studienpauschale deckt die Kosten für die kürzeste Studiendauer, kann aber auch auf eine längere Studiendauer verteilt werden. Damit kann ein Teilzeitstudium in Verbindung mit Erwerbsarbeit oder Betreuungspflichten unterstützt werden.	
6.6	Verbilligung der Krankenkassenprämien aufgrund von Einkommen und Vermögen der Studierenden selbst (nicht ihrer Eltern).	

7. Konsumieren ohne Schulden

- Etwa ein Viertel der 16–25-Jährigen geben mehr Geld aus, als sie tatsächlich zur Verfügung haben. Mehr als 80 Prozent aller Überschuldeten machen ihre ersten Schulden vor dem 25. Lebensjahr. 16 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 22 Jahren geben an, Schulden zu haben. Zunehmende Konsumkredite und Kaufsucht sind jedoch auch ein Phänomen bei Erwachsenen.
- Mit falschen Glücksversprechungen fördert die Werbung ein dem Budget unangepasstes Kaufverhalten. Viele Jugendlichen glauben, z.B. bestimmte Markenkleider zu brauchen, um sich in der Gesellschaft / in einer Gruppe positionieren zu können.
- Schon 14-jährige erhalten mit der Unterschrift eines gesetzlichen Vertreters bei einigen Anbietern ihre eigene Kreditkarte. Weil bei Verschuldung von Jugendlichen fast immer zuerst die Familie in die Bresche springt, ist diese Zielgruppe auch für Kreditunternehmungen lukrativ: Die Schulden werden ziemlich sicher bald zurück bezahlt. Ausserdem haben junge Menschen noch viele Jahre vor sich, in denen sie Schulden zurück bezahlen können.
- Viele Schulden- und Budgetberatungsstellen leiden unter akuten Personalengpässen. Je früher eine verschuldete Person Hilfeleistungen solcher Stellen in Anspruch nehmen kann, desto grösser ist die Chance, dass die Schuldensanierung erfolgreich ist.

Forderungen		Adressaten
7.1	Analyse und Vermittlung der Funktionsweise von Marketing und ökonomischem Grundwissen in Lehrpläne integrieren.	Kantone
7.2	Sensibilisierungs- und Erziehungskampagnen zur kritischen Beurteilung von Werbung.	Bund EDK
7.3	Sensibilisierungs- und Erziehungskampagnen zum Konsumverhalten und zur Schuldenprävention (z. B. max.money).	Eltern Kreditinstitute
7.4	Im Elternhaus über Einkommen und Kosten sprechen.	
7.5	Kindern ab ca. 6 Jahren ein regelmässiges Taschengeld geben, damit diese den Umgang mit Geld lernen können.	
7.6	Jugendliche gewisse Rechnungen (z. B. Handy) selber bezahlen lassen.	
7.7	Werbeverbot für Konsumkredite.	
7.8	Freiwilliges «Schuldenprozent»: 1% des Umsatzes von Konsumkreditfirmen geht an Schulden- und Budgetberatungsstellen.	

8. Gesunder Lebensstil für alle⁶

- Der Bezug zwischen Armut und Gesundheit wird bei Kindern und Jugendlichen oft zu wenig bewusst wahrgenommen und thematisiert. Dies hat damit zu tun, dass entsprechende Anlagen dazu schon sehr früh gelegt werden: während der Schwangerschaft und ab den ersten Entwicklungsjahren in der Kindheit; entsprechende sichtbare und spürbare Gesundheitsfolgen oft aber erst später auftreten. Gleichwohl sind Ungleichheiten z. T. schon im Jugendalter zu erkennen, so z. B. beim Übergewicht, beim Rauchen oder bei Verkehrsunfällen.
- Die Folgen werden oft erst im Erwachsenenalter so richtig sichtbar, indem Menschen in tieferen sozialen Lagen häufiger erkranken und auch weniger lang leben als besser gestellte Personen.
- Unterschiedliche Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass Menschen aus tieferen sozialen Lagen häufig ein schlechteres Gesundheitsverhalten aufweisen. Daher ist mit politischen Massnahmen auf eine gezielte Verbesserung des Umfeldes einzuwirken, so durch Massnahmen der Elternbildung, Kinderbetreuung, Berufsbildung sowie Raum-, Stadt- und Quartierplanung. Daher haben eine Reihe der unter anderen Themen aufgeführten Forderungen auch Auswirkungen auf die gesundheitsbezogene Chancengleichheit.

Forderungen		Adressaten
8.1	Mehr Gewicht auf die Vermittlung von gesunden Lebensstilelementen (Bewegung, Ernährung) und psychosozialen Kompetenzen in Tagesstrukturen und Schulen.	Familienergänzende Betreuung Kindergarten
8.2	Wöchentlich mindestens drei Stunden Sportunterricht und Hauswirtschaftsunterricht in der obligatorischen Schule.	Schule
8.3	Fragen sozialer Ungleichheit und gesundheitsbezogener Chancengleichheit in Projekten und Interventionen aus Prävention und Gesundheitsförderung mit berücksichtigen.	Jugendarbeit/ Arbeit im Kinderbereich (Kinderbüros) Erziehungsdirektionen Gesundheitsdirektionen
8.4	Bevorzugte Unterstützung von Projekten und Interventionen, welche gezielt den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit zum Ziel haben und dabei nicht stigmatisieren.	Entscheidungsträger in Prävention und Gesundheitsförderung

9. Neuorientierung der ausserschulischen Jugendarbeit

- In Jugendverbänden und Vereinen erwerben Kinder und Jugendliche wichtige soziale Kompetenzen und knüpfen Beziehungsnetze. Die klassischen Jugendverbände und Vereine kommen oft nicht an armutsbetroffene Kinder und Jugendliche heran; vielmehr werden Angebote genutzt, die keine Anmeldung benötigen und kaum verbindlich sind.
- Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sind in der Freizeit oft auf sich selber gestellt, sie bekommen kaum Anregung und Unterstützung. Sie können etliche Freizeitaktivitäten nicht ausführen, weil die Kosten dafür zu hoch sind (Erlernen eines Musikinstrumentes, Sportarten, die teure Ausrüstungen voraussetzen, Malkurse usw.).
- Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche müssen oft zu viele Arbeiten verrichten (ganze Haushalte managen, Geschwister oder verwandte Kinder hüten, den Eltern beim Verrichten ihrer Arbeit ausser Hause helfen usw.), sodass kaum Zeit für ihre eigenen Hausaufgaben und Interessen bleibt.

Forderungen		Adressaten
9.1	Verstärkte Orientierung der Jugendverbände und (Sport-)Vereine an den Bedürfnissen von benachteiligten Jugendlichen (z. B. Schaffen von niederschweligen Angeboten oder entsprechende Ausbildung der LeiterInnen).	Bund Kantone Gemeinden
9.2	Kostenlose, niederschwellige Angebote, die nicht selektiv sind und integrativ wirken (z. B. Mitternachtssport, offene Turnhallen am Sonntag, Musikunterricht, Ferienpässe etc.).	Schulen Hauswarte Jugendverbände
9.3	Jugendzentren mit unentgeltlichen Kursangeboten in den verschiedensten Bereichen sowie Beratung und Unterstützung.	Offene Jugendarbeit Kinderbüros
9.4	Kinder- und Jugendpartizipationsgefässe einrichten und sie mit echten politischen und finanziellen Kompetenzen ausstatten. Auch Teilbereiche der Angebote der offenen Jugendarbeit sollen von Jugendlichen selber finanziell verwaltet werden können. Darauf achten, dass Kinder und Jugendliche von allen sozialen Schichten daran teilnehmen und sich engagieren.	Sport- und andere Vereine
9.5	Stärkung sozialer Netze (Quartiertreffs, Jugendverbände etc.), die auch für armutsbetroffene Kinder zugänglich gemacht werden.	

10. Für eine nachhaltige Familienpolitik

- Kinder an sich stellen kein Armutsrisiko dar. Aber ihre Erziehung kostet Geld⁷ und nimmt Zeit in Anspruch (während derer eine Erwerbstätigkeit nicht möglich ist). Sie bedingt also materielle Ressourcen, aber auch Wissen, Know-how und Beziehungsnetze.
- Dass Familien vorübergehend oder dauerhaft in Armut leben, hat unterschiedliche Gründe: tiefer Lohn, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Krankheit, tiefes Bildungsniveau, fehlendes soziales Netz, ungenügender Ausgleich der Familienlasten. Jede(r) siebte Alleinerziehende bezieht Sozialhilfe. Armut beeinträchtigt die physische und psychische Gesundheit und die intellektuelle Entwicklung der Kinder, vor allem wenn die Armut mehrdimensional und nicht nur vorübergehend ist. Dies hat langfristig Folgen für Kind und Gesellschaft.
- Familienpolitik muss dazu beitragen, Armut vorzubeugen und die Potenziale von Eltern und Kindern zu fördern. Sie muss Teil der Arbeitsmarktpolitik sein, mit dem Ziel, Beruf und Familie in Einklang zu bringen⁸ und ein ausreichendes Einkommen für Familien zu sichern.

Forderungen		Adressaten
10.1	Gesamtschweizerische Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien ⁹ .	Bund Kantone
10.2	Vereinheitlichung der Alimenteninkasso und -bevorschussung, damit jedes Kind eine akzeptable Unterhaltszahlung erhält, wenn der Schuldner nicht zahlen kann oder will.	Gemeinden Verbände
10.3	Bessere Harmonisierung und Koordinierung der Hilfen zu Gunsten von Familien (z. B. Prämienverbilligung), damit Schwelleneffekte und zu grosse kantonale Unterschiede wegfallen.	Quartierszentren Schulen Kinderärzte/-innen und Hebammen
10.4	Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder, auch für fremdsprachige: individuelle Beratung, Eltern-Kind-Einrichtungen, Patenschaften, Besuche und Spiele zu Hause usw.	Pensionskassen Raumplanung Unternehmen
10.5	Elternbildung ausweiten und darauf achten, dass alle Eltern erreicht werden (z. B. Kurse über Schweizer Schulsystem, Ernährungsberatung, kindliche Entwicklung), elterliche Verantwortung stärken (z. B. Präsenzpflcht bei Elternabenden).	Sozialpartner Elternverbände
10.6	Punktueller Hilfen und nicht diskriminierende Preisreduktionen für einkommensschwache Familien.	
10.7	Günstige, qualitative Mietwohnungen in einer kinder- und jugendfreundlichen Umgebung zur Verfügung stellen, gemischte Wohnzonen einrichten, in denen nicht nur armutsbetroffene Familien leben.	
10.8	Arbeitsbedingungen, die es Müttern und Vätern erlauben, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, besonders bei wichtigen Ereignissen im Leben des Kindes: Teilzeit, Jobsharing, vorausplanbare Arbeitsstunden, Flexibilität ohne Benachteiligung, Elternurlaub usw.	
10.9	Keine Steuern auf Existenzminimum: Arbeiten muss sich auszahlen.	

¹ SKOS: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe.

² Definition von Kleinkindalter gemäss der Observation générale Nr. 7 des Komitees für Kinderrechte der UNO (2005): *«Pour le Comité, la notion de droits de l'enfant dans la petite enfance devrait couvrir toutes les périodes de la vie du jeune enfant: naissance et première enfance; période préscolaire; et période de transition avec l'entrée à l'école. Par conséquent, le Comité propose de retenir comme définition pratique de la petite enfance la tranche d'âge comprise entre la naissance et 8 ans [...]»*.

³ Zivilgesellschaft, das heisst sämtliche Nichtregierungsorganisationen, die nicht gewinnorientiert sind und öffentliche Interessen vertreten. In der Regel sind dies Vereine, Stiftungen oder andere Einrichtungen, wie z. B. Quartiervereine, Einwanderer-Vereine, Kirchen, Elternorganisationen usw.

⁴ Troutot Pierre-Yves (1998): Les transformations des métiers de la prime éducation: le mouvement de la professionnalisation, Genève 1950–2000, DIP, Genève.

⁵ Im Kanton Waadt leistet die Wirtschaft ihren Teil: Es gibt einen gesetzlichen Beitrag, den Unternehmen an einen Fonds zur Finanzierung von Betreuungsplätzen bezahlen müssen.

⁶ Siehe Bericht «Gesundheitsbezogene Chancengleichheit», Grundlagendokument i.A. von Gesundheitsförderung Schweiz, Januar 2006.

⁷ Siehe Bauer Tobias: Zeit und Geld. Eine Analyse der durch Kinder bewirkten finanziellen und zeitlichen Belastungen von Familien und der staatlichen Unterstützungsleistungen in der Schweiz Mitte der Neunziger Jahre, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern, 1998. Indirekte (Lohneinbussen) und direkte Kosten für das Szenario «Durchschnittseinkommen»: zwischen CHF 475 000.– pro Kind für Haushalte mit 3 Kindern und CHF 1 177 000.– für ein Einzelkind von Alleinerziehenden.

⁸ Neuere Studien unterstreichen den Mehrwert, der sich für Unternehmen aus einer familienfreundlichen Politik ergibt: höhere Produktivität, besser motivierte Mitarbeiter, weniger Fehlzeiten, weniger Wissensverlust, tiefere Kosten für Personalrekrutierung, usw. Siehe KMU-Handbuch «Beruf und Familie», veröffentlicht vom SECO, 2007.

⁹ Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats arbeitet derzeit an verschiedenen Varianten. Ausgangspunkt bilden die beiden parlamentarischen Vorstösse 00.436 Fehr Jacqueline und 00.437 Meier-Schatz Lucrezia, worin Ergänzungsleistungen für Familien verlangt werden.

Zusammensetzung der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen 2007

Präsident

Pierre Maudet, lic. iur, Stadtrat, Genf

Vizepräsidentschaft

Anna Sax, lic. oec. publ. MHA, Gesundheitsökonomin, Zürich
Alessandro Simoneschi, lic. iur., MBL, Fribourg und Comano

Mitglieder

Nancy Bodmer, Dr. phil., Psychologin FSP, Leiterin Zentrum für
Entwicklungs- und Persönlichkeitsdiagnostik Universität Basel, Muri
b. Bern

Christoph Conz, Turn- und Sportlehrer, Sekretär der Eidg. Sportkom-
mission, Olten

Deborah Demeter, lic. sc. sociales und DEA in Soziologie, Jugend-
und Umweltverantwortliche bei WWF Schweiz, Zweigstelle Bellinzona

Claudio Deuel, Jugenddelegierter der Stadt Genf, Perly

Peter Kaenel, Dr. iur, Vorsteher des kantonalen Jugendamts Bern, Biel

Alexandra La Mantia-Bütler, Bereichsleiterin Jugendförderung Zuger
Fachstelle punkto Jugend und Kind, Emmen

Michael Marugg, Dr. iur., Leiter Stabstelle Recht und Politik bei Pro
Juventute Schweiz, Dübendorf

Lukas Musumeci, Student, Mitglied der JUSO, Gipf-Oberfrick

Chantal Ostorero, lic. ès lettres, MPA, persönliche Mitarbeiterin der
Vorsteherin des Departements für Bildung, Jugend und Kultur des
Kantons Waadt, Grandvaux

Livia Salis-Wiget, Heilpädagogin und Kleinklassenlehrerin, Moossee-
dorf

Lena Schneller, lic. iur, Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz,
Küsnacht

Florian Stettler, Student, Mitglied der SVP Schweiz, Chur

Doris Summermatter Kaufmann, Abteilungsleiterin Psychische
Gesundheit bei Gesundheitsförderung Schweiz, Bern

Marie-Françoise de Tassigny-Glasson, Kleinkinderdelegierte der Stadt
Genf, Genf

Christina Weber, Verantwortliche Kinderrechte und Koordinatorin
Netzwerk Kinderrechte Schweiz, Kinderdorf Pestalozzi, Zürich

Adrian Zimmermann, Archivar und Historiker, Mitglied des SGB,
Bern

Sekretariat

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)
Effingerstrasse 20
3003 Bern
ekkj-cfej@bsv.admin.ch
www.ekkj.ch

Wissenschaftliche Sekretärinnen

Andrea Ledergerber Lüber, lic. phil. I
Marion Nolde, lic. sc. sociales

Berichte der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen

1980	Thesen zu den Jugendunruhen Thèses concernant les manifestations de jeunes de 1980	d/f/e/s
1981	Stichworte zum Dialog mit der Jugend* Dialogue avec la jeunesse*	d/f
1982	Unterstützung der aktiven Jugendarbeit Aide à la formation extrascolaire active	d/f
1984	Erziehung zum Stummsein; Jugend und Medien in der Schweiz* N'apprennent-ils qu'à se taire? Les jeunes et les médias en Suisse*	d/f
1985	Mutter Helvetia/Vater Staat. Zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz Maman Helvetie/Père Etat. La situation des jeunes en Suisse <i>Madre Elvezia/Padre Stato. La situazione dei giovani in Svizzera</i>	d/f/i
1985	Arbeiten ist für mich etwas unheimlich schönes Notre pays est le paradis du travailleur, c'est vrai <i>Se ci sono troppe macchine si dimentica il proprio mestiere</i>	d/f/i
1987	Jugend und Nationalratswahlen: 10 Fragen an die politischen Parteien Jeunes et élections fédérales: 10 questions aux partis politiques	d/f
1989	Si vis pacem – para pacem für eine aktive Friedenspolitik Si vis pacem – para pacem pour une politique active de la paix	d/f
1989	Fremdsein in der Schweiz Etranger en Suisse	d/f
1991/92	Bericht über die Lage der Jugendlichen in der Schweiz (Teilberichte: Zusammenleben*, Freizeit*, Bildung; Hauptbericht*) Rapport sur la situation des jeunes en Suisse (Rapports partiels: Vivre ensemble, Loisirs*, Formation*; Rapport principal) <i>Rapporto sulla situazione dei giovani in Svizzera (Rapporti parziali: Convivenza, Tempo libero, Formazione; Rapporto principale)</i>	d/f/i
1996	Bieler Jugendmanifest '95 Manifeste de Bienne pour la jeunesse '95 <i>Manifesto per la gioventù '95</i>	d/f/i

- | | | |
|------|--|-------|
| 1996 | <p>Jugendpolitik im Wandel: Perspektiven für die Schweiz</p> <p>La politique de la jeunesse à un carrefour: perspectives pour la Suisse</p> | d/f |
| 1997 | <p>Ohne Arbeit keine Zukunft? Jugendliche auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft</p> <p>Quel avenir sans travail? Les jeunes à la recherche de leur place dans la société</p> <p><i>Quale avvenire senza lavoro? I giovani alla ricerca del loro posto nella società</i></p> | d/f/i |
| 1998 | <p>Prügeljugend – Opfer oder Täter?</p> <p>Les jeunes: cogneurs ou souffre-douleur?</p> <p><i>I giovani: vittime o carnefici?</i></p> | d/f/i |
| 2000 | <p>Grundlagen für eine nationale Kinder- und Jugendpolitik</p> <p>Positionspapier der Eidg. Kommission für Jugendfragen</p> <p>Fondements d'une politique de l'enfance et de la jeunesse</p> <p>Conception de la Commission fédérale pour la jeunesse</p> | d/f |
| 2001 | <p>Verantwortung tragen – Verantwortung teilen.</p> <p>Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Assumer des responsabilités – les partager.</p> <p>Comment promouvoir la participation des enfants et des jeunes</p> <p><i>Essere responsabili – condividere le responsabilità.</i></p> <p><i>Idee e principi per la partecipazione dei bambini e dei giovani</i></p> | d/f/i |
| 2003 | <p>Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen. Perspektiven für eine kinder- und jugendgerechte Integrationspolitik</p> <p>Des atouts à reconnaître et à valoriser. Pour une politique d'intégration adaptée aux enfants et aux jeunes d'origine étrangère</p> <p><i>Punti di forza da riconoscere e valorizzare. Prospettive per una politica d'ntegrazione a misura di bambini e giovani di origine straniera</i></p> | d/f/i |
| 2003 | <p>Dahinden Jeanine, Neubauer Anna, Zottos Eléonore:</p> <p>Offene Jugendarbeit und soziokulturelle Animation:</p> <p>Bestandesaufnahme und Perspektiven der Arbeit mit Migrationsjugendlichen</p> <p>erarbeitet vom SFM i. A. der EKKJ und der Fachstelle für Rassismusbekämpfung</p> <p>Bestellung (Fr. 9.50): BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58;</p> <p>www.bbl.admin.ch/bundespublikationen, Art. Nr. 301.352.d,</p> | d/f/i |
| 2005 | <p>... und dann ist der Tag vorbei! Freie Zeit, Freiraum und Bewegung für Kinder und Jugendliche</p> <p>... et puis la journée est finie! Temps libre, espaces libres et mouvement pour les enfants et les jeunes</p> <p><i>... e poi la giornata è finita! Tempo libero, spazio libero e movimento per bambini e giovani</i></p> | d/f/i |

* vergriffen

Bestellung der Berichte: Sekretariat der EKKJ, ekkj-cfej@bsv.admin.ch, Tel. 031 322 92 26.
Berichte seit 1998 online unter www.ekkj.ch

Nach neuesten Zahlen sind fast 45% aller Sozialhilfeempfänger in der Schweiz jünger als 25 Jahre. Diese Kinder und Jugendlichen leben mit arbeitslosen oder alleinerziehenden Eltern, haben einen Migrationshintergrund oder wachsen mit mehr als zwei Geschwistern auf. Die Tatsache, dass 70% der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, belastet ihre Zukunft auf noch gefährlichere Weise. Die Situation ist dramatisch und wird noch völlig verkannt.

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) will das Tabu brechen. Sie hat deshalb die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Der vorliegende Bericht enthält sowohl wissenschaftliche Themenbeiträge als auch Lösungsansätze in Form von politischen Forderungen für Handlungsfelder wie Bildung, Gesundheit, Familienpolitik und die frühkindliche Phase.

Kinder- und Jugendarmut ist kein unabwendbares Schicksal. Die EKKJ setzt sich für eine nationale Politik zur Bekämpfung der Armut ein, damit mittelfristig verheerende soziale Folgen ausbleiben. Es ist an der Zeit, den Generationenvertrag zu Gunsten der Jungen zu überdenken.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern ED
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Jeune et pauvre: un tabou à briser!

Prévenir et combattre la pauvreté
des enfants et des jeunes



Impressum

Editrice

Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ)

Membres du groupe de travail «pauvreté» de la CFEJ

Chantal Ostorero

Alexandra La Mantia-Bütler

Marion Nolde

Livia Salis-Wiget

Anna Sax

Alessandro Simoneschi

Florian Stettler

Doris Summermatter Kaufmann

Adrian Zimmermann

Traductions

Service linguistique de l'Office fédéral des assurances sociales

Photos, tableaux et citations

Classes à effectif réduit d'Urtenen

Conception graphique et mise en page

Ritz und Häfliger, visuelle Gestaltung, Basel

www.ritz-haefliger.ch

Diffusion

Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse

c/o Office fédéral des assurances sociales

Effingerstrasse 20

3003 Berne

Tél. 031 322 92 26

Fax 031 324 06 75

ekkj-cfej@bsv.admin.ch

Ce rapport est également disponible sur notre site:

www.cfej.ch.

Reproduction autorisée avec mention de la source;
copie à la CFEJ.

Berne, août 2007

8.07 1200 10Ki0174



Jeune et pauvre: un tabou à briser!

*Prévenir et combattre la pauvreté
des enfants et des jeunes*



La CFEJ, une antenne et un éclaireur pour la jeunesse

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) a pour mandat d'observer et d'analyser l'évolution de la situation des enfants et des jeunes dans la société. Elle est aussi chargée de formuler des propositions développant les aspirations de la jeune génération et d'examiner les conséquences qu'auront d'importantes dispositions légales pour la jeunesse.

En tant que commission extra-parlementaire et organe consultatif du Conseil fédéral et des autorités de la Confédération, la CFEJ a la possibilité de se faire le porte-parole des enfants et des jeunes et de leurs aspirations et revendications dans les divers processus décisionnels. Elle est également souvent appelée à donner son avis dans le cadre de consultations portant sur des thèmes relatifs aux enfants et aux jeunes.

Organisme d'expertes et d'experts

Pour mener à bien sa mission, la CFEJ peut compter sur la compétence de ses vingt membres, des personnes qui, de par leur profession ou leur engagement bénévole, possèdent les qualifications requises pour aider la Commission à remplir ses tâches, sont sensibilisées aux aspirations des enfants et des jeunes et informées des récentes évolutions. Grâce à leurs expériences et connaissances, les membres de la CFEJ sont à même de fournir une analyse multidisciplinaire de la situation des enfants et des jeunes. La CFEJ est aujourd'hui reconnue comme étant un acteur central de la politique nationale de l'enfance et de la jeunesse.

Dialogue et participation

Guidée par le souci de donner aux enfants et aux jeunes la possibilité de formuler eux-mêmes leurs aspirations et leurs revendications, la CFEJ les a toujours associés à l'élaboration des différents rapports décrivant la situation de la jeunesse en Suisse. Par ailleurs, elle cherche à entretenir des contacts avec les groupes, les organisations et les institutions qui s'intéressent aux questions touchant aux enfants et aux jeunes, ce qui lui permet de disposer d'un éventail d'avis aussi large que possible. La CFEJ mène également une politique d'information indépendante complétée par la tenue du Séminaire de Bienne qui réunit, tous les ans, plus de deux cents personnes.

Instituée en 1978

Depuis son institution par le Conseil fédéral, le 5 juin 1978, le mandat de la Commission est resté essentiellement le même. Il est inscrit à l'art. 4 de la loi fédérale du 6 octobre 1989 concernant l'encouragement des activités de jeunesse extrascolaires: «Le Conseil fédéral institue une Commission fédérale de la jeunesse qui est chargée, à l'intention des autorités fédérales compétentes, (a) d'étudier la situation de la jeunesse en Suisse, (b) d'examiner les mesures susceptibles d'être prises et (c) de donner son avis, avant la publication des dispositions législatives importantes adoptées par la Confédération, sur les conséquences que ces dispositions comportent pour la jeunesse. La commission peut faire des propositions de son propre chef.»

Par une décision du Conseil fédéral du 26 septembre 2003, le mandat de la Commission a été élargi aux enfants; la CFJ est devenue la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse.

Table des matières

Avant-propos de Pierre Maudet, président de la CFEJ	6
Pauvreté et exclusion sociale des enfants et des jeunes: un tabou à briser	
Chantal Ostorero	7
Tableaux de l'exposition «?pauvre – exclu?»	10
De l'idée à l'expo «?pauvre – exclu?»	
Classes à effectif réduit de l'école d'Urtenen-Schönbühl	12
La parole aux enfants et aux jeunes	
Perception de la situation, revendications et souhaits d'enfants et de jeunes touchés par la pauvreté	
Adrian Zimmermann	15
Pauvreté des enfants en Allemagne: moyens de prévention	
Gerda Holz	23
Pauvre un jour, pauvre toujours?	
Résultats des recherches récentes sur la pauvreté des jeunes	
Matthias Drilling	35
Lutter contre la pauvreté: une détermination collective	
Stéphane Rossini	47
Recommandations politiques de la CFEJ	54
Composition de la CFEJ	64
Rapports de la CFEJ	66



Avant-propos

Le grand succès des politiques sociales au XX^e siècle aura été de mettre nos aînés à l'abri de la pauvreté. Avec l'AVS dès 1948 et grâce à l'introduction de la prévoyance privée en 1985, c'est toute une génération qui bénéficie aujourd'hui de conditions matérielles meilleures que la précédente pour la même tranche de vie. Il n'en va malheureusement pas de même pour la jeune génération, dont les conditions d'existence ne cessent de se détériorer par rapport à celle de ses parents.

Cette réalité, concrétisée par les chiffres les plus récents (environ 45% des bénéficiaires de l'aide sociale en Suisse ont moins de 25 ans, contre 1,5% pour les plus de 65 ans) montre que le prochain enjeu majeur en ce début de XXI^e siècle consiste à trouver rapidement des réponses crédibles au phénomène très préoccupant de la précarisation matérielle d'une frange aussi importante qu'inattendue de la population.

Reconnaître le problème, identifier les pistes d'action, proposer des adaptations structurelles, ouvrir des perspectives à long terme... Les chantiers sont nombreux dans ce domaine. En novembre 2006, la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse a brisé le tabou en consacrant son traditionnel Séminaire de Bienne à la pauvreté et à l'exclusion sociale des enfants et des jeunes. La Commission ne s'est pas contentée d'ouvrir des chantiers. Elle a élaboré une palette de recommandations concrètes présentées dans cette publication. Il appartient maintenant aux acteurs de la politique sociale en Suisse de poursuivre les travaux et d'en faire la priorité nationale numéro 1. Pour éviter que la bombe sociale en gestation que représente la précarité croissante de toute une frange d'enfants et de jeunes ne remette durablement en cause le contrat intergénérationnel. C'est dans cet esprit que nous vous invitons à prendre connaissance de notre rapport et de nos recommandations politiques.

Pierre Maudet, président de la CFEJ

Pauvreté et exclusion sociale des enfants et des jeunes: un tabou à briser

En Suisse, les questions liées à la pauvreté restent un tabou. Plutôt s'exclure et s'endetter que de montrer le dénuement et les limites de ses propres ressources. Pourtant, comme l'indiquent les récentes statistiques de l'OFS (Office fédéral de la statistique 2007), le nombre de personnes dépendantes de l'aide sociale augmente dans notre pays. Cette paupérisation frappe particulièrement les enfants et les jeunes qui représentaient, en 2005, 44% de l'ensemble des bénéficiaires de l'aide sociale. Parmi les groupes les plus fragiles, on peut citer les enfants dont les parents sont au chômage, ceux vivant dans une famille monoparentale, les enfants de familles migrantes, ou ceux qui ont plus de deux frères et sœurs. Les plus touchés sont les enfants et les jeunes vivant dans les grands centres urbains. Dans les villes, jusqu'à un jeune (18–25 ans) sur dix dépend de l'aide sociale. A Bâle, c'est même un enfant sur sept qui bénéficie, avec sa famille, de telles prestations. On assiste donc aujourd'hui à un véritable phénomène d'«infantilisation» de la pauvreté.

Ces chiffres ne pouvaient manquer d'interpeller la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) qui, dès le printemps 2005, a décidé de faire de la lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale des enfants et des jeunes l'une de ses priorités. Considérant que l'intégration économique et sociale des jeunes générations est vitale pour l'avenir de la Suisse, la CFEJ y a consacré son traditionnel Séminaire de Bienne, les 2 et 3 novembre 2006, sous le titre «Quel avenir? Pauvreté et exclusion sociale des enfants et des jeunes».

Le présent rapport comprend les principales conclusions du Séminaire de Bienne, différentes études sur cette thématique, ainsi que des recommandations politiques visant entre autres les domaines de la petite enfance, de la formation, de la santé et de la politique familiale.

Une problématique complexe

Force est de constater que la problématique de la pauvreté et de l'exclusion sociale des enfants et des jeunes ne se laisse pas facilement appréhender. Les expert-e-s soulignent en particulier le caractère extrêmement complexe, car multidimensionnel des facteurs de pauvreté et d'exclusion affectant les enfants et les jeunes. Si l'on se heurte en Suisse à un déficit de données statistiques, des études allant au-delà de la guerre des chiffres font aussi cruellement défaut. Mettre en lumière l'interaction des facteurs conduisant à la pauvreté, illustrer le vécu des enfants et des jeunes touchés, analyser le rôle et l'importance des facteurs de protection et les stratégies permettant de s'en sortir, fourniraient des outils pour fonder une stratégie de lutte contre la pauvreté des enfants et des jeunes à la fois cohérente et efficace.

Une approche centrée sur les enfants et les jeunes

Dans les régimes sociaux, les enfants et les adolescents sont avant tout considérés en leur qualité de «membre d'une famille qui est à l'aide sociale». Or, si l'on sait que les conséquences de la pauvreté se manifestent dès le plus jeune âge, qu'elles constituent un important facteur de risque pour le développement de l'enfant et qu'elles ont des répercussions bien au-delà de l'enfance et de l'adolescence, on peine encore à définir et à mesurer la pauvreté des enfants ou des adolescents, telle qu'elle est concrètement vécue par eux. Il est dès lors difficile de cerner les facteurs de protection ou les mesures adéquates susceptibles de compenser les effets de la pauvreté. A cet égard, le renversement de paradigme proposé dans ce rapport par Gerda Holz, spécialiste des questions de pauvreté en Allemagne, nous apparaît incontournable. Pour proposer des mesures de prévention et / ou de compensation adéquates, il importe non seulement de considérer sa situation dans sa famille, mais de centrer l'approche sur l'enfant ou le jeune: en quoi la pauvreté le touche-t-elle concrètement, quel est son vécu subjectif, quelles sont les ressources personnelles dont il dispose? Il s'agit de viser à développer les potentiels et les ressources des enfants, afin de compenser ou d'éviter les conséquences de la pauvreté de leur famille. L'enfant doit donc quitter l'anonymat du «dossier» familial, pour faire l'objet d'une attention particulière et de mesures ciblées.

Reconnaître l'existence de la pauvreté des enfants et des jeunes

Dans les pays industrialisés, et particulièrement en Suisse, où l'on a tendance à mesurer l'individu à l'aune de ses performances, de sa réussite et de sa richesse, il est d'usage de penser que les situations de pauvreté ou d'exclusion sociale résultent de déficits personnels. Même les enfants et les jeunes n'échappent guère à cette vision simplificatrice. Si un petit enfant pauvre suscite le plus souvent la pitié, le discours général ambiant, largement relayé par les médias, aura tendance à stigmatiser «le jeune à l'aide social qui a un poil dans la main» ou l'adolescent violent d'origine étrangère. Pour preuve la difficulté, voire l'incapacité de la Suisse à appréhender les questions de pauvreté ou d'exclusion. Comme le souligne Stéphane Rossini dans ce rapport, *la lutte contre la pauvreté n'appartient pas, en Suisse, à la conscience collective, encore moins à la conscience politique. Ni objectifs, ni stratégies d'action rigoureuses et cohérentes ne sont pensés et structurés pour lutter contre ce fléau*. Bien que la Suisse fabrique des pauvres, cette question n'est toujours pas prioritaire dans l'agenda politique.

Car pour agir, il faut reconnaître l'existence de la pauvreté des enfants et des jeunes, et admettre qu'elle n'est pas purement conjoncturelle ou économique. Il s'agit d'un problème de société qui dépasse le cadre individuel et qui peut toucher l'ensemble des classes sociales, comme le rappelle Gerda Holz en introduction de son article: *qu'il soit fils ou fille d'un indépendant en difficulté ou d'une universitaire divorcée, de parents d'origine turque ou appartenant à un milieu social problématique, aucun enfant n'est à l'abri de la pauvreté*.

Pour une stratégie globale de lutte contre la pauvreté

Ces dernières années, nombreux sont les organismes à avoir tiré la sonnette d'alarme. Outre Caritas, on peut citer l'Initiative des villes, qui consacra sa conférence de printemps 2005 à «jeune, adulte et pauvre, passage à vide ou impasse?», ou la prise de position de la CSIAS, en janvier 2007, exigeant la mise en place d'une stratégie globale de lutte contre le risque de pauvreté des jeunes adultes.

Une lueur d'espoir est désormais permise. Sous l'impulsion de diverses interpellations parlementaires, et notamment d'une motion défendue à la fois par la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national et celle du Conseil des Etats, le Conseil fédéral est chargé de mettre sur pied une conférence nationale sur l'intégration professionnelle et sociale. Cette Conférence, qui regroupera les différents acteurs intervenant dans le domaine de la lutte contre la pauvreté, aura pour mission d'élaborer un ensemble cohérent de mesures concrètes visant à mettre en œuvre une stratégie globale de lutte contre la pauvreté à l'échelle nationale.

Pour mémoire, en 2003, une conférence nationale contre la pauvreté avait déjà été organisée, mais elle n'avait été suivie d'aucune action concrète...

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse formule ses vœux pour que cette nouvelle tentative débouche sur l'élaboration d'une véritable politique publique de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale, sur des choix stratégiques clairs en matière de politique sociale, économique et éducative, ainsi que sur la mise en œuvre de mesures concrètes. Elle sera particulièrement attentive à ce que les questions liées à la pauvreté des enfants et des jeunes fassent l'objet d'une attention spécifique.

Même cachée, la pauvreté des enfants et des jeunes peut générer des ravages sociaux à moyen et à long terme. Il est donc temps de mettre cette problématique à l'agenda politique, afin de redéfinir en faveur des jeunes le contrat de solidarité entre les générations.

Puisse la CFEJ, par ce rapport, y contribuer.

Chantal Ostorero, membre du Bureau de la CFEJ

Tableaux de l'exposition «?pauvre – exclu?»





De l'idée à l'expo «?pauvre – exclu?»

Tout est parti de là

Nos enseignantes nous ont demandé si nous avions envie de réaliser une exposition sur le thème de la pauvreté et de l'exclusion.

Dans un premier temps, on ne voyait pas trop comment s'y prendre pour monter une exposition sur un thème aussi difficile. Une expo sur un animal ou un pays, cela aurait tout de même été plus simple! Mais voilà: il semble que nos profs n'aient pas trop les choses simples.

Une expo pour un séminaire

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) organisait un séminaire à Bienne, les 2 et 3 novembre 2006, sur le thème: «Quel avenir? Pauvreté et exclusion sociale des enfants et des jeunes». Pour que les adultes sachent ce que les enfants pensent de ce thème, notre rôle était de monter une exposition pour le leur montrer. Nous avons ressenti cette mission comme un grand honneur, pourtant nous n'étions pas sûrs d'être à la hauteur. Nos profs nous ont encouragés.

La pêche aux idées

Il fallait d'abord que nous comprenions qui était cette CFEJ et ce qu'elle faisait. Nous trouvions aussi important d'en savoir davantage sur le Conseil fédéral parce que nous devions rencontrer le conseiller fédéral Pascal Couchepin en personne.

Ensuite, on a dû rassembler des informations et bosser pour les comprendre. Tous ces éléments une fois intégrés, nous avons cherché ensemble ce que nous pourrions présenter dans cette expo.

Au boulot

Nous avons fait une liste de toutes les tâches à accomplir: il fallait voir la porte de notre classe couverte de pense-bêtes jaunes! Allions-nous réussir à faire tout cela?

Nous nous sommes donc mis au travail. Comme nous n'avions que très peu de temps devant nous, nous ne pouvions nous offrir le luxe de traîner. Nous avons passé des heures et des heures à travailler, et peu à peu, est née une super-expo: nous l'avons intitulée «?pauvre – exclu?».

Le discours pour Monsieur Couchepin

Nous avions deux statues en plâtre à offrir à M. Couchepin. Il nous fallait encore un petit texte pour les accompagner. Mais que dit-on à un conseiller fédéral, et comment le dire?

L'important pour nous était de lui dire que les enfants ne veulent pas représenter un risque de pauvreté pour leurs parents. Et pour que cela ne se produise pas, nous avions deux idées. Nous aimerions que les impôts des familles soient moins élevés, et que les salaires des parents soient suffisants, de sorte qu'il n'y ait plus de travailleurs pauvres.



Création d'une sculpture.



De nombreux textes doivent être tapés à l'ordinateur.



Des visiteurs examinent nos thèses sur la pauvreté et l'exclusion sociale.

Quelques-uns d'entre nous s'y sont mis et ont écrit ce discours. C'était sûrement déjà un défi, mais ce n'était encore rien par rapport à ce qui allait se passer au Séminaire de Bienne! Nous avons bien répété une centaine de fois notre présentation devant M. Couchepin.

Vernissage le 2 novembre

Tout était prêt. Nous sommes partis tous ensemble pour Bienne. Durant le trajet en voiture, nous avons entendu un reportage de la radio alémanique sur notre exposition. Nous étions assez fiers.

L'heure H du vernissage a sonné à 18 heures: deux d'entre nous se sont avancés sur la grande scène pour annoncer l'ouverture de l'exposition aux participants du séminaire. Les gens ont montré beaucoup d'intérêt et posé de nombreuses questions. Nous avons trouvé passionnant de discuter avec eux et de leur expliquer notre point de vue. A la fin, nous avons été conviés à l'apéritif et au buffet, comme les adultes.

La rencontre avec Pascal Couchepin

Le jour de la rencontre, nous étions tous assez nerveux: quand on rencontre un conseiller fédéral, il y a de quoi, non? Le fait que nos profs nous accompagnaient était là pour nous tranquilliser: elles savent vraiment bien s'y prendre pour détendre l'atmosphère dans des situations délicates comme celle-ci. Lorsqu'il a fallu dire notre texte, il y a malheureusement eu un peu de confusion, mais sinon, tout a marché comme sur des roulettes. Nous avons eu l'impression que le conseiller fédéral était content de recevoir nos sculptures. Dans la salle, les gens écoutaient attentivement. De temps en temps, ils riaient. Pour nous, ça a été un grand jour! Nous ne l'oublierons jamais.

Notre bilan

Nous avons énormément travaillé, et obtenu un beau résultat. Nous nous sommes constamment trouvés face à des problèmes qui, au premier abord, nous semblaient impossibles à résoudre. Bien sûr, il y a aussi eu des disputes, des crises...voire les deux en même temps, mais tout cela fait partie du jeu. Ces difficultés sont oubliées: l'essentiel, c'est que nous sommes allés jusqu'au bout. Nous sommes très fiers de cette expo. Que des enfants doivent préparer une exposition pour la CFEJ puis parler avec un conseiller fédéral, ça n'arrive pas tous les jours, à notre âge!

En fait nous avons eu beaucoup de plaisir à réaliser ce projet. Nous avons bien apprécié les gens sympas de la CFEJ, toujours d'accord de nous donner un coup de main. Les visiteurs ont été cool: leurs compliments nous ont fait vraiment chaud au cœur.

Grâce à ce projet, nous avons pris conscience que les enfants aussi peuvent expliquer des faits compliqués aux adultes et les pousser à agir. Nous ne pouvons malheureusement pas aider la terre entière. Mais donner un peu de courage et de joie à des personnes pauvres et exclues, ça c'est possible. C'est notre manière de leur dire qu'elles aussi sont des personnes importantes et que nous pensons à elles.

Quant à nous, c'est sûr: nous allons poursuivre notre lutte contre la pauvreté et l'exclusion. Voulez-vous vous joindre à nous?

Les écolières et écoliers des classes à effectif réduit de l'école d'Urtenen-Schönbühl (BE):

Almedina, Anoya, Roger, Mergessa, Björn, Sandra, Alain, Reto, Ahmet, Gökhan, Qendresa, Michi, Tona et Zeshan

Leurs maîtresses de classe:

Brigitte Gerber, Rita Candelotto et Livia Salis-Wiget

P.S. Le rapport est émaillé de citations tirées de cette exposition. La CFEJ remercie chaleureusement les écolières et écoliers des classes à effectif réduit «an der Urtenen» ainsi que leurs maîtresses de classe pour leur magnifique travail, la superbe exposition et leur précieuse contribution en faveur d'une meilleure compréhension de la pauvreté.



Les enfants remettent une sculpture au conseiller fédéral Pascal Couchepin.

La parole aux enfants et aux jeunes

Perception de la situation, revendications et souhaits d'enfants et de jeunes touchés par la pauvreté

Adrian Zimmermann, membre de la CFEJ et historien

1. Le Séminaire de Bienne et l'approche participative

Une politique de l'enfance et de la jeunesse doit être axée sur les besoins des enfants et des jeunes eux-mêmes. La CFEJ entend leur permettre de participer à la mise en forme de cette politique dans son propre travail aussi. C'est pourquoi le Séminaire de Bienne vise toujours à donner la parole à des enfants et des jeunes directement concernés par la thématique choisie et à leur permettre d'exprimer leurs besoins et de faire valoir leurs compétences.

Avec le thème de la pauvreté et de l'exclusion sociale, ce n'était pas vraiment chose facile. Dans les pays industrialisés en général, et en particulier dans un pays riche et valorisant le travail comme la Suisse, il est courant de croire que la pauvreté et l'exclusion sociale sont dues à des lacunes personnelles. L'effet de ce préjugé est si fort que les personnes concernées ont souvent honte de leur situation et ne formulent leurs besoins qu'avec beaucoup de retenue, en contradiction totale avec les prétendus «abus sociaux» dont on nous rebat les oreilles. Il s'agissait donc de trouver comment faire entendre la voix des enfants et des jeunes concernés d'une manière qui garantisse le respect dont ils ont particulièrement besoin dans leur situation. Car ces enfants et ces jeunes ne sont pas simplement des victimes dignes de compassion. Sans tomber dans l'erreur inverse tendant à présenter la pauvreté sous un jour romantique, il faut aussi s'interroger sur les potentiels qui leur permettent de faire face eux-mêmes à leur situation et de développer des perspectives d'avenir à même de les sortir du cercle vicieux de la pauvreté et de l'exclusion.

Après avoir longuement soupesé les diverses solutions possibles, la CFEJ a opté pour celle consistant à donner deux mandats pour mener à bien des entretiens avec des enfants et des adolescents pauvres. Ces mandats ont été confiés, l'un à un groupe d'experts en travail de jeunesse au niveau communal, formé de Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith et Viviane Dubath¹, l'autre à Caroline Regamey, chargée de politique et recherche sociales au Centre social protestant Vaud².

¹ Franz Kohler, Frank Awender, Michael Raith, Viviane Dubath, Selbstwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen in Armut. Einzel- und Gruppengespräche mit von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen. Eine Studie im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), Rodersdorf, décembre 2006.

² Caroline Regamey, De l'école à la précarité. Éclairages sur la situation difficile de certains jeunes en période de transition école-métier, rapport destiné à la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ), Lausanne, juillet 2006.

«La pauvreté, je l'ai déjà vue une fois en Suisse,
mais je ne sais plus où.»

Des extraits des entretiens enregistrés pour les deux rapports ont été diffusés lors du séminaire, ou distribués sous forme écrite et anonyme. Le séminaire a ainsi rempli sa mission de servir aussi de porte-voix aux enfants et aux jeunes pauvres, tout en respectant l'impératif dicté par les circonstances de protéger dûment leur personnalité.

2. Thème des rapports et méthodologie

Le rapport de Caroline Regamey considère surtout l'importante problématique du passage de la formation à la vie professionnelle. L'état actuel de la recherche (l'étude TREE notamment) montre clairement que la transition entre l'école obligatoire et le monde du travail est l'un des moments les plus décisifs dans la biographie sociale et professionnelle. Si elle est manquée, une précarité durable est quasi programmée. Caroline Regamey, après avoir examiné en détail les résultats de la recherche en la matière, a mené des entretiens avec deux jeunes hommes et deux jeunes femmes de la région lausannoise qui faisaient à ce moment-là usage d'offres de transition. Elle a interrogé aussi des professionnels travaillant dans les institutions en question. La transcription des quatre entretiens a été analysée suivant les méthodes de la recherche sociale qualitative. Le petit nombre des cas est largement compensé par leur exemplarité: le statut précaire de ces quatre jeunes est le résultat d'un cumul de problèmes structurels (manque de places d'apprentissage, écart grandissant entre les connaissances scolaires et les aptitudes requises sur le marché de l'emploi, système scolaire sélectif défavorisant les jeunes qui terminent leur scolarité obligatoire dans une classe à exigences élémentaires, discrimination des jeunes issus de milieux défavorisés ou de certaines nationalités) et d'événements critiques de leur vie (situation familiale profondément perturbée, échec scolaire, problèmes psychiques). L'étude montre bien que ces coups du sort apparemment individuels sont précisément aussi, en fin de compte, la résultante d'un désavantage structurel.

Basée sur 41 entretiens avec des enfants et des jeunes de diverses régions du pays et de divers groupes d'âge, l'étude de Kohler, Awender, Raith et Dubath suit une tout autre méthode: les entretiens étaient menés par des «personnes de confiance» qui travaillent au quotidien avec des enfants et des jeunes pauvres et marginalisés. La profusion des propos tenus par les uns et les autres a le mérite de donner à voir ce qu'ils vivent. La commission a ainsi pu se faire une image concrète et relativement bien documentée de la façon dont les enfants et les jeunes concernés vivent leur situation et de leurs souhaits et revendications pour remédier à sa précarité.

3. Situation des enfants et des jeunes et perception qu'ils en ont

Les destins individuels étudiés par Caroline Regamey confirment et illustrent de façon saisissante le constat tiré de la recherche, qui invite à comprendre la pauvreté comme des «privations multiples»³. L'étude de Kohler, Awender, Raith et Dubath part aussi de l'idée que c'est une

³ Voir dans le présent rapport l'article de Gerda Holz.

«accumulation de difficultés» qui fait que «tant de personnes en Suisse tombent dans le piège de la pauvreté»⁴.

Une jeune fille de 15 ans, elle-même touchée, donne une définition claire et concise: *«Pauvre, c'est quand on est exclu parce qu'on n'a pas d'argent. Quand on n'a pas de famille, pas de parenté et pas d'appartement.»*⁵

La différence entre pauvreté absolue et pauvreté relative⁶, qui joue un rôle central dans la recherche, est également bien présente à l'esprit des jeunes issus de la migration, comme ce jeune de 18 ans de la région bâloise:

*«Je me sens pas vraiment pauvre, mais peut-être un peu laissé pour compte... quand il s'agit d'argent, ce genre de trucs. Quand je vais chez les autres, chez ceux qui ont du fric, je vois bien que c'est un autre monde... mais quand je vais chez moi, dans mon pays, alors je vois ce que ça veut vraiment dire, être pauvre. En comparaison, moi, c'est le luxe.»*⁷

Ces propos illustrent bien le fait que nombre des enfants et des jeunes interrogés ne se sentent pas, eux-mêmes, «pauvres». Ceux qui se sont exprimés dans le cadre de l'étude de Kohler, Awender, Raith et Dubath soulignent souvent, au contraire, les ressources et les potentiels qui leur permettent de résister à la pire adversité.

«Pauvre» a dans le langage courant bien des significations, rarement flatteuses pour la personne ainsi qualifiée. Celui qui est «pauvre» fait pitié, c'est une victime et parfois même, comme dans l'expression «pauvre d'esprit», un demeuré. Au vu de ces connotations négatives, on ne s'étonnera pas que parmi les enfants et les jeunes en question, beaucoup ne veuillent pas se définir eux-mêmes comme tels. Un garçon de 8 ans d'origine sri lankaise vivant dans la campagne bernoise, à qui on demande s'il pense qu'il est pauvre, répond: *«Non, je pense que je suis fort.»* A la question de savoir s'il ne se sent pas quand même «parfois» pauvre, il répond en racontant comment les autres enfants l'excluent: *«Si, des fois, quand les enfants me tapent. J'aime pas ça, alors après je dois aller le dire à la maîtresse.»* Le garçon rapporte ensuite que les autres n'arrêtent pas de le tourmenter, qu'il se sent souvent exclu et qu'il ne sait pas pourquoi les autres le frappent. Sa mère aussi le frappe, parfois.⁸

Les plus âgés également voient dans l'exclusion sociale la conséquence la plus grave de la pauvreté. *«C'est seulement quand t'as pas de camarades ou d'amis qui s'occupent de toi que t'es vraiment pauvre»*, dit une adolescente.⁹

⁴ Kohler et al., p. 2. Les citations des entretiens menés par Kohler et al. ont été traduites par le service linguistique de l'OFAS tout comme l'ensemble de cet article. Seules les citations de l'étude Regamey figurent dans leur version originale.

⁵ Kohler et al., p. 10.

⁶ Voir aussi à ce propos l'article de G. Holz.

⁷ Kohler et al., p. 11.

⁸ Transcription de l'entretien avec K., 8 ans, fils de requérants d'asile du Sri Lanka, habitant à la périphérie de la commune centrale d'une région rurale, Kohler et al., p. 14 s.

⁹ Kohler et al., p. 13.

Dans d'autres passages des entretiens, les enfants et les jeunes n'en citent pas moins leur situation financière précaire comme la cause principale de leurs difficultés. Le jeune homme de la région bâloise déjà cité dit à ce propos:

«Je connais plein de gens qui sont pauvres. Moi aussi d'ailleurs je suis dans ce cas, je sens ça très souvent. Pour moi c'est difficile de vivre avec ça. Je me débrouille avec le strict minimum. C'est dur à supporter quand ma famille va pas bien à cause des problèmes de fric.»¹⁰

Outre la situation financière précaire de la famille d'origine, les principaux facteurs structurels qui font qu'un nombre croissant de jeunes ne parviennent pas à faire le saut entre l'école et le monde du travail sont l'orientation excessivement sélective du système scolaire et le manque de places d'apprentissage.

Les jeunes relèvent ainsi souvent les chances réduites qu'ils ont sur le marché de l'apprentissage s'ils sortent d'une filière à exigences élémentaires, comme Estelle, 17 ans, de la région lausannoise, qui aimerait bien faire esthéticienne mais qui se présente aussi pour des places d'apprentie vendeuse et qui souhaiterait *«que les patrons regardent moins au niveau scolaire, surtout, ça serait bien. Si on regarde, la plupart des jeunes en difficultés sont des VSO... Si on regarde des VSB, VSG ils ont l'option gymnase, Uni, et tout ça, et les VSO, on n'a pas l'option gymnase... Qu'est-ce qu'on a?...»¹¹*

Et Kyo, 20 ans, qui vit dans la même région et rêve de faire carrière dans les arts martiaux, et qui après un apprentissage interrompu de boulanger et plusieurs stages et solutions intermédiaires effectue un préapprentissage pour la formation d'éducateur de la petite enfance, a aussi une explication convaincante de cette discrimination:

«[...] finalement je suis comme tout le monde, c'est logique, le patron il reçoit une trentaine de lettres, une cinquantaine de lettres sur son bureau, faut arrêter, le gars y va pas regarder si t'es motivé, ils... les premiers...: «t'es un G, ok, t'es un G, je te prends, mais t'es en O, t'es en R je te prends pas.»¹²

Mickey, 17 ans, raconte aussi que les lacunes scolaires qu'il a accumulées constituent toujours la plus grosse hypothèque dans sa recherche d'une place d'apprentissage et l'ont amené à revoir toujours plus ses ambitions à la baisse:

«la première chose qui manque vraiment, c'est [...] des connaissances scolaires. Parce que des tests là-dessus, c'est beaucoup demandé. Dans les métiers que je visais plutôt au départ, même si de toute façon j'y arriverais pas encore, c'est des choses qui restent.»¹³

¹⁰ Kohler et. al., p. 11.

¹¹ Regamey, p. 21. L'abréviation VSO signifie voie secondaire à options; il s'agit de la filière à exigences élémentaires qu'une partie des élèves suit dans des classes à effectif réduit (R). La voie secondaire générale (VSG) met l'accent sur le choix professionnel, la voie secondaire de baccalauréat (VSB) prépare au gymnase.

¹² Ibid. R signifie classes à effectif réduit.

¹³ Ibid., p. 20.

4. Stratégies et revendications des enfants et des jeunes

Comment les enfants et les jeunes concernés font-ils face au quotidien et quelles sont leurs revendications explicites vis-à-vis de leur entourage immédiat, mais aussi du monde économique et politique? Quel rôle jouent dans ce contexte ce que Gerda Holz appelle dans son article les «facteurs de protection» susceptibles d'atténuer en partie les effets de la pauvreté?

Le petit Sri lankais déjà cité souhaite *«qu'il y ait quelqu'un qui m'aide vraiment»* contre les camarades qui le tourmentent. Bien sûr, ça l'aide de pouvoir parler avec la maman de jour et l'institutrice, mais au moment décisif, il se retrouve quand même tout seul. A 20 ans, il voudrait *«acheter une auto pis une maison pis un bureau»* et devenir instituteur. Il n'est pas difficile de déceler dans ce souhait professionnel l'expression de son besoin actuel d'une autorité qui le protège contre le harcèlement de ses camarades de classe, et du besoin d'être considéré comme «fort» qui va de pair: *«Quand je serai prof, je dirai à tous les enfants ce qui est défendu.»*¹⁴

Les perceptions divergent sur le rôle de l'école. Une fillette suisse de 9 ans qui vit à la campagne dit:

*«A l'école en fait ça marche bien, j'aime bien y aller. C'est là que j'ai mes copines.»*¹⁵

Si cette appréciation est partagée par d'autres enfants, plus tard, au moment de la transition vers le monde du travail, la plupart des jeunes se montrent très critiques envers l'école. Ainsi Mickey:

«C'est difficile dans le sens où à un moment je me sentais complètement dépassé, j'étais pris par une grande lassitude, parce que l'école verte, les cours c'était rien [...] Les études, c'était rien... On nous laisse comme ça. Les profs y sont là pour remplir leurs horaires. On n'a pas de test, on connaît pas notre niveau, puis c'est en fonction des places aussi... et une fois que j'étais en VSO, j'y ai été que deux ans donc, j'étais comme en R... on était... c'était très... bas, et ben il y a plein de choses que j'avais jamais apprises, comme la géométrie, j'en faisais jamais, l'algèbre, j'ai jamais touché, pis donc j'étais vraiment le dernier, dernier en VSO. Finalement j'ai eu mon certificat et tout, mais à la fin j'étais vraiment lassé...»

Il est également très critique à propos des classes vertes:

*«[...] on m'a envoyé là-bas, puis c'était souvent des gamins frustrés, puis pour moi c'était pas vraiment l'endroit où il fallait aller. S'il y a bien une mauvaise... c'est bien dans ce genre de classes. Et en fait, là-bas c'est vraiment pas quelque chose qui m'a aidé, c'est en fait quelque chose qui a carrément gâché ma scolarité.»*¹⁶

De plus, l'école semble parfois être aveugle aux causes de mauvais résultats scolaires ou de comportements déviants qui lui sont extérieurs.

¹⁴ Entretien avec K., documents préparatoires du rapport Kohler et al.

¹⁵ Kohler et al., p. 18.

¹⁶ Regamey, p. 35.

Dans le cas de Kyo, doué d'une intelligence et d'un intérêt nettement supérieurs à la moyenne, c'est aussi un climat familial extrêmement perturbé et violent qui a torpillé sa carrière scolaire. Rétrospectivement, il reproche à l'école de n'avoir jamais apprécié correctement sa situation:

«L'école... c'est vachement faux la manière dont on représente l'école... c'est-à-dire, par exemple que moi j'avais des problèmes familiaux, pis on m'a mis en R avec des gens qui avaient des problèmes scolaires. C'est-à-dire que je me suis retrouvé avec des problèmes scolaires, moi j'en avais pas... Moi, c'était un problème de comportement, c'était dû à mon vécu parce que ma mère me battait, elle battait ma sœur, j'ai dû la défendre plusieurs fois à plusieurs reprises... comme je mangeais pas, je me retrouvais le lendemain au cours... je captais rien de ce qu'on me disait. Je loupais énormément parce que des fois j'étais séquestré... j'étais puni! C'est-à-dire que je devais rester peut-être pendant une semaine sans sortir, donc justement ça se retournait contre moi.»¹⁷

On trouve dans pratiquement tous les entretiens des propos qui soulignent le rôle central joué par les amis et le groupe de pairs. Les liens d'amitié avec des personnes vivant une situation analogue permettent aussi de s'aider mutuellement, comme le relève un adolescent:

«On est tout simplement pas accepté... alors il reste plus qu'à aller chez les gens qui sont dans la même situation, qui sont "plus à plaindre". Et alors on fait simplement les mêmes choses qu'eux, ce que tout le monde peut se permettre.»¹⁸

Une jeune fille de 18 ans dit même sobrement:

«S'il y avait pas mes camarades, je sais pas si je serais encore en vie aujourd'hui.»¹⁹

La famille joue dans bien des cas un rôle analogue de refuge et de protection, comme le rapporte un adolescent d'origine étrangère qui vit en ville:

«A la maison, personne y fait attention [au manque d'argent], c'est la famille. Et on n'en parle pas. L'attitude est différente.»²⁰

Ce sont surtout les mères qui, dans bien des cas, parviennent à épargner à leurs enfants les pires conséquences de la pauvreté. Voici par exemple ce que dit un garçon de 14 ans qui vit à la campagne:

«Même si ma mère doit toujours faire attention de bien partager entre tous, elle fait vraiment ça tellement bien qu'on s'en rend presque pas compte.»²¹

Mais les familles et les mères ne sont pas forcément un facteur de protection. Le parcours de vie de Kyo en fournit un contre-exemple frappant, c'est le cas de le dire, lui qui a été maltraité à plusieurs reprises,

¹⁷ Ibid.

¹⁸ Kohler et al., p. 14.

¹⁹ Kohler et al., p. 16. Kyo dit la même chose à propos de ses amis, Regamey, p. 29.

²⁰ Kohler et al., p. 15.

²¹ Ibid.

avec une extrême brutalité, par une mère elle-même battue dans son enfance, complètement dépassée par ses tâches d'éducation et se livrant occasionnellement à la prostitution. Alors qu'il avait 13 ou 14 ans, le service de protection de la jeunesse est intervenu une fois, mais d'une manière telle que pour lui la situation n'a fait qu'empirer:

«[...] il y a eu aussi la protection de la jeunesse qui est intervenue [...]. Le SPJ, ils ont fait dix fois pire que ce qu'il fallait faire, c'est-à-dire qu'ils me prenaient à part, je donnais ma version, ma mère donnait sa version... Ma mère, elle pleurait, elle faisait semblant et tout [...]. Elle pleurait, pis elle faisait semblant, et pis après à la maison... (geste). Je voyais déjà ma mère qui me disait sur le chemin de retour: "toi, tu vas voir!" Et je rentrais et c'était pire...»²²

Après un tel manque de soutien pour des problèmes concrets, Kyo garde une attitude de rejet et de forte défiance à l'égard des autorités de protection de la jeunesse et des services sociaux, et on observe aussi un scepticisme parfois très marqué à leur égard de la part d'autres enfants ou jeunes.

De manière générale, c'est surtout dans ce qui est fait pour les aider à s'entraider que la plupart des jeunes voient le moyen adéquat:

«On doit être solidaires et s'aider et se soutenir mutuellement.»²³

Les plus grands surtout formulent des revendications qui pourraient parfaitement être relayées sur le terrain politique. Ainsi, Kyo en appelle aux maîtres d'apprentissage:

«Les patrons d'apprentissage, j'y dirais: «réveillez-vous, c'est un réel problème, pis il faut arrêter d'exploiter des enfants, parce que ça pourrait être les vôtres. Donc ça il faut vraiment arrêter de le faire. Un stagiaire il est là pour regarder, et pis un apprenti il est là pour apprendre, et pas pour être exploité». Avant tout, c'est ça et pis il faut libérer plein de places d'apprentissage, parce que j'en connais plein, de personnes qui galèrent, mais plein... Il y en a peut-être d'autres qui se reconnaîtront dans ce que j'ai dit, mais il y en a plein. Donc il faut faire quelque chose, et pis aux apprentis: «il faut arrêter de se lamenter sur son sort, faut vraiment bosser si vous avez un apprentissage, il faut le garder, parce que c'est très dur d'en retrouver un autre.»²⁴

Les jeunes ne cessent aussi de réclamer qu'on les voie et qu'on les prenne enfin au sérieux, eux-mêmes et leur pénible situation. Ainsi Estelle, 17 ans, qui lance aux adultes cet avertissement:

«Il y a beaucoup d'adultes qui doivent s'inquiéter pour l'avenir des jeunes, parce que c'est vrai que cela devient de plus en plus dur. On voit beaucoup de jeunes qui sont sans rien, qui ont de plus en plus de peine à trouver... et que c'est vrai que les adultes trouvent aussi que c'est un peu n'importe quoi que les jeunes trouvent plus rien de nos jours.»²⁵

²² Regamey, p. 32.

²³ Kohler et al., p. 16. Propos tenu par un adolescent issu de la migration, vivant en ville.

²⁴ Regamey, p. 19.

²⁵ Regamey, p. 17.

Le Bâlois de 18 ans que nous avons aussi déjà cité plusieurs fois dit simplement:

«Ceux qui peuvent tout se payer devraient une fois se mettre à la place de ceux qui ont moins ou rien du tout.»²⁶

Kyo, qui a dû une fois marcher des semaines avec un pied cassé, sans soins médicaux parce que sa mère trouvait que ça coûtait trop cher et que ses professeurs le soupçonnaient de simuler²⁷, et qui plus tard a vécu deux semaines dans la rue et dans la forêt après que son père l'a littéralement jeté à la rue en plein mois de février, clôt l'entretien par ces mots éloquents:

«Moi [...] je comprends pas que ça existe encore. Je trouve qu'à notre époque, on parle de progrès et tout, je comprends pas, je comprends pas comment un gamin peut se retrouver à dormir dehors. Je comprends pas, ça me dépasse. C'est juste ce que j'avais à dire.»²⁸

5. Conclusion

Ces entretiens, qui donnent de façon saisissante un visage à la pauvreté des enfants et des jeunes dans notre pays, confirment et illustrent que les principaux résultats de la recherche présentés dans ce rapport par Gerda Holz valent aussi pour la Suisse: la pauvreté dans les pays industrialisés hautement développés est pour l'essentiel une pauvreté relative, qui se manifeste surtout par l'exclusion sociale. Mais, chez nous également, elle peut aboutir à compromettre radicalement, y compris sur le plan physique, les chances de développement des enfants et des jeunes. Les parcours de vie relatés permettent surtout de saisir concrètement le processus de «privations multiples»: des facteurs structurels comme la situation financière précaire de la famille, la sélectivité du système scolaire et le manque de places d'apprentissage se combinent avec les problèmes familiaux et les problèmes de santé en un cercle vicieux dont il est très difficile de sortir. Si l'on veut combattre efficacement la pauvreté et l'exclusion sociale, il faut donc d'une part mettre fin aux désavantages structurels et, d'autre part, encourager et soutenir de façon ciblée les potentiels d'entraide existant au sein de la famille, de l'école et des groupes de jeunes du même âge.

²⁶ Kohler et al., p. 20.

²⁷ Regamey, p. 28.

²⁸ Regamey, p. 42.

Pauvreté des enfants en Allemagne: moyens de prévention

Gerda Holz, chercheuse en sciences sociales et spécialiste des questions de pauvreté, Francfort-sur-le-Main

Qu'il soit fils ou fille d'un indépendant en difficulté ou d'une universitaire divorcée, de parents d'origine turque ou vivant dans un quartier défavorisé, aucun enfant n'est à l'abri de la pauvreté. Celle-ci est l'un des plus grands défis auxquels la politique est confrontée en Allemagne à l'heure actuelle, touchant des problématiques diverses, tant individuelles que sociétales. Nous examinons ci-après plusieurs aspects de la pauvreté des enfants, notamment ses causes et son ampleur, les personnes touchées, les risques inhérents. Ensuite, nous proposons une définition de la pauvreté tenant compte de la spécificité de la situation des enfants. Cette définition permet de reconnaître et de mesurer empiriquement la pauvreté des enfants, dont les conséquences se manifestent dès le plus jeune âge et vont bien au-delà de l'enfance et de l'adolescence. Cette pauvreté constitue le plus grand facteur de risque pour le développement de l'enfant, mais certains facteurs de protection augmentent les chances de surmonter les difficultés et contribuent à limiter ou à éviter les conséquences négatives. La société et l'Etat disposent ainsi de multiples moyens de prévention. La présente contribution se termine par un aperçu de ces possibilités, qui peuvent servir de base à la lutte contre la pauvreté des enfants.

La pauvreté est un problème de société

Les définitions, nombreuses et variées, distinguent généralement entre pauvreté absolue et pauvreté relative. La première, qui met l'accent sur le minimum nécessaire pour garantir physiquement l'existence, ne concerne ni l'Allemagne ni les autres pays d'Europe occidentale ayant un niveau de vie élevé. La seconde se fonde sur le bien-être matériel d'une société donnée et donc sur les normes minimales en vigueur. On peut ensuite nuancer la définition de base en évaluant les ressources (approche unidimensionnelle) ou les conditions de vie (approche pluri-dimensionnelle). L'approche multidimensionnelle considère le bien-être dans divers domaines de la vie (revenu, santé, logement, formation, participation à la vie en société, etc.) et vise à quantifier de manière différenciée les biens disponibles, ce qui la confronte au problème des mesures. Cette question ne se pose pas dans le modèle unidimensionnel, où l'on cherche uniquement à connaître les moyens financiers dont dispose une personne. L'UE, de plus en plus, définit et mesure la pauvreté selon ces deux approches à la fois.

Toute limite de revenu définissant la pauvreté est nécessairement associée à un jugement de valeur. Pour fixer un seuil, on se base sur des normes générales, par exemple la décision du Conseil des ministres de la Communauté européenne du 19 décembre 1984: «*Peuvent être considérés comme pauvres les individus et les familles dont les ressources matérielles, culturelles et sociales sont si faibles qu'ils se trouvent exclus du mode de vie, des habitudes et des activités normales de l'Etat membre dans lequel ils vivent*». ¹ La

«La pauvreté, c'est quand on est pauvre et qu'on n'a rien à manger. Et quand on n'a rien à manger, on peut attraper une grave maladie.»

pauvreté – qui ne se réduit donc pas à la pauvreté pécuniaire – prive l'être humain de son indépendance matérielle, et ainsi de sa capacité à décider par lui-même des questions existentielles, de son «destin». Elle influe par de multiples aspects sur la vie de l'individu et conditionne sa marge de manœuvre en termes d'organisation, d'action et de décision.

Au niveau européen, c'est-à-dire pour tous les Etats membres, la pauvreté est actuellement définie par le *taux (de risque) de pauvreté*. Celui-ci correspond au pourcentage de personnes vivant dans un ménage dont le revenu équivalent disponible est inférieur à 60% du revenu médian de l'ensemble de la population². En Allemagne, le seuil de pauvreté de 60% (médiane) était en 2004, de 856 EUR par mois pour un ménage avec une personne adulte; était pauvre celui qui disposait de moins. Au moyen d'une échelle d'équivalence³, ce seuil est calculé pour différents types de ménage. Par exemple, en 2004, étaient considérés comme pauvres une famille monoparentale avec deux enfants de moins de 14 ans disposant de moins de 1370 EUR net par mois ou un couple avec deux enfants de moins de 14 ans disposant de moins de 1798 EUR⁴.

En Allemagne, les trois principales *causes* de pauvreté des adultes sont le chômage (surtout de longue durée), les petits temps partiels et les bas salaires. Pour l'instant, on ne prend guère en compte le travail domestique, de soin, d'éducation et de garde non ou mal rémunéré. Les deux causes citées en dernier sont typiquement féminines. D'autres causes sont le surendettement, le divorce ou la séparation, le handicap ou encore un cumul de problèmes. Les enfants qui grandissent dans un ménage présentant une ou plusieurs de ces caractéristiques sociales sont particulièrement exposés. Les divers groupes de population ne sont pas tous égaux devant la pauvreté: ceux qui présentent le plus grand risque sont les migrants, les familles monoparentales, les personnes ayant un faible niveau de formation et/ou vivant dans un quartier socialement défavorisé. Les enfants dont les parents présentent ces caractéristiques sociales courent également un risque de pauvreté supérieur à la moyenne.

La pauvreté des enfants est un phénomène de masse

Fin 2003, en Allemagne, environ 1,1 million de personnes de moins de 18 ans dépendaient de l'aide sociale, ce qui représentait 37% de tous les bénéficiaires de l'aide sociale. Etant donné que «seulement» 3,4% de la

¹ Commission des Communautés européennes, 1991: 4.

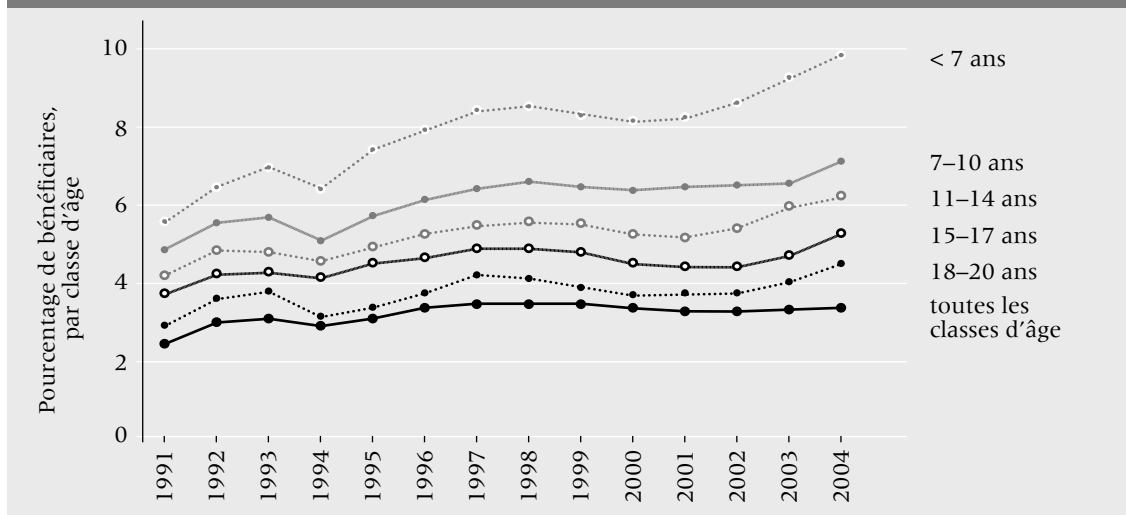
² En Allemagne, la recherche emploie en outre encore l'«ancienne» définition, basée sur un seuil de 50% (moyenne).

³ Pour pouvoir comparer les revenus de ménages de taille différente, on utilise ce qu'on appelle une échelle d'équivalence. Partant de l'hypothèse que le fait de vivre dans un même ménage permet de faire des économies (économies d'échelle), on ne divise pas le revenu disponible du ménage par le nombre de têtes, c'est-à-dire le nombre de personnes faisant partie dudit ménage, mais par le «poids» de chacune des personnes ou «unités de consommation», à savoir, dans la nouvelle échelle d'équivalence de l'OCDE, 1 pour le chef de famille, 0,5 pour les membres de plus de 15 ans et plus et 0,3 pour les enfants de moins de 15 ans.

⁴ Cf. Agence fédérale pour la statistique 2006: 17–19.

population totale bénéficie de ce soutien de l'Etat, le taux était plus du double (7,2%) pour les mineurs en général et plus du triple (11,1%) pour les enfants de moins de 3 ans. Ils étaient 6,4%, soit presque deux fois plus, parmi les 7–14 ans (cf. fig. 1).

Fig. 1: Taux des bénéficiaires de l'aide sociale chez les enfants et les jeunes, 1991–2004



L'introduction de la loi sur les demandeurs d'asile a entraîné un recul du nombre de bénéficiaires de l'aide sociale en 1994.

Source: Agence fédérale pour la statistique; graphique de l'auteur.

En Allemagne, le marché du travail a subi de profondes réformes; en particulier, les droits à l'aide sociale ainsi que les prestations de l'assurance chômage ont été modifiés en 2005 pour les personnes non actives, mais aptes à travailler. A noter que par définition, les jeunes de moins de 15 ans ne sont pas aptes à travailler. A l'été 2006, 1,9 million, soit 15,6% des mineurs de moins de 15 ans, touchaient via leurs parents cette nouvelle forme d'aide (appelée «Sozialgeld»)⁵. Les taux varient selon la région et le lieu, la tendance générale étant à la hausse. Les Länder de l'ex-Allemagne de l'Est, de même que les grandes villes d'Allemagne de l'Ouest, sont plus fortement touchés que la moyenne. Actuellement, près d'un jeune de moins de 15 ans sur trois y vit de cette nouvelle forme d'aide, ce qui le met dans le groupe des pauvres. De plus, les enfants en âge préscolaire ou fréquentant l'école primaire sont les plus fortement touchés – cela dans une période de la vie où le potentiel de formation des ressources et des compétences individuelles est le plus grand.

Quatre groupes sont particulièrement concernés: les enfants dont les parents sont au chômage, surtout de longue durée, ceux vivant dans une famille monoparentale, ceux appartenant à une famille de migrants et ceux ayant plus de deux frères ou sœurs. Les garçons et les filles habitant une grande ville, surtout un quartier défavorisé, sont également plus exposés. Malgré tout, en chiffres absolus, c'est à la campagne et

⁵ Cf. Agence fédérale pour l'emploi, 2006.

«La pauvreté, c'est quand les gens n'ont pas d'argent, pas de maison ou bien peu à manger.»

dans des familles allemandes qu'il y a le plus d'enfants pauvres. Les modèles explicatifs simplistes ne suffisent donc pas.

La pauvreté des enfants a des aspects spécifiques, reconnaissables et mesurables

Pour reconnaître et mesurer la pauvreté des enfants, il faut se poser une question fondamentale: en quoi les touche-t-elle concrètement? Il y a aussi certaines conditions de base à respecter:

- La définition doit partir de l'enfant (approche centrée sur l'enfant), ce qui signifie qu'il faut considérer non seulement les conditions de vie du groupe d'âge étudié et l'évolution qui l'attend, mais aussi son vécu subjectif.
- La situation de l'enfant ne peut pas être considérée séparément de celle de la famille et du ménage. Un adulte, un adolescent et encore moins un enfant n'est une «monade», c'est-à-dire une unité close et fermée à tout jamais. Ses conditions de vie dépendent directement, dans de nombreux domaines, de celles de ses parents.
- Pour un enfant ou un adolescent, la définition de la pauvreté est nécessairement pluridimensionnelle. Si elle repose uniquement sur le revenu de la famille, elle passe à côté de son vécu. Les aspects pris en compte doivent permettre de tirer des conclusions sur son développement et ses possibilités d'intégration sociale.
- Il ne faut pas classer sous «pauvreté» tous les problèmes que les enfants sont susceptibles de rencontrer. On ne peut parler de pauvreté que si la famille se trouve dans une situation de manque matériel, mesurée à l'aide du seuil de pauvreté défini.

Afin d'évaluer les conditions et les possibilités de développement des enfants pauvres au sens défini ci-dessus – surtout par comparaison avec les enfants vivant dans des conditions économiques plus favorables –, on envisage leurs *conditions de vie* sous un certain nombre d'aspects:

(1) Situation matérielle du ménage («pauvreté familiale»)	
(2–5) Conditions de vie de l'enfant: différents aspects	
(2) Situation <i>matérielle</i> de l'enfant	Biens de première nécessité (logement, nourriture, habillement ...)
(3) Niveau <i>culturel</i>	Éducation (maîtrise de la langue, comportement dans le jeu ...)
(4) Situation dans le domaine <i>social</i>	Intégration sociale (contacts, compétences sociales ...)
(5) Etat <i>psychique</i> et <i>physique</i>	Santé (état de santé, croissance ...)

Cela signifie que, par définition, il n'y a «pauvreté de l'enfant» que s'il y a «pauvreté de la famille», c'est-à-dire que si celle-ci a un revenu inférieur à 50 ou 60% du revenu moyen ou médian. Les garçons et les filles qui, dans l'un des domaines mentionnés ci-dessus (2–5), présentent des limitations ou des manques peuvent être considérés comme défavorisés, mais pas comme «pauvres» à proprement parler, si ces manques ne sont pas associés à une pauvreté familiale.

Pour obtenir une image de la situation générale des enfants, on réunit les quatre aspects ci-dessus en un indice de *pauvreté selon les conditions de vie*, qui définit trois types de situations: «bien-être», «désavantages» et «privations multiples»:

- On parle de «bien-être» quand on ne constate aucun manque dans les principaux domaines. Le bien de l'enfant est garanti.
- On parle de «désavantages» quand on constate des manques dans un petit nombre de domaines. Le développement futur de l'enfant peut être considéré comme limité ou compromis.
- Enfin, on parle de «privations multiples» quand l'enfant présente des manques ou déficits dans plusieurs domaines essentiels de sa vie et de son développement et qu'il n'a pas les ressources lui garantissant un développement positif.

La définition de la pauvreté chez l'enfant, telle qu'elle a été développée théoriquement et appliquée empiriquement, par exemple par les études AWO-ISS⁶, se base sur les constats suivants:

- Le point de départ est un revenu insuffisant.
- L'enfant vit dans une famille ayant un revenu insuffisant.
- Sa pauvreté peut se manifester dans les domaines matériel, culturel, sanitaire ou social.
- Les conditions de son développement sont compromises; cela peut impliquer des désavantages ou des privations multiples.
- Ses perspectives d'avenir sont limitées.

Les conséquences de la pauvreté chez les enfants de 6 ans et de 10 ans

On peut démontrer que les garçons et les filles pauvres présentent, en ce qui concerne leurs conditions de vie, deux fois plus de manques dans les domaines matériel, social, culturel et sanitaire que les non-pauvres (cf. tableau 1). Rappel: un enfant est pauvre quand il fait partie d'une famille qui, selon la définition de l'UE, doit vivre avec moins de 50% du revenu net moyen pondéré.

Dans le *domaine matériel*, 40% des enfants pauvres de 6 ans, contre 15% des enfants non pauvres, manquent de biens de première nécessité. Dans les structures d'accueil parascolaire, la pauvreté familiale se manifeste surtout par des retards de paiement des frais de nourriture et pour les activités. Les enfants pauvres y arrivent souvent en ayant faim et / ou besoin de soins corporels; le manque de vêtements est plus rare. Dans le *domaine social*, on note qu'ils recherchent moins souvent le contact avec les autres enfants, participent moins activement à la vie du groupe, expriment plus rarement leurs souhaits et sont moins avides d'apprendre. On observe en même temps un début d'exclusion: les enfants pauvres sont souvent évités par les autres enfants de la structure d'accueil.

⁶ Cf. Hock / Holz / Simmedinger / Wüstendörfer 2000; Holz / Skoluda 2003; Holz / Richter / Wüstendörfer / Giering 2006.

Tableau 1: Pourcentage d'enfants de 6 ans pauvres et non pauvres présentant des manques, selon les domaines de la vie (N = 893)

Conditions de vie	Enfants pauvres	Enfants non pauvres
Situation matérielle	40,0%	14,5%
Santé	30,7%	19,7%
Situation culturelle	36,0%	17,0%
Situation sociale	35,6%	17,6%

Source: Armut im Vorschulalter 1999. Cf. Hock / Holz / Wüstendörfer 2000: 50.

Tableau 2: Pourcentage d'enfants de 10 ans pauvres et non pauvres présentant des manques, selon les domaines de la vie (N = 500)

Conditions de vie	Enfants pauvres (<50%)	Enfants non pauvres		
		Bien-être précaire (50%–75%)	Moyenne inférieure (75%–100%)	Moyenne supérieure (>100%)
Situation matérielle / biens de première nécessité	51,6%	9,2%	5,3%	0,0%
Situation culturelle	37,7%	19,0%	9,5%	3,6%
Situation sociale	34,6%	16,0%	15,8%	3,6%
Santé	25,8%	23,3%	21,1%	8,4%
N = 500	159	163	95	83

Source: Holz / Richter / Wüstendörfer / Giering 2006: p. 66.

On n'est pas étonné de retrouver l'écart le plus grand dans le *domaine matériel*. Les plus touchés sur ce plan sont les enfants issus de la migration: à 10 ans, par exemple, ils ne disposent pas d'une chambre à eux et ont peu de vêtements et / ou de jeux. Au *niveau social*, les enfants pauvres peuvent rarement, par exemple, amener d'autres enfants à la maison ou fêter leur anniversaire; ils ont moins d'occasions d'avoir des contacts et de les entretenir dans le cadre d'activités associatives. C'est ce que montrent en particulier les analyses de Richter portant sur le réseau social des 6–12 ans selon leur situation matérielle (cf. fig. 2 et 3). Si les schémas illustrent bien la multiplicité des ressources dont disposent les mineurs de cet âge, la comparaison fait clairement ressortir les désavantages des garçons et filles pauvres: ils n'utilisent pratiquement aucune des ressources culturelles. L'accès aux offres de l'aide sociale aux enfants et aux adolescents prévues par la partie VIII du code social (loi sur l'aide à l'enfance et à la jeunesse) est déjà limité.

Fig. 2: Ressources sociales à Braker: réseau à la disposition des élèves du primaire, groupe témoin

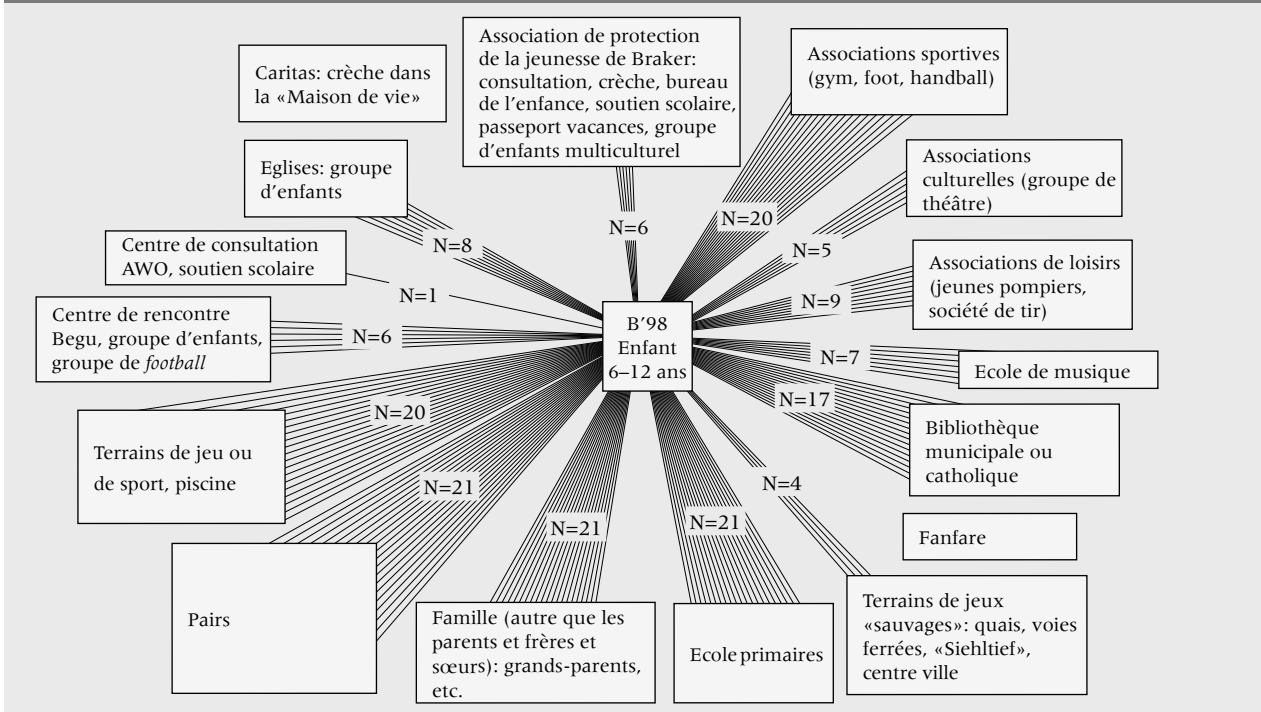
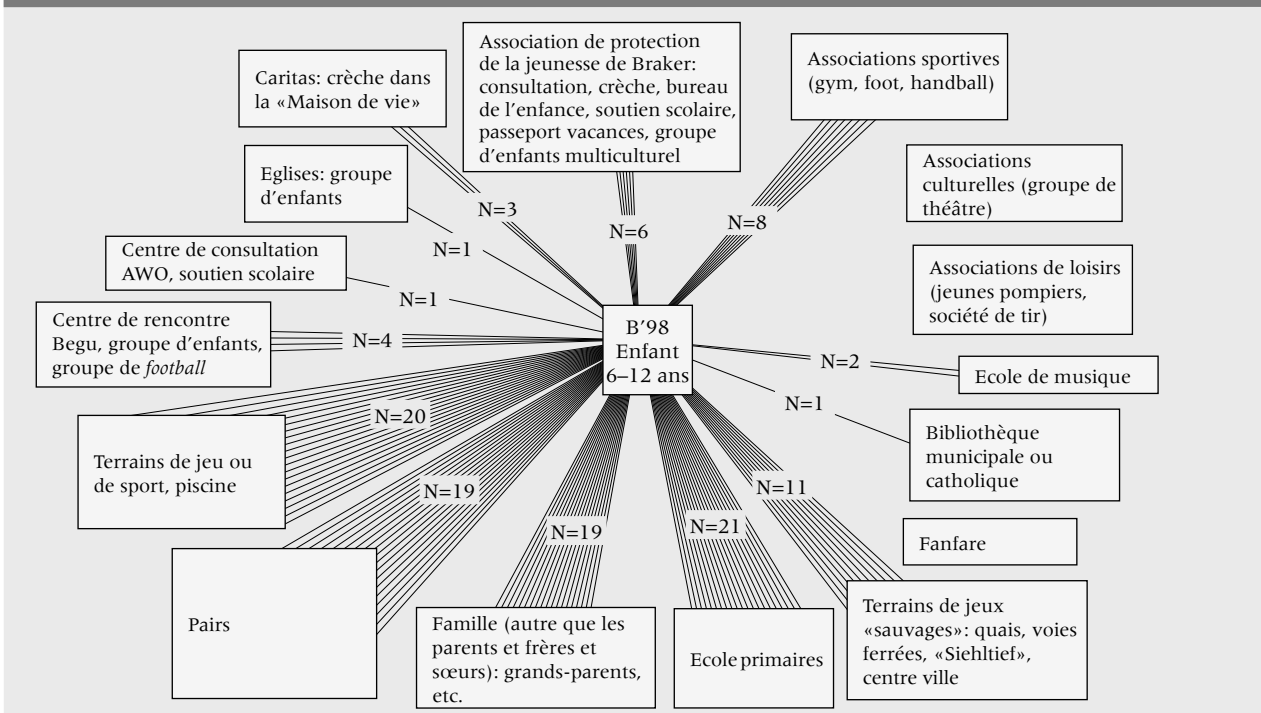


Fig. 3: Ressources sociales à Braker: réseau à la disposition des élèves du primaire présentant des manques matériels



Source: Antje Richter (2000). Anhang.

Les enfants pauvres peuvent grandir dans des conditions de vie très différentes, allant du «bien-être» aux «privations multiples»

Les conditions de vie des enfants varient beaucoup. La pauvreté en est le déterminant principal, mais pas le seul; les divers facteurs individuels, familiaux et sociaux constituent un ensemble très complexe. Les parents et les enfants n'ayant pas les mêmes stratégies pour surmonter ces difficultés, il faut prendre en compte chaque facteur séparément, ainsi que leur cumul et la manière d'y faire face. Les possibilités d'évolution sont diverses. Cependant, l'on constate que les enfants pauvres se trouvent davantage dans les situations de «désavantages» et de «privations multiples» et que la situation des enfants non pauvres se maintient ou évolue vers la situation «bien-être». Les situations de vie des deux groupes ont donc tendance à évoluer de manière opposée (cf. tableau 3).

Tableau 3: Situation de vie des enfants de 6 ans et de 10 ans				
Type de situation	6 ans (1999) (N = 893)		10 ans (2003/04) (N = 500)	
	Enfants pauvres	Enfants non pauvres	Enfants pauvres	Enfants non pauvres
Bien-être	23,6%	46,4%	15,1%	47,5%
Désavantages	40,3%	39,8%	46,5%	41,9%
Privations multiples	36,1%	13,7%	38,4%	10,6%
Total	100%	100%	100%	100%

Sources: Armut im Vorschulalter 1999; Armut im späten Grundschulalter 2003/04. Tableau de l'auteur.

L'écart entre bien-être et privations multiples chez les enfants pauvres et les non-pauvres résulte des processus et des conditions de la socialisation dès la naissance, qui forment également le terreau sur lequel se poursuit leur développement. Celui-ci peut aboutir à une pérennisation des déficits, mais aussi à une amélioration ou à une péjoration des conditions de vie et des perspectives d'avenir. En général, plus l'enfant est exposé sans protection, tôt et longtemps à la pauvreté, plus la chute est rapide, et plus sa capacité à développer son potentiel et à conserver ses chances de réussite future s'amenuise. Les résultats de l'étude longitudinale AWO-ISS montrent deux choses: les enfants ont une trajectoire de développement très dynamique, et un sur deux connaît entre 6 et 10 ans un changement de sa situation de vie. On ne peut donc pas dire «pauvre un jour, pauvre toujours» ni «on ne sort jamais des privations». D'autre part, les trajectoires de vie et de développement peuvent être très différentes selon les cas. Chez les pauvres, ce sont les évolutions négatives qui prédominent, à savoir une augmentation des déficits au niveau des conditions de vie et des changements, passant par exemple d'une situation de «désavantages» à celle de «privations multiples». Chez les enfants non pauvres, c'est une évolution positive qui l'emporte, dans le sens d'un maintien dans le bien-être. Les enfants

pauvres sont plus exposés à des problèmes de santé (consommation plus précoce et fréquente de stupéfiants, obésité), ont plus souvent un niveau de formation bas et des carrières scolaires et professionnelles en conséquence, ou présentent davantage de problèmes sociaux (violence, que ce soit en tant que victime ou auteur).

Les facteurs de protection peuvent aider à compenser les conséquences du facteur de risque «pauvreté»

En Allemagne, on s'intéresse de plus en plus, en recherche comme en pratique, aux ressources individuelles, sociales et culturelles dont dispose un enfant et aux stratégies ou aux comportements qu'il développe pour surmonter les difficultés. La recherche, notamment sur la résilience⁷, montre que les ressources personnelles, familiales et extrafamiliales influent sur le développement, surtout précoce, et comportent une pluralité de variables. De même, les offres de soutien et les instances de socialisation extrafamiliales, comme les structures d'accueil extra-familial et l'environnement de vie immédiat, sont des facteurs déterminants, car ils font office de facteurs de risque et / ou de protection.⁸

Si la pauvreté est le plus grand facteur de risque pour un enfant, les études AWO-ISS prouvent cependant qu'il existe aussi des facteurs de protection nombreux et efficaces (cf. tableau 4).

Le plus important est la façon dont les parents parviennent à *gérer la situation*. Dans les familles pauvres tout particulièrement, le sentiment qu'ont les parents de contrôler leur vie – sur les plans financier, social et affectif – est lié à leur capacité de surmonter les difficultés. Mais pour toutes les familles, la règle est que les parents se sentent d'autant mieux soutenus qu'ils réussissent à entretenir leur réseau social et à participer à la vie sociale. Ces deux sentiments sont eux-mêmes liés à leur fonction de modèle pour l'enfant et à la répartition / transmission des ressources au sein de la famille. La façon dont les parents surmontent les problèmes peut aller du renoncement (ex. ne pas s'acheter des habits neufs), en passant par des conduites compensatoires (ex. fumer ou boire), à l'accès à des ressources supplémentaires (recours à des trocs, des soupes populaires, à l'aide de membres de la famille). L'enfant

⁷ On entend par «résilience», la résistance psychique des enfants face aux risques affectant leur développement, qu'ils soient d'ordre biologique, psychologique ou psychosocial. La résilience comprend plusieurs aspects: développement sain et positif malgré des risques élevés, compétences qui se maintiennent dans des conditions de stress extrêmes, et récupération positive et rapide après un événement traumatique.

⁸ On entend par facteurs de risque, les caractéristiques qui augmentent la probabilité d'apparition d'un trouble chez les personnes concernées par rapport aux témoins non exposés. Pour un individu, il existe deux groupes de facteurs: (a) ses caractéristiques biologiques et psychologiques propres = vulnérabilité (tempérament difficile p.ex.), et (b) les caractéristiques de son environnement = «stresseurs» (pauvreté, mauvaise ambiance familiale...). On entend par facteurs de protection, les caractéristiques qui atténuent ou compensent les effets potentiellement nocifs des difficultés vécues. Là aussi, il en existe deux groupes: (a) les ressources personnelles, la résilience (ce sont donc des facteurs liés à la personne même de l'enfant), et (b) les ressources sociales (c'est-à-dire les facteurs qui se situent dans le monde environnant l'enfant, à l'intérieur ou à l'extérieur de la famille). Cf. Richter 2006.

Tableau 4: Un choix de facteurs de protection dans la petite enfance et dans l'enfance

Facteurs individuels	Facteurs familiaux et sociaux
<ul style="list-style-type: none"> ■ Compétences sociales et intellectuelles ■ Créativité et talents ■ Tempérament facile, envie d'aller vers les autres ■ Confiance en sa capacité d'action et volonté de réussir ■ Estime de soi et confiance en soi ■ Bonne relation affective avec la mère ■ Ambiance éducative positive, peu conflictuelle, ouverte et favorisant l'indépendance ■ Présence d'un meilleur ami ou d'une meilleure amie ■ Contact étroit et de bonne qualité avec un adulte extérieur à la famille ■ Réseau social ■ Aptitude à résoudre activement les problèmes ■ Diversité des espaces d'apprentissage et d'expérience 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Réactions appropriées des parents, permettant de résoudre les problèmes et n'entraînant pas de tensions supplémentaires ■ Ambiance familiale positive, reposant sur une bonne relation entre les parents ■ Bonne relation avec au moins un des deux parents ■ Intégration dans un réseau relationnel stable avec le reste de la famille, les amis et les voisins ■ Buts et perspectives d'avenir pour les parents et pour l'enfant ■ Investissement dans l'avenir de l'enfant, surtout par l'encouragement de ses contacts et ses compétences sociales ■ Possibilités de contacts à l'extérieur de la famille et participation aux activités quotidiennes des enfants ■ Utilisation d'offres extrafamiliales permettant de surmonter les tensions, de réfléchir et de se ressourcer

Source: Armut im Vorschulalter 1999, Armut im frühen Grundschulalter 2001. Cf. Holz / Puhlmann 2005, p. 38.

perçoit très tôt la pauvreté et s'appuie sur les modèles familiaux pour développer *son propre comportement*. La confiance en lui-même et en autrui, ainsi qu'un mode offensif d'«appropriation du monde», positif et encouragé par les adultes (cf. Elschenbroich 2002), constituent des déterminants majeurs dans la construction des fondements qui lui sont nécessaires pour poursuivre son développement, notamment de ses compétences personnels. C'est sur ce point que les enfants pauvres sont souvent considérablement défavorisés.

Si la famille manque des ressources et les parents des compétences ou potentiels nécessaires pour que les enfants grandissent dans le bien-être, il est d'autant plus important d'apporter une compensation ou un complément par un soutien extrafamilial. Les enfants pauvres dépendent donc doublement de l'existence et de l'utilisation effective des ressources sociales. Il faut par conséquent prendre en compte leur monde, et surtout leur espace de vie: à l'âge préscolaire et pendant l'école primaire, le monde où ils vivent comprend principalement la famille, la crèche, le jardin d'enfants ou l'école, et les relations avec les enfants du même âge (pairs); quant à leur espace de vie, il peut être, selon leur stade de développement, l'environnement direct de leur lieu d'habitation, le quartier, une partie ou toute la ville, etc. Les enfants pauvres grandissent plus souvent que la moyenne dans des quartiers défavorisés, c'est-à-dire disposant de moins de ressources sociales. On peut donc supposer que, par rapport aux enfants non pauvres, ils sont doublement désavantagés.

En outre, ils bénéficient de moins de facteurs de protection, le nombre de ceux-ci étant nettement corrélé avec la situation de vie. Les enfants qui grandissent dans le bien-être en présentent davantage (13,7)

que ceux qui subissent des privations multiples (11,3).⁹ La corrélation se retrouve entre le nombre de facteurs de protection existants et le développement: les enfants qui grandissent dans un bien-être constant disposent de plus de facteurs de protection que ceux qui connaissent en permanence des privations multiples (13,6 versus 10). Le cadre dans lequel les enfants grandissent influe directement sur leurs conditions de vie et la façon dont ils gèrent leurs problèmes. Ce n'est pas leur faculté d'autogénération (ou celle de leur famille), mais le soutien social, la compensation et la redistribution de certaines ressources qui leur ouvrent véritablement un avenir. Sachant cela, on peut agir au niveau sociétal et étatique afin de prévenir la pauvreté des enfants.

Approches et éléments d'une prévention de la pauvreté des enfants

L'essentiel, dans la prévention de la pauvreté, est de repérer, de consolider et de développer les ressources dont disposent (encore) les personnes concernées. En d'autres termes, il faut leur donner les moyens d'acquiescer et de conserver un revenu leur assurant les moyens d'existence nécessaires, encourager leur participation à la vie de la société, activer leur potentiel individuel d'amélioration et stabiliser leur confiance en elles-mêmes au quotidien, dans le monde où elles vivent.

La prévention de la pauvreté chez l'enfant commence au plus tard à la naissance, mais elle serait souhaitable dès la grossesse. Elle doit prendre en compte les conditions de socialisation en général et surtout sur le lieu de vie. Bien qu'elle soit rendue possible et assurée principalement par le travail des spécialistes dans les institutions et les projets, l'engagement de personnes à titre individuel, en contact direct avec les enfants touchés, joue un rôle capital. L'objectif du travail de prévention est double: d'une part créer et aménager les possibilités de développement du mineur, d'autre part soutenir et renforcer son environnement, en particulier sa famille.

Le plus important pour prévenir la pauvreté des enfants est d'éviter et/ou de compenser les conséquences de la pauvreté de leur famille. Le but est de développer les potentiels et les ressources des enfants, et d'encourager leurs compétences personnelles, sociales et pratiques, en fixant des objectifs généraux de formation conformément au principe «renforcer les points forts et affaiblir les points faibles». Pour la prévention de la pauvreté de l'enfant, les principales règles sont les suivantes:

- La prévention commence le *plus tôt possible*.
- Les *conditions essentielles pour la vie et le développement* de l'enfant sont garanties.
- Un élément important est de promouvoir *sa participation, son intégration, sa formation et sa santé*.

⁹ Cf. Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006: 191–200. Chiffre entre parenthèses = moyenne arithmétique.

«Les enfants pauvres, ce sont des enfants avec lesquels les grands ne passent pas assez de temps.»

- Le *but principal* est de lui permettre de «grandir dans le bien-être», ici, maintenant et à l'avenir.
- Les premiers destinataires sont *les parents et la famille*.
- *Le monde où vit l'enfant* (crèche, jardin d'enfants, école, voisinage, quartier, etc.) est pris en compte.
- *Ses ressources et ses potentiels* sont encouragés et renforcés.
- *Ses déficits de développement* sont évités ou corrigés.
- Il est aidé par l'apprentissage de *stratégies pour résoudre des problèmes*.
- Des offres extrafamiliales complètes (formation et éducation, encadrement et conseil) *sont essentielles pour l'accès* aux ressources sociales; elles doivent être abordables financièrement et interpeler l'enfant.
- Les *organismes et les spécialistes* de la formation, des questions sociales, de la santé, etc., doivent adapter au mieux les offres de soutien aux besoins de l'enfant.
- *La politique et l'administration*, au niveau des communes, des Länder et / ou du pays, font en sorte, à titre de prévention primaire, de créer les conditions sociales propices aux enfants et aux familles.

Bibliographie

- Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitssuchende. Entwicklung bis Juli 2006. Nuremberg.
- Elschenbroich, Donata (2002): Weltwissen der Siebenjährigen. Wie Kinder die Welt entdecken können. Munich.
- Holz, Gerda (Hg.) (2006): Armut bei Kindern. KiTa spezial 4/2006. Kronach
- Hock, Beate; Holz, Gerda; Wüstendörfer, Werner (2000): Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Francfort-sur-le-Main.
- Holz, Gerda; Puhlmann, Andreas (2005): Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Francfort-sur-le-Main.
- Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich (2006), Zukunftschancen von Kindern – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Francfort-sur-le-Main.
- Holz, Gerda; Skoluda, Susanne (2003): Armut im frühen Grundschulalter. Eine vertiefende Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern. Francfort-sur-le-Main.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989, Bruxelles 1991.
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aix-la-Chapelle.
- Richter, Antje (2006): Was brauchen arme Kinder? – Resilienzförderung und Armutsprävention, in Kita spezial 4/2006, S. 9–13.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden.

Pauvre un jour, pauvre toujours?

Résultats des recherches récentes sur la pauvreté des jeunes

Matthias Drilling, chargé de cours à la Haute école de travail social de la HES de la Suisse du Nord-Ouest, Bâle

1 La pauvreté au cœur de la société

Si, dans les débuts de l'Etat social, les groupes «classiques» (sans-abri, marginaux, malades chroniques) formaient l'essentiel des démunis, on trouve aujourd'hui parmi les ménages pauvres de plus en plus de chômeurs à la fleur de l'âge, de travailleurs au revenu insuffisant, de familles monoparentales, de familles nombreuses et de migrants. Ce changement structurel connu sous le nom de «nouvelle pauvreté» (Geissler 1976) a notamment pour conséquence que l'aide sociale est mise au défi de remplir non seulement une fonction d'aide transitoire, mais aussi de revenu de remplacement à long terme (principalement pour les personnes atteintes dans leur santé) et d'aide subsidiaire (surtout pour les «working poor» et les jeunes en formation). Il semble que, depuis les années 1990, la pauvreté se soit diffusée toujours plus profondément dans la société pour en atteindre aujourd'hui le cœur. Hübinger (1996) a tenté d'exprimer ce phénomène par le terme de «prospérité précaire»: la pauvreté se manifeste dans toutes les couches sociales, et même une formation – jusqu'ici signe distinctif clair des «prémunis» – ne permet plus forcément d'y échapper.

L'inégalité sociale trouve son pendant dans l'inégalité spatiale: des quartiers apparaissent, stigmatisés comme «socialement chauds», que ceux qui gagnent bien leur vie quittent dès que leur premier enfant a l'âge d'être scolarisé, et que les pédiatres et les médecins spécialistes abandonnent aussi, le traitement des assurés «standard» n'y étant plus rentable. Pauvreté et richesse sont directement liées et la recherche s'intéresse de plus en plus aux conséquences négatives de ce lien: «S'il est vrai que la pauvreté est l'autre face de la société de la performance et de la concurrence, donc que l'exclusion sociale est le revers de l'ascension sociale, alors le volume et la qualité de cette exclusion augmentera non en dépit de la prospérité croissante, mais à cause d'elle» (Huster 2002, 45).

C'est dans ce contexte sociétal ambivalent que les enfants grandissent aujourd'hui, et on a tout lieu de parler d'une aggravation de l'inégalité entre «enfance privilégiée» et «enfance défavorisée» (Chassé, Zander et Rasch 2005, 31).

2 Pauvreté des enfants et des jeunes: aspects économiques, sociaux et culturels

La précarisation des situations de vie et la mutation structurelle de la population pauvre se reflète dans les statistiques; l'ampleur et la gravité de la pauvreté dépendant toujours de la limite définie comme seuil de pauvreté.

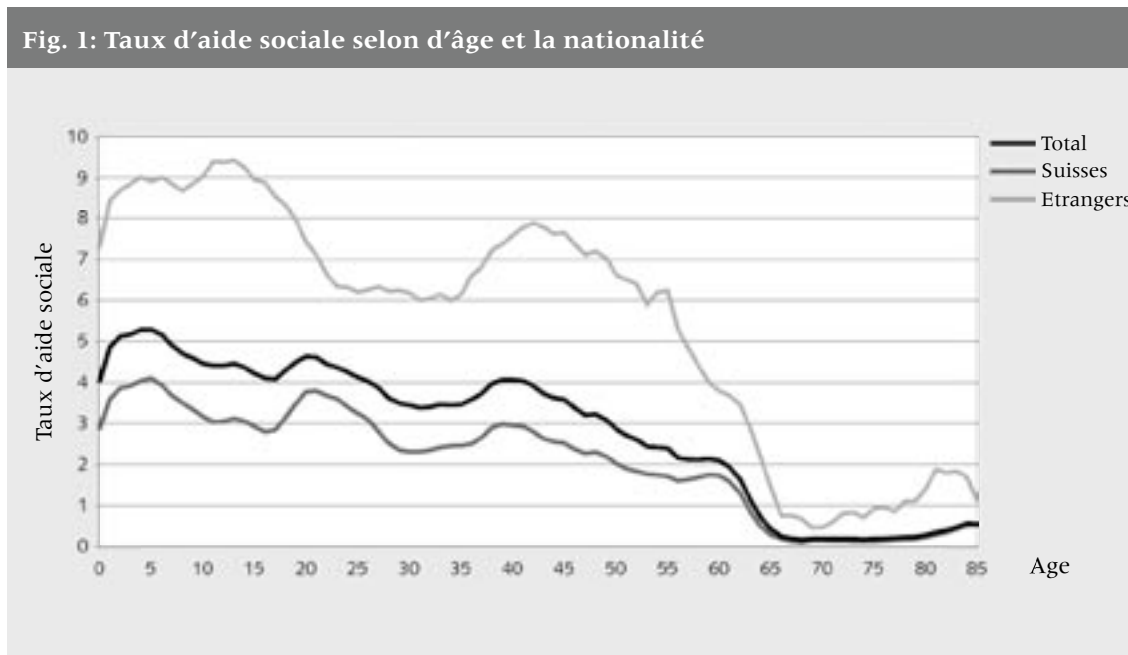
La troisième étude nationale sur la pauvreté, qui se réfère aux données de 1992, arrivait déjà pour la Suisse à un taux de pauvreté compris, suivant la définition utilisée, entre 4,8% et 11,4%, ce qui signifie un nombre de personnes touchées compris entre 390 000 et 710 000 (Leu, Burri et Priester 1997, 116). Les enfants n'étaient pas considérés séparément, mais les auteurs parviennent, au terme d'une série de calculs et d'estimations, à la conclusion que «la pauvreté est aujourd'hui un problème qui frappe d'abord les personnes jeunes et non, comme précédemment, plutôt les personnes âgées» (*ibid.*, 127).

L'étude récemment publiée par le Fonds des Nations Unies pour l'enfance (UNICEF 2005) définit comme pauvres les familles réalisant moins de 50% du revenu médian.¹ En comparaison internationale, les pays qui s'en sortent le mieux sont le Danemark et la Finlande: la proportion d'enfants touchés par la pauvreté n'y est «que» de 2,4% et 2,8% respectivement. Avec un taux de 6,8%, la Suisse se classe cinquième sur les 26 pays de l'OCDE, mais la pauvreté des enfants y est néanmoins près de trois fois plus élevée qu'au Danemark. Le rapport contredit la supposition courante selon laquelle la pauvreté diminuerait dans les pays les plus développés: seuls quatre pays de l'OCDE – l'Australie, la Norvège, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis – voient baisser leur taux de pauvreté des enfants.

Les «working poor» forment l'intersection entre l'ensemble des actifs et celui des pauvres: il s'agit des personnes qui effectuent au moins une heure de travail payé par semaine et qui font partie d'un ménage vivant au-dessous du seuil de pauvreté. Streuli et Bauer (2002) en ont établi le nombre pour la Suisse en 1999, Crettaz a poursuivi la démarche jusque pour l'année 2005 (Office fédéral de la statistique 2007). Selon eux, le taux de «working poor» (leur proportion par rapport à l'ensemble des ménages actifs de Suisse) était de 7,5% (en 1999) et de 4,2% (en 2005). En tout, l'étude de 2002 compte 170 000 ménages ou 530 000 personnes (dont 230 000 enfants) au nombre des «working poor», celle de 2007 ne dit rien sur le nombre d'enfants et de jeunes touchés.

La Statistique suisse de l'aide sociale (Office fédéral de la statistique 2007) fournit les chiffres concernant ce type de mesures de lutte contre la pauvreté. Elle indique qu'en 2005, 237 500 personnes, soit 3,3% de la population, touchaient des prestations de l'aide sociale.

¹ La médiane, par sa résistance aux valeurs aberrantes, convient tout particulièrement comme paramètre de position pour les ensembles de répartition non normale. Exemple: les revenus d'un groupe de dix personnes se répartissent comme suit: neuf personnes gagnent 1000 francs et la dixième un million. Leur revenu moyen est de 100 900 francs, mais la médiane est 1000 francs.



Remarque: Le taux effectif par année d'âge varie assez fortement. Pour corriger ces variations, on calcule la moyenne des résultats par intervalles de deux ans et ce de manière continue (moyenne glissante).
 Source: OFS, Statistique de l'aide sociale 2005.

C'est pour le groupe des enfants jusqu'à 10 ans que le taux d'aide sociale est le plus élevé, suivi par celui des adolescents (dans le groupe d'âge des 10 à 17 ans, le nombre d'enfants étrangers soutenus est particulièrement important) et celui des jeunes adultes. Le taux augmente de nouveau pour le groupe d'âge des 35 à 42 ans, ce que le rapport explique par le fait que «l'entretien des enfants, les interruptions de travail ou la réduction du taux d'activité (liée à la charge d'éducation des enfants), ainsi que les divorces augmentent le risque» (Office fédéral de la statistique 2007, 14). L'analyse par groupes à risque relève que le risque d'être tributaire de l'aide sociale est plus élevé pour les familles monoparentales (quatre fois plus que pour la moyenne des ménages), les personnes divorcées, les personnes seules étrangères et les couples ayant trois enfants ou davantage. «Avec un taux de près de 23%, plus d'un enfant sur cinq vivant dans une famille monoparentale est dépendant de l'aide sociale. D'une manière générale, le risque augmente avec le nombre d'enfants vivant dans le ménage. Même si les couples avec enfants dépendent moins souvent de l'aide sociale que les familles monoparentales, on remarque que le taux des familles avec trois enfants et plus (3,4%) est deux fois plus élevé que celui des familles avec 2 enfants (1,8%).» (*ibid.*, 17).

Les indicateurs sociaux publiés par l'Initiative des villes, organe de l'Union des villes suisses regroupant les directions des affaires sociales (voir Salzgeber 2005), révélaient déjà que les situations à problème s'accumulent dans les villes et que la pauvreté ne prend pas fin à la majorité. C'est ainsi qu'en 2004, dans des villes comme Bâle, un enfant

«L'exclusion, c'est quand des enfants disent à un enfant: Nous, on ne veut pas jouer avec toi, parce que nous, on t'aime pas!»

sur sept, mais aussi un jeune adulte (18 à 25 ans) sur neuf a bénéficié de prestations de l'aide sociale au cours de l'année. La Statistique suisse de l'aide sociale 2004 qualifie d'«assez préoccupant» ce glissement vers des groupes de bénéficiaires de plus en plus jeunes (Office fédéral de la statistique 2006, 18). Dans l'ensemble, la Suisse reflète ainsi la tendance européenne à une «infantilisation» de la pauvreté, particulièrement marquée dans des pays comme l'Allemagne (voir l'article de G. Holz).

La pauvreté des enfants et des jeunes ne peut être ramenée au seul aspect économique, comme le montre bien la recherche sur l'enfance. Les études de ce type – qui ne permettent cependant pas (encore) de tirer des conclusions représentatives pour la Suisse – ont mis en évidence le fait qu'une situation de pauvreté atteint pratiquement tous les domaines de l'existence. A la lecture de ces études, on est frappé par deux relations, particulièrement étudiées dans le contexte suisse: celle entre pauvreté et santé et celle entre pauvreté et formation.

Pauvreté et santé (voir p.ex. Hofmann, Nadai et Sommerfeld 2001; Künzler 2003): les familles pauvres restreignent souvent leurs dépenses au détriment d'une alimentation saine, ce qui se répercute sur le développement physique des enfants; ceux qui sont issus de familles pauvres souffrent plus souvent que les autres de troubles psychosociaux, mais en même temps l'offre de conseil et de soutien touche plus difficilement les ménages vivant au-dessous du seuil de pauvreté. La charge psychosociale s'accroît globalement dans les familles frappées par la pauvreté, ce qui augmente aussi le risque de conflits familiaux et agit négativement sur l'interaction parents-enfants, mais aussi sur la relation entre les deux parents.

Pauvreté et formation: si nous admettons avec l'étude PISA que la compétence linguistique est un indicateur déterminant, alors le lien entre carrière scolaire et origine sociale n'est nulle part aussi étroit qu'en Allemagne, en Belgique et en Suisse (Stanat et Artelt 2002, 12). «Le principal résultat de ces recherches est que [...] dans les groupes au niveau de formation le plus bas, les parents continuent, peut-être même davantage encore qu'il y a 20 ou 30 ans, à envoyer bien plus rarement leurs enfants faire des études supérieures» (Lauterbach et Lange 1998, 106). Kronig (1996) constatait en 1996 déjà qu'au degré primaire, en Suisse, la proportion d'élèves étrangers dans les classes à effectif réduit avait triplé de 1980 à 1993, alors que celle des élèves suisses avait diminué d'un quart. Rüesch (1999, 12) calcule qu'en 1999 dans le canton de Zurich, au degré secondaire I, le type d'école aux exigences les plus basses était fréquenté à 67% par des élèves de nationalité étrangère, alors même que la proportion d'étrangers sur l'ensemble des élèves n'était que de 24%. Haerberlin et al. (2004, 44), étudiant la sélection opérée à l'école en Suisse, constatent que les élèves étrangers fréquentent 1,7 à 3,9 fois plus souvent le cycle secondaire à exigences élémentaires (voire 6,75 fois plus souvent à Bâle-Ville) que les jeunes Suisses, proportion qui, selon leur conclusion, «ne repose pas sur leurs performances réelles».

Nous pouvons donc retenir qu'entre 110 000 et 230 000 enfants – selon la valeur retenue comme seuil de pauvreté – vivent aujourd'hui en

Suisse dans un ménage pauvre, soit respectivement un sur quatorze ou un sur six.² Près de 70 000 d'entre eux reçoivent déjà un soutien de l'aide sociale. Le nombre de cas, mais aussi les contextes «à risque» se multiplient dans les villes. Cependant, faute d'études portant sur la Suisse, il est inopportun de parler de la pauvreté des enfants comme d'un «phénomène de masse» (voir l'article de G. Holz). Il n'est pas non plus possible, vu la brièveté de la période observée, de dire si la pauvreté des enfants et des jeunes est véritablement en augmentation constante. Les études, principalement celles issues de la recherche sur la formation et sur la santé, incitent à se demander quel est le risque que la pauvreté conduise à des problèmes de santé et dans quelle mesure les enfants des couches sociales inférieures «suivent les traces» de leurs parents; pour répondre à ces questions, il faudrait en fin de compte étudier la thèse selon laquelle la pauvreté s'hériterait en même temps que les chances d'occuper une place dans l'échelle sociale.

3 Stratégies de coping

Un projet soutenu par le Fonds national a étudié les situations à risque des jeunes adultes tributaires de l'aide sociale (Dalcher et Schäuble 2003; Drilling 2003; Schaffner Baumann 2003; Drilling 2004). Sur la base d'un échantillon d'environ 1200 jeunes de 18 à 24 ans ayant bénéficié de l'aide sociale en ville de Bâle, on a cherché à savoir quelles étaient les capacités et compétences de ces jeunes adultes au moment de leur entrée à l'aide sociale et comment leur situation a évolué au cours de la période de perception des prestations.

La perspective biographique a fait clairement apparaître que la situation de manque et de détresse commençait avant. Il convient plutôt de parler d'une *vulnérabilité de base*, qui apparaît souvent dès l'enfance. L'entrée à l'aide sociale proprement dite est alors provoquée par certains événements: chômage, revenu insuffisant, licenciement, mise aux poursuites, interruption de la scolarité ou de l'apprentissage, entrée en institution, expulsion du foyer familial, entrée dans une famille d'accueil, départ des parents, rupture, infirmité physique ou psychique.

Il s'avère ici, comme dans l'étude AWO/ISS (voir l'article de G. Holz) que la pauvreté est la résultante de facteurs multiples. Si l'étude allemande opte pour une typologie des situations de vie, celle que nous citons ici se fonde sur la théorie du capital de Pierre Bourdieu (Bourdieu 1983) et sur le concept de «capabilité» (opportunités de réalisation d'un projet de vie) de l'économiste et Prix Nobel indien Amartya Sen (Sen 2000). On peut alors distinguer – suivant le concept théorique appliqué – entre des situations de manque ou de pauvreté économiques (p.ex. revenu, fortune), culturelles (p.ex. formation professionnelle) ou sociales (p.ex. mesures de protection de l'enfance, relation parents-

² Le nombre de 111 000 est déduit de l'étude de l'UNICEF: en Suisse, 6,8% des enfants sont touchés par la pauvreté, pour une population résidante permanente de 1,64 million de personnes de 0 à 19 ans. Celui de 230 000 est fourni par l'étude sur les «working poor», qui inclut aussi les jeunes de 18 à 24 ans suivant une formation.

enfant). Seul un concept qui ne réduit pas la pauvreté des jeunes adultes à des facteurs économiques est vraiment valable à notre avis – en dépit des difficultés liées à la mesure de la pauvreté –, car il tient compte de la situation spécifique de l'enfance et de la première jeunesse, c'est-à-dire du lien étroit (et de la dépendance) avec la famille d'origine, le cercle d'amis et les jeunes du même âge.

Dans notre étude, nous avons tenté d'illustrer la dynamique en jeu par l'analyse des parcours biographiques et des événements marquants: pour ce faire, nous avons recouru aux procès-verbaux rédigés après entretien par les assistants sociaux. Cette analyse montre à quel point la vie quotidienne est traversée de défis et combien les séquences des parcours réussis et de ceux qui échouent sont liées entre elles (pour plus de détails, voir Drilling 2004). Dans le cas de Mlle H., par exemple, c'est le divorce de ses parents et son placement en éducation surveillée qui l'ont amenée à demander spontanément l'accueil dans une communauté thérapeutique. Les consultations portent sur le soutien thérapeutique et les problèmes de drogue. La jeune fille décroche alors une place d'apprentissage et peut quitter l'aide sociale grâce à des bourses, à une pension alimentaire et à son salaire d'apprentie. Mais ses lacunes scolaires sont trop grandes et Mlle H. interrompt son apprentissage; elle chasse son ami de l'appartement. Tous ses petits boulots occasionnels ne suffisent pas à payer le loyer. Mlle H. s'endette, son propriétaire la met aux poursuites et la fait expulser peu après. Au même moment, les directives en matière d'aide sociale sont modifiées, Mlle H. voit son allocation de logement réduite et une décision du service social l'engage à rechercher un logement meilleur marché. Dans le même temps, la travailleuse sociale qui s'occupe d'elle lui trouve plusieurs emplois temporaires. Mais elle se remet à prendre de la drogue, ce qui rend difficile son maintien sur le marché de l'emploi. L'aide sociale lui annonce qu'elle transfère son dossier dans le groupe des personnes incapables de travailler. Quelques semaines plus tard, Mlle H., qui a maintenant 22 ans, quitte à nouveau l'aide sociale. Motif indiqué: «aucun».

Si nous adoptons une conception de la pauvreté englobant les aspects sociaux et culturels, il nous faut répondre à la question «pauvre une fois, pauvre pour toujours?» de façon plus nuancée qu'en nous contentant d'observer si la personne parvient à se libérer de l'aide sociale (donc de la dépendance matérielle). Car parler de pauvreté implique alors de considérer ensemble les aspects économiques, culturels et sociaux de sa situation (changement de perspective exprimé par le concept de pauvreté socioculturelle), mais aussi d'analyser avec précision la suite de son parcours. On observe des différences flagrantes: ainsi, environ 60% des jeunes adultes considérés par notre étude ont pu se libérer de l'aide sociale au cours de la période d'observation (30 mois), ce qui pourrait encourager à contredire la thèse de la consolidation de la pauvreté. Il faut préciser cependant que la moitié seulement des intéressés ont trouvé un travail leur permettant de ne plus être tributaires d'un transfert social. Les autres «émigrent» vers d'autres assurances sociales (AI, assurance-chômage) ou trouvent d'autres institutions de soutien (bourses, fondations). Une autre partie encore sort de l'aide sociale

Sorties de l'aide sociale et motifs, canton de Bâle-Ville, période de 1999 à 2003	
	Somme
N	1123
Sorties	63%
Motifs:	
Emploi	44%
Indemnités de chômage	9%
Invalidité / rente / aides	9%
Bourse / subside de formation / fondation	5%
Départ du canton	10%
Aucun motif visible	13%
Autre (p. ex. mariage / aide de la famille)	7%
Retour à l'aide sociale durant la période d'observation	28%

Source: Drilling (2006).

sans indication de motif ou quitte le canton. Dans ce dernier cas, soit la personne sollicite l'aide sociale dans un autre canton, soit elle parvient à se tirer d'affaire plus ou moins longtemps sans y recourir. Enfin, 28% des jeunes adultes qui ont quitté l'aide sociale y retournent, ce qui laisse supposer l'existence d'un «effet tourniquet».

Nous avons constaté en outre qu'une petite moitié seulement des personnes ayant quitté l'aide sociale ont trouvé ensuite un emploi fixe; les autres ont travaillé comme barman, caissière dans un fast-food, agente de télémarketing à temps partiel, etc. En d'autres termes, si l'aide sociale enregistre des sorties réussies, du point de vue des jeunes adultes il s'agit plutôt d'une entrée dans de nouveaux processus de précarité et d'instabilité. Autrement dit – pour ne considérer que l'aspect économique de la pauvreté – la thèse selon laquelle la pauvreté serait un problème ponctuel dans le parcours de vie ne tient que si l'on entend par pauvreté recours à l'aide sociale. Mais si l'on adopte une perspective plus large, les résultats indiquent plutôt un risque de *consolidation du manque et de la pauvreté*. En revanche, l'aide sociale représente une stratégie de coping pour des périodes limitées de la vie, et l'on n'y recourt que tant que les conseils et le soutien financier reçus représentent par rapport à la perte d'indépendance un avantage déterminant face à la difficulté de la situation à surmonter. Le moment où l'on se résout à y faire appel dépend de l'appréciation de la personne et des alternatives à l'aide sociale qui s'offrent à elle. A cet égard, il faudrait dire «aide sociale un jour, aide sociale pas pour toujours» (et non «pauvre un jour, pas pauvre pour toujours» comme dans Zwick 1994). Mais dans la perspective biographique (qui travaille avec une notion plus large de la pauvreté), pour une proportion de jeunes encore à quantifier, les transferts sociaux

«L'exclusion, c'est quand personne ne t'écoute et que personne ne parle avec toi.»

devraient alimenter relativement longtemps, sinon en permanence, le portefeuille des «young urban poor» (Drilling 2004). Car après leur sortie de l'aide sociale, ces derniers sont aussi pour la plupart, du point de vue du marché de l'emploi, des «young working poor».

A part ces stratégies de repli, se pose également la question des facteurs influant sur les parcours biographiques continus. Nos constatations confirment largement les «facteurs de protection» identifiés par Holz et Puhlmann (voir tableau 4 dans l'article de G. Holz). Quelques extraits des entretiens que nous avons menés permettent de mettre ces facteurs en évidence.

Pour Mlle V., la personne de référence était sa grand-mère:

Mlle V.: Je dirais que tout ce qu'on peut s'imaginer de pire, je l'ai eu dans mon enfance. (...) Et puis j'ai fait, à neuf ans, peu avant la mort de ma mère, j'ai aussi fait une fois une tentative de suicide, dans mon enfance, quoi. C'était, aujourd'hui, en y repensant, c'était pas vraiment une tentative de suicide, j'ai simplement sauté du balcon, quand un enfant fait ça, c'est quand même très grave, non? J'ai toujours essayé comme ça de garder mes îles, mais mon père était malade, vraiment, un homme horrible. (...) Oui, et puis ma bonne île c'était ma grand-mère, la mère de ma mère donc, c'est vraiment ça quand je repense à mon enfance, je crois pouvoir dire aujourd'hui que c'est à elle que je dois d'avoir quand même gardé quelque part un noyau de santé en moi, elle était le bon cœur de la famille, et c'est vers elle que je suis toujours allée, c'est vraiment elle qui jusqu'à sa mort m'a donné ce que je ne recevais pas ailleurs. P22 (103:173)

Pour d'autres jeunes adultes aussi, rétrospectivement, une personne de référence joue un rôle central dans le début d'un renouveau après une enfance vécue comme socialement pauvre. Pour les uns, ce peut être un membre de la famille, pour d'autres un médecin ou une travailleuse sociale, comme pour Mlle Q., qui s'est réfugiée directement dans un centre d'intervention de crise:

Mlle Q.: Et puis ça a pété définitivement juste avant mes 14 ans. Alors j'ai décidé de me barrer, je supportais vraiment plus. Et alors je suis entrée au Foyer. (...) Et c'est là en théorie que la bonne vie a commencé, mais pour moi ça a été la chute. J'étais pas du tout habituée à tant de choses bien, rien qu'en théorie, il y avait tellement, comment dire, il y avait beaucoup trop de structure pour ma vie. P22 (306:391)

Il apparaît clairement que l'entrée dans une institution de sécurité sociale est liée à des attentes qui vont davantage dans le sens d'un remplacement de la famille que d'un complément. Il n'est pas rare que les jeunes y rencontrent des spécialistes qui valorisent leur personnalité, expérience qu'ils font souvent pour la première fois quand la relation parents-enfants n'est pas solide.

L'importance du travail de jeunesse ne doit pas être sous-estimée non plus: la fréquentation d'endroits comme la soupe populaire, les rencontres de chômeurs ou les lieux de rendez-vous dans l'espace public permettent aux jeunes, outre le soutien psychosocial reçu, de faire la connaissance de camarades qui se trouvent dans une situation sociale comparable. Les échanges font naître une identité commune et une culture du quotidien qui, si elle est encadrée par des professionnels, peut aussi rouvrir des perspectives au-delà du manque.

4 Perspectives

Pour une recherche sur la pauvreté adoptant la perspective biographique, les défis qui se posent à l'Etat social résultent surtout de deux faits: 1) plus la pauvreté commence tôt, plus elle est grande et plus elle dure longtemps, plus grands aussi sont ses effets sur la santé et sur les résultats scolaires; 2) la pauvreté dans l'enfance et l'adolescence peut avoir des répercussions sur la santé et le développement des compétences cognitives et sociales *même après* que la phase de pauvreté a été surmontée; autrement dit, à partir d'un certain point, les situations de pauvreté vécues dans l'enfance et la jeunesse agissent sur les phases ultérieures et sur le processus de développement, même si le manque n'est plus là («effets dormants») (Walper 1999, 302). La recherche révèle aussi qu'un cumul de risques apparaît «à haute dose» dans deux types de situation: d'une part, lorsque surviennent des *événements critiques de la vie*, par exemple déménagement dans une autre ville, séparation d'avec un des parents suite à un divorce, décès d'un parent ou des deux, maladie d'une personne proche ou de la personne elle-même, redoublement à l'école ou encore perte d'emploi d'un des parents; d'autre part, aux *étapes charnières du parcours de vie*, comme l'entrée au jardin d'enfants ou à l'école, ou l'entrée dans la vie active à la fin de la scolarité obligatoire.

Une politique de lutte contre la pauvreté ne peut donc pas être ramenée à la perspective d'une politique du marché du travail. Politique de pauvreté égale toujours aussi politique familiale, et politique familiale, politique sociale. Les recherches révèlent que le fait de disposer d'un capital social et culturel, donc la mise en place de relations et d'appartenances sociales utiles, ainsi que l'acquisition de compétences linguistiques et d'un titre de formation, constituent pour le développement d'une personnalité apte à se confronter activement et productivement au monde des avantages initiaux tout aussi importants que les ressources économiques.

S'agissant de la cohérence de la politique sociale, une conclusion s'impose: il s'agit de regrouper au niveau structurel les aides légales et les offres bénévoles, à l'heure actuelle largement dispersées. Il faut que les efforts accomplis aujourd'hui sur le plan de la collaboration interinstitutionnelle dans l'administration publique surtout se poursuivent, au-delà de sa structure interne, par une coopération avec les offres professionnelles de travail social. Au lieu donc de considérer le jeune du point de vue des institutions et de leurs intérêts, il convient de le placer au centre de la réflexion et de répondre à la question: quelles tâches de conseil, d'encadrement et de suivi doivent être accomplies par quelle institution à quel moment de son parcours biographique? C'est seulement en procédant de la sorte que l'on peut créer des opportunités de concrétisation d'un projet de vie et réagir activement aux stratégies de repli adoptées par les jeunes, lesquelles – comme le montre la recherche sur l'enfance – risquent d'avoir des conséquences irréversibles sur l'évolution de leur parcours.

Pour le travail social également, l'adoption de la perspective biographique devrait déboucher sur un maillage plus serré de l'offre. Ce qui

«On est exclu quand on ne veut pas la même chose que les autres
ou quand on n'a pas les mêmes idées que les autres.»

complique la chose dans les villes surtout, c'est que de nombreuses approches, comme le travail social en milieu scolaire ou l'éducation de proximité, ont été développées ces dernières années en réponse à des problématiques particulières et que ces structures s'appuient sur des responsables divers, dont les objectifs ne coïncident pas forcément. Chercher à s'accorder ici sur une stratégie commune dans le cadre d'une «culture de la croissance de l'individu» – cette *Kultur des Aufwach-sens* que prône le ministère allemand de la famille (Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002) – devrait inciter à réfléchir moins à ce qui différencie les offres et davantage à des objectifs qui dépassent les limites des divers champs d'action.

Je ne cacherai pas – et je l'ai d'ailleurs déjà dit – qu'une politique aussi large de lutte contre la pauvreté devrait représenter davantage qu'une réaction de plus aux résultats de la recherche sur la pauvreté des enfants et des jeunes. Il conviendrait sans doute de repenser le système de sécurité sociale, notamment sous l'angle de son rapport avec la société civile. Un tel changement de paradigme nécessite un certain courage, car s'il est vrai que les solutions pratiquées aujourd'hui pour améliorer ponctuellement certains éléments du système suffisent à court terme pour atteindre des objectifs purement budgétaires, elles ne sont guère appropriées pour répondre au phénomène de l'exclusion sociale par une stratégie d'intégration à même de réduire la probabilité d'une transmission héréditaire de la pauvreté.

Offre d'aide à la jeunesse / promotion de la jeunesse			
	Travail jeunesse dans le cadre des loisirs	Travail social en milieu scolaire	Educateurs de rue ou de proximité
Groupes cibles	jeunes en général	jeunes en général jeunes socialement défavorisés	jeunes socialement défavorisés jeunes dans l'espace public
Objectifs	Encouragement du développement individuel et social de la personnalité Renforcement et soutien des compétences sociales et de l'aptitude à résoudre les problèmes Soutien en cas de conflit et dans des situations de crise Apprentissage de l'autodétermination et de la prise de responsabilité sociale Compensation des handicaps sociaux et prévention de la marginalisation Contribution à l'intégration sociale et à l'identification avec la communauté		
Lieu	Loisirs	Ecole	Espace public
Méthodes	projets, travail en groupe, travail communautaire, aide individuelle		
Exemples	<ul style="list-style-type: none"> • Conseil / aide ponctuelle • Mise sur pied d'un lieu de rencontre • Projets participatifs dans le domaine des loisirs et l'espace public • Lobbying politique 	<ul style="list-style-type: none"> • Conseil (individuel ou en groupe) • Travail thématique en groupe (sexualité, violence, image de soi) • Participation à des groupes de parents • Participation à des projets dans l'école • Collaboration sur des thèmes généraux 	<ul style="list-style-type: none"> • Conseil / aide ponctuelle • Travail / réseautage dans l'espace social • Projets thématiques (violence, drogue, aménagement de l'espace public, etc.) • Aide à l'orientation professionnelle • Lobbying politique

5 Bibliographie

- Bourdieu, P. 1979. *La distinction. Critique sociale du jugement.*, Paris: Editions de Minuit.
- Bourdieu, P. 1983. «Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital», in R. Kreckel (éd.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2*, 183–98. Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Bundesministerium für Familie – Senioren – Frauen und Jugend 2002. *Jugendhilfe und die Kultur des Aufwachsens. Der Beitrag der Träger der Kinder- und Jugendhilfe zur Bildung und zur Entwicklung von Lebenskompetenz.* [Online]: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/PRM-23600-Eckpunktepapier,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf.
- Chassé, K. A., Zander, M. et Rasch, K. 2005. *Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen.* Wiesbaden: VS-Verlag.
- Dalcher, M. et Schäuble, S. 2003. *Achtung, hier arbeitet das Klientel... Coaching bei jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe.* Bâle: Haute école spécialisée de travail social des deux Bâle. Travail de diplôme.
- Drilling, M. 2003. *Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 1: Zum Stand der Armutsforschung in der Schweiz.* Bâle: Haute école de pédagogie et de travail social. [Online]: www.jugendarmut.ch (version étendue du texte concernant «la recherche sur la pauvreté en Suisse» pour la publication Drilling (2004) «Young urban poor», Wiesbaden: VS-Verlag).
- Drilling, M. 2004. *Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten.* Wiesbaden: VS-Verlag.
- Drilling, M. 2006. «Young Urban Poor: Handlungsstrategien in kontingenten Biographieverläufen», in J. Mansel and H. Kahlert (éd.), *Arbeit und Identität im Jugendalter. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Strukturkrise auf Sozialisation*, 93–112. Weinheim: Juventa.
- Geissler, H. 1976. *Die neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente.* Fribourg en Brisgau: Herder.
- Haeberlin, U., Imdorf, C. and Kronig, W. 2004. *Von der Schule in die Berufslehre. Untersuchungen zur Benachteiligung von ausländischen und weiblichen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche.* Berne: Haupt.
- Hofmann, C., Nadai, E. et Sommerfeld, P. 2001. *Verstecktes Leid unter Armut. Wie betroffene Kinder und ihre Eltern die Situation wahrnehmen und bewältigen.* Soleure: Haute école spécialisée de la Suisse du Nord-Ouest. Discussion Paper 2001–S01–01.
- Hübinger, W. 1996. *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit.* Fribourg en Brisgau: Lambertus.
- Huster, E.-U. 2002. «Kinder zwischen Armut und Reichtum», in C. Butterwegge et M. Klundt (éd.), *Kinderarmut und Generationenungerechtigkeit*, 43–55. Opladen: Leske und Budrich.
- Kronig, W. 1996. «Besorgniserregende Entwicklungen in der schulischen Zuweisungspraxis bei ausländischen Kindern mit Lernschwierigkeiten», *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete*, (1): 62–79.

«Pour ne pas devenir pauvre, je dois bien travailler à l'école et apprendre beaucoup de choses, pour pouvoir apprendre un bon métier. Alors je peux gagner beaucoup d'argent et je ne serai pas pauvre.»

- Künzler, G. et Knöpfel, C. 2002. Les pauvres vivent moins longtemps: couche sociale, mortalité et politique de l'âge de la retraite en Suisse. Lucerne: Caritas Suisse.
- Lauterbach, W. et Lange, A. 1998. «Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe 1», in J. Mansel et G. Neugebauer (éd.), *Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern*, 106–28. Opladen: Leske und Budrich.
- Leu, R. E., Burri, S. et Priester, T. 1997. *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Berne: Haupt.
- Office fédéral de la statistique 2006. *La statistique de l'aide sociale 2004. Premiers résultats nationaux*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique.
- Office fédéral de la statistique 2007. *La statistique de l'aide sociale 2005. Résultats nationaux*. Actualités OFS, Neuchâtel: Office fédéral de la statistique.
- Office fédéral de la statistique 2007. «La pauvreté des personnes en âge de travailler. Taux de pauvreté et de working poor parmi les personnes âgées de 20 à 59 ans, en Suisse, entre 2000 et 2005», Actualités OFS, Situation économique et sociale de la population, mars 2007.
- Rüesch, P. 1999. *Gute Schulen im multikulturellen Umfeld*. Zurich: Orell Füssli.
- Salzgeber, R. 2005. *Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten. Berichtsjahr 2004*. Initiative des villes. [Online]: www.staedteinitiative.ch.
- Schaffner Baumann, D. 2003. *Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 2: Bewältigung einer risikoreichen Statuspassage*. Bâle: Haute école de pédagogie et de travail social.
- Sen, A. (éd.) 2000. *Der Lebensstandard*. Hambourg: Europäische Verlagsanstalt.
- Sen, A. 2000b. *Repenser l'inégalité*. Paris: Seuil.
- Stanat, P. et Artelt, C. 2002. *PISA 2000: Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden, Ergebnisse*. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Streuli, E. et Bauer, T. 2002. *Working poor in der Schweiz. Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique.
- UNICEF 2005. *La pauvreté des enfants dans les pays riches 2005*. Florence: Fonds des Nations Unies pour l'enfance.
- Walper, S. 1999. «Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern», in A. Lepenies, G. Nunner-Winkler, G. E. Schäfer et S. Walper (éd.), *Kindliche Entwicklungspotentiale. Normalität, Abweichung und ihre Ursachen*, 292–360. Munich: Deutsches Jugendinstitut.
- Zwick, M. M. 1994. «Einmal arm, immer arm?» in M. M. Zwick (éd.), *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*, 7–20. Francfort: Campus.

Lutter contre la pauvreté: une détermination collective

Stéphane Rossini

Prof., Master HES-SO en action et politiques sociales, EESP, Lausanne
et Université de Genève. Conseiller national

La société de richesse et de forte consommation de biens et services à laquelle appartient la Suisse produit inexorablement des exclus. Si l'opulence est visible de part et d'autre du pays, la pauvreté se cache et est cachée. Le marché de la construction est en surchauffe: villas particulières et résidences secondaires aspirent les placements par milliards de francs. Le marché des loisirs s'accroît fortement. Banques, assurances, pharmaceutique et industrie d'exportation font du printemps un espace national de répartition des juteux bénéfices aux actionnaires et d'annonce des salaires indécents de quelques CEO. Tout cela est incontestablement bon pour le Produit intérieur brut et les politiciens. Ce n'est pas forcément le cas pour la Société, en proie à d'autres éléments de croissance: les inégalités et les injustices.

Il ne s'agit pas de jouer les esprits chagrins, mais au-delà de l'apparente impression de bonheur général, une autre réalité sévit, peu médiatisée, silencieuse, révélant des lacunes de la solidarité. Elle est vécue par des gens victimes de précarité et d'exclusion, et qu'on ne peut repérer sur le bord des chemins. Or, ces citoyennes et citoyens se comptent par dizaines de milliers. Ils ne parviennent à faire entendre leur voix, étouffée par la richesse générale, l'ignorance ou l'hypocrisie.

Action scientifique¹ et engagement politique constituent un espace privilégié d'observation de la manière dont émerge un problème social, jusqu'à ses conséquences en termes d'action sociale, en passant par sa légitimation politique. Je prétends que la lutte contre la pauvreté n'appartient pas, en Suisse, à la conscience collective, encore moins à la conscience politique. Ni objectifs, ni stratégies d'actions rigoureuses et cohérentes ne sont pensés et structurés pour lutter contre ce fléau. Les pauvres ont été comptés, certains s'en sont satisfaits, en l'occurrence peu perspicaces. On n'a guère souhaité comprendre leur vécu et les processus de paupérisation. Pas surprenant, quand on nie ou sous-estime un phénomène. Néanmoins, qu'on le veuille ou non, que cela plaise ou pas, la Suisse devra bien admettre qu'elle fabrique des pauvres et que ces pauvres ont un droit non seulement à des aides matérielles, mais encore à de la dignité.

¹ Rossini S. (sous la direction de), *Les pauvretés cachées en Suisse. Analyse qualitative des processus de précarisation et perspectives d'action sociales*, Rapport de recherche, Fonds national de la recherche scientifique PNR 45, Université de Neuchâtel, 2002, 266 pages

Rossini S., Favre-Baudraz B., *Les oubliés de la protection sociale ou le non-sens du ciblage des prestations*, Réalités sociales, Lausanne, 2004, 150 pages

«Pour ne pas être pauvre, je vais à la gare et je chante une
belle chanson, comme ça on me donne peut-être de l'argent.»

Responsabilité politique

Incontestablement, dans le pays figurant parmi les plus riches de la planète, les moyens humains et matériels pour conjurer ce mauvais sort ne manquent pas. Faut-il que s'instaure une volonté politique pour que les acteurs concernés mettent en œuvre une action commune! Or, tel n'est pas le cas.

Côté politique, plus particulièrement au niveau fédéral, on se contente d'observer les problèmes des autres, notamment ceux des cantons et des villes. Le jeu du «Pierre noir» s'érige en stratégie. Quand un problème surgit, on évite de le résoudre, recherchant le biais institutionnel et formel pour le transmettre à d'autres. Ainsi, la Confédération – par le Conseil fédéral – n'entend pas s'immiscer dans la problématique de la pauvreté, considérant qu'elle relève constitutionnellement des cantons et des communes. Il n'en faut pas plus pour que le Gouvernement refuse systématiquement d'entrer en matière sur les (modestes) velléités du Parlement d'interférer dans ce domaine².

La diversité des pratiques sociales entre les cantons ou les dynamiques intersectorielles qui sous-tendent la prise en charge des conséquences de la pauvreté militent en faveur de démarches décloisonnées. Celles-ci ne sauraient se restreindre aux frontières cantonales, voire communales (ou des villes). Le formalisme institutionnel qui oppose Confédération et cantons est désuet et inapproprié. Il privilégie le fonctionnement des institutions à la solution des problèmes. Entre fédéralisme, libéralisme, assistance et «responsabilité individuelle», il y a très peu de chance de disposer des majorités nécessaires pour mettre en œuvre un processus de lutte contre la pauvreté d'envergure nationale.

Dans le même temps, cantons et communes subissent une très forte croissance des demandes et charges d'aide sociale. Le nombre de bénéficiaires sollicitant des prestations d'aide illustre l'évolution des problèmes de précarité. Une évolution qui doit se lire dans le contexte général d'affaiblissement des assurances sociales et des difficultés de trouver une issue dans le monde du travail pour ces populations fragilisées. Les restrictions pratiquées dans l'assurance-chômage et les pressions sur l'assurance invalidité, par exemple, se répercutent immédiatement sur les régimes cantonaux. Plusieurs cantons ont ainsi observé des accroissements de dépenses très importants, jusqu'à plus de 20% ces dernières années. Cette ampleur démontre de vrais problèmes. On ne saurait y voir de simples abus! Dans ce contexte, les villes constituent sans aucun doute un pôle d'attractivité pour les personnes dans le besoin. L'anonymat relatif facilite le recours à des prestations d'assistance encore très largement considérées comme humiliantes et discriminantes dans les villages et les campagnes, où pression sociale et stigmatisation influencent les comportements.

² Voir le sort réservé aux interventions parlementaires déposées au cours de la législature 2003–2007, ou celles de la commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national en matière de lutte contre la pauvreté (dont l'avancement du projet de prestations complémentaires pour familles).

Il s'avère donc particulièrement dommageable qu'aucune dynamique prospective et volontariste globale ne soit actionnée par les responsables des politiques économiques et sociales pour combattre ce fléau. Les actions «en amont», sous l'angle de la prévention, sont rares. Les processus «réparateurs» demeurent donc la règle. Ils comportent en eux un danger d'immobilisme ou de passivité.

Subsidiarité

Côté société civile, les associations sans but lucratif ont un rôle important dans l'aide aux démunis. Historiquement, elles ont d'ailleurs précédé la mise en place de l'Etat social. Elles complètent désormais judicieusement les organismes publics, notamment en raison de conditions d'accès moins contraignantes. Les personnes rechignant à solliciter l'aide sociale publique préfèrent l'anonymat et l'accès moins formel des associations privées. Pourtant, certaines associations adoptent des attitudes contradictoires, comme si elles voulaient se «réserver» «leurs pauvres»! Comme si la peur de perdre des «clients» existait, provoquant une sauvegarde de leur raison d'être et une sorte de mainmise sur les personnes en situation de précarité.

Malheureusement, ce champ d'intervention sociale est particulièrement peu connu en Suisse. Il n'a jamais fait l'objet d'une évaluation rigoureuse. Son apport à l'action sociale – et à la cohésion sociale du pays – et ses effets ne sont pas mesurés. On connaît certes, quantitativement, les acteurs qui fondent le tissu associatif. On connaît par contre très mal les prestations allouées, les charges qui en découlent et les synergies avec les organismes publics. Enfin, on ne connaît rien des bénéficiaires et de l'impact des prestations des associations. Une telle situation hypothèque la capacité d'élaborer une complémentarité des stratégies, publiques et privées, nécessaires pourtant pour accroître les effets de la lutte contre la pauvreté.

Car l'acteur associatif est incontournable dans la mise en œuvre des politiques sociales suisses. Au nom de la complémentarité des actions et de l'optimisation des effets recherchés, l'Etat devra non seulement reconnaître l'action privée, mais la soutenir. Reste à résoudre quelques questions centrales. De quelle subsidiarité veut-on? Sur quels principes doit-elle se fonder et quelles formes doit-elle prendre en matière de lutte contre la pauvreté? Quels sont les moyens à allouer pour qu'elle produise des effets adéquats? Sans connaissances rigoureuses du terrain associatif, les réponses à ces questions sont illusoire. De plus, ces lacunes comportent le risque de générer l'immobilisme; celui de la défense de situations acquises, au détriment d'une évolution dynamique, en adéquation avec l'évolution des problèmes sociaux. Si la subsidiarité fait indéniablement sens, pour conserver et renforcer sa pertinence, ce n'est pas en autarcie, mais en interdépendance avec l'action publique qu'elle devra se développer.

«Pour ne pas être exclu, je dois simplement laisser les autres gens et les autres enfants tranquilles, ou jouer avec eux s'ils le veulent.»

Les jeunes aussi!

Les populations au risque avéré de marginalisation ou d'exclusion sont connues. «Working poor», migrant, famille monoparentale, petit indépendant, personne sans formation, toxicodépendante ou invalide, chômeur de longue durée, rentier ou malade, sont susceptibles, plus que d'autres, de subir les affres de la pauvreté. L'émergence de ce phénomène chez les jeunes s'ajoute aussi, malheureusement, à une liste déjà trop longue. Les jeunes ont désormais le triste honneur d'apparaître dans ce palmarès qu'on ne saurait considérer simplement comme statistique.

Leur situation et leur positionnement difficile sur le marché du travail ont provoqué une précarisation durable. De 2001 à 2005, le chômage des jeunes (de 15 à 24 ans) a passé de 1,5 à 5,1%³ et s'avère de 30% supérieur au taux global de chômage. Malgré la baisse sensible de ce taux en 2006 (4,3%), il existe de toute évidence un problème de passage entre la phase de formation (professionnelle ou études) et l'entrée dans la vie active. Si les perspectives semblent positives au regard de l'évolution démographique favorable aux jeunes et de croissance générale, il n'en demeure pas moins que précarité, pauvreté ou exclusion demeurent une trop sombre réalité. Elle doit être prise au sérieux et déboucher sur des mesures prioritaires, dynamiques, volontaristes.

Des titres accrocheurs ou des bonnes intentions appuyant la publication de recherches en sciences sociales ou celle de statistiques officielles sont insuffisants pour inverser les tendances. La nécessité de lier prise de conscience et pressions politiques est un enjeu majeur, pour autant que les autorités réagissent positivement, sans laxisme.

Transparence et action

Pour décider correctement, il faut en principe connaître. Tel n'est cependant pas forcément la règle! Le processus de décision «en connaissance de cause» relève bien souvent de l'illusion. Slogans et a priori animent et sous-tendent la discussion politique. Les mythes ont, par définition, la vie dure. Des jeunes au chômage? «Des bons à rien; des fainéants; des profiteurs». Ce discours sévit. Il tue le débat, empêche toutes mesures contraignantes. La banalisation qui s'en suit conduit à la négation de la légitimité politique d'agir. Se pose dès lors la question de la conscientisation des décideurs et leur connaissance des mécanismes complexes qui sous-tendent les phénomènes sociaux et les développements.

L'accélération des mutations socio-économiques des pays développés exacerbe la complexe imbrication entre l'économie et le social. Elle impose aux organes décisionnels l'élaboration de nouveaux instruments d'analyse pour accompagner les processus de décision. En sus de l'urgence fréquente, la pluridisciplinarité s'institue comme une condition impérative de compréhension des phénomènes et d'orientation

³ Voir: Weber B., *La situation des jeunes sur le marché du travail*, in *La vie économique*, SECO, Berne, 3-2007, pp. 52-54.

de l'action. Or, on met rarement en perspectives les données sur les multiples et complexes évolutions des modes de production, les conséquences sur les conditions de travail et les relations au système de protection sociale.

En Suisse, pays reconnu pour l'insuffisance de ses moyens statistiques consacrés au champ social, sans structures permanentes de recherche ou d'évaluation garantissant la continuité des démarches scientifiques, d'innombrables travaux sont entrepris, sollicités par les administrations ou les acteurs sociaux (associations professionnelles ou syndicales, organes d'application législative, etc.) pour soutenir les aménagements des régimes sociaux. Ils sont cependant ponctuels et partiels. Ils ne s'inscrivent pas dans une conception générale cohérente. Des lacunes crasses ont été comblées (comptes globaux de la protection sociale, statistique de l'aide sociale, encore lacunaire cependant), d'autres demeurent problématiques: absence de statistique des institutions privées ou des bénéficiaires des régimes sociaux, absence de connaissance des effets «transferts» des prestations sociales en matière de pauvreté, par exemple. Les effets des décisions politiques dans un régime sur les autres régimes de protection sociale sont mal étudiés (liens entre chômage, invalidité, prévoyance vieillesse, aide sociale, par exemple), notamment s'agissant des flux de bénéficiaires ou des transferts financiers. Qui établit des liens, par exemple, entre l'endettement des jeunes par le petit-crédit, les tensions et conflits familiaux, la violence, le chômage, l'exclusion, etc.? Personne, si ce n'est des travailleurs sociaux, mis aussi sous la pression des contraintes financières des administrations publiques, et souvent accusés de laxisme...

Ainsi, le «coup par coup» et les visions sectorielles, cloisonnées, l'emportent sur la démarche d'ensemble. L'évolution des problèmes sociaux renforce la conscience de cette faiblesse. Peu à peu, on reconnaît que des outils de connaissance structurés, pertinents et disponibles font défaut, ce qui pose la question de la crédibilité des décisions. Qui l'emporte, de l'idéologie ou de la compréhension de la réalité sociale? Trop fréquemment, l'idéologie et le sens commun font référence. Ainsi, au nom du fédéralisme, de la subsidiarité ou encore de la responsabilité individuelle, il devient aisé de réfuter la nécessité d'agir en matière de lutte contre les pauvretés.

Eviter le ciblage

Depuis une vingtaine d'années, dans le débat politique suisse, l'expression «politique de l'arrosoir» fait office d'argumentation contre les prestations à caractère universel, attribuées à l'ensemble d'une catégorie d'individus, quels que soient leurs moyens ou leurs besoins, par les régimes fondés sur le principe d'assurance. Cette notion du sens commun, illustrée par l'image de l'arrosoir, qui déverse généreusement son eau sans souci de sélectionner les plantes qui en ont le plus grand besoin – ou qui le méritent, rationalise l'idée qu'il serait sage et louable de veiller à une saine gestion des moyens disponibles. Offrir des prestations puisées dans les caisses de la collectivité à des personnes dont le besoin est mis en doute n'est-il pas un exemple patent de gaspillage? Nul besoin

de pousser l'argumentation plus loin, encore moins la réflexion, car l'évidence du bon sens parle d'elle-même. Pourtant, que signifie cibler les prestations en faveur de ceux qui en ont le plus besoin? La crainte de dilapider les finances publiques ne suffit pas à justifier l'impasse d'une réflexion sur le sens de telles mesures.

Le ciblage des prestations apparaît comme une «bonne idée», permettant pour une fois de privilégier ceux qui le sont le moins, en leur réservant des prestations dont ils seraient les uniques bénéficiaires. Pourtant, ces mesures engendrent des charges administratives importantes pour établir des limites d'ayant-droit, déterminer, contrôler, mettre en place tout un dispositif d'attribution des prestations et veiller à ce que les conditions soient remplies. De plus, elles ont un coût symbolique élevé. En légitimant le principe des conditions de besoin contre le principe de l'égalité des citoyens par les assurances, le ciblage des prestations ouvre une brèche dans l'unité de la cohésion sociale en accréditant deux catégories de citoyens, ceux qui ont besoin de l'aide de l'Etat et ceux qui sont pleinement capables d'assumer leur destinée et celle de leur famille. Revoilà le clivage entre les uns et les autres, qui se décline en termes de capacité et de dignité. Quelle représentation de la société permet de justifier ce clivage entre ceux qui ont besoin du soutien de la collectivité et ceux qui peuvent s'en passer? Disons-le catégoriquement: il s'agit d'une fausse bonne idée, d'un a priori bon sens.

L'universalité des prestations d'assurances sociales a permis d'effacer – ou pour le moins, d'atténuer – la honte liée au geste de recevoir d'autrui ses propres moyens de subsistance. Redonner au ciblage des prestations des lettres de noblesse constitue une régression de la politique sociale vers la charité plutôt que vers la notion de droits sociaux contribuant au maintien de la paix sociale.

Evitons, notamment dans la lutte contre la pauvreté des jeunes, de privilégier une logique négative. Ce sont des politiques et une stratégie globales qu'il incombe aux autorités fédérales et cantonales de mettre en œuvre, en dépassant les barrières institutionnelles et les cloisonnements des politiques publiques. De la formation aux assurances sociales, en passant par la protection du travail, les collaborations entre politique et économie sont urgentes. Notre société n'a pas le droit d'hypothéquer les chances de réussite des jeunes générations, qui feront l'avenir.

Economie et société

Pour y parvenir, il s'agira, enfin, de reconsidérer la suprématie et l'indépendance de l'économie. Le politique devra se réappropriier les fondements de la relation entre société et économie. Lorsque l'exclusion guette, il faut rappeler à l'économie son rôle et sa responsabilité de contribuer à la prospérité de l'ensemble. Elle ne peut fonctionner en vase clos.

L'entreprise appartient certes aux acteurs entrepreneurs – propriétaires, mais elle fonctionne grâce aux formations et autres infrastructures et aides publiques, à la recherche développée dans les hautes écoles, aux

salariés. Par ses impacts sur les ressources naturelles et l'environnement, elle relève, comme toute activité individuelle, des préoccupations de toute la population. Si elle produit des revenus pour la plupart, des richesses pour une petite minorité, si elle est un espace privilégié de participation et d'intégration sociales, elle peut aussi rendre malade ou invalide, exclure ou discriminer; elle peut polluer, absorber du territoire, s'arroger un pouvoir disproportionné et influencer les fonctionnements démocratiques. Si l'entreprise est certes «privée», l'économie ne peut être que sociétale, dans le sens où elle nous concerne tous.

Il appartient dès lors à l'autorité politique d'affirmer que le chômage des jeunes est intolérable et que l'éradiquer devient une priorité. Le politique dispose de toute légitimité pour imposer des règles qui, en fin de compte, serviront la prospérité de toutes et tous. Economie et social sont indissociables. C'est au politique de le réaffirmer, sans ambiguïté. La cohésion sociale et celle de la nation sont deux valeurs essentielles. Les sous-estimer et les négliger constitueraient une erreur fondamentale. En ce sens, la lutte contre la pauvreté est clairement tributaire d'une détermination qui, pour aboutir, se doit d'être collective.

«Si je suis pauvre, je risque d'être exclu. Si je suis riche, je risque d'être reclus. Je trouve les deux choses pas bien.»

Recommandations politiques

1. Un tabou à briser

- La pauvreté reste un sujet tabou en Suisse. Synonyme d'échec dans une société fondée sur la consommation et la réussite individuelle, elle est le plus souvent niée ou cachée.
- Reconnaître l'existence de la pauvreté des enfants et des jeunes, c'est admettre que cette question n'est pas purement conjoncturelle et économique, mais qu'il s'agit d'un problème de société qui dépasse le cadre individuel et auquel il est urgent d'apporter les réponses structurelles adéquates.
- La CFEJ souscrit entièrement à l'exigence de mettre en place une stratégie globale de lutte contre la pauvreté qui accorde une importance toute particulière à la situation des enfants et des jeunes, comme le demande une motion adoptée par le Conseil national et le Conseil des Etats. La CFEJ soutient également l'exigence de la CSIAS¹ de mettre en place une stratégie intégrée contre le risque de pauvreté des jeunes adultes.

Recommandations		Destinataires
1.1	Reconnaître l'importance du problème de la pauvreté des enfants et des jeunes en Suisse.	Confédération Cantons
1.2	Réaliser des statistiques et des enquêtes précises et régulières sur la pauvreté des enfants et des jeunes.	Hautes Ecoles
1.3	Affiner la compréhension du phénomène par des recherches ciblées sur la pauvreté des enfants et des jeunes.	
1.4	Elaborer, dans le cadre d'une stratégie globale de lutte contre la pauvreté, des recommandations qui débouchent sur des actions concrètes améliorant les conditions de vie et les perspectives des enfants et des jeunes.	

2. Améliorer l'accès et accroître l'offre en matière d'accueil extra-familial

- La petite enfance² constitue une phase fondamentale pour le développement physique et psychosocial de l'enfant. Le manque de ressources matérielles et immatérielles pendant cette période influe défavorablement sur le développement de l'enfant et peut avoir des conséquences négatives à long terme, que ce soit en matière de santé, de possibilités de formation ou d'insertion sociale. De ce fait, la petite enfance mérite une attention accrue de la part de tous les acteurs concernés, à savoir la famille, l'ensemble des institutions étatiques, la société civile³, mais aussi l'économie.
- Des études prouvent que l'accueil extra-familial, à condition qu'il soit de bonne qualité, basé sur des normes d'encadrement et sur la qualification du personnel éducatif, a des effets positifs en termes de socialisation et d'intégration, notamment pour les enfants allophones.
- Une véritable politique de la petite enfance dépasse cependant la question de l'accueil extra-familial pour comprendre «... l'ensemble des mesures prises par les pouvoirs publics et les autres acteurs de la scène politique pour aménager les conditions matérielles et institutionnelles de la prise en charge éducative».⁴

Recommandations		Destinataires
2.1	Réaliser des études et établir des statistiques pour évaluer l'offre d'accueil extra-familial et en identifier les lacunes, pour mieux connaître le profil des familles qui y recourent et analyser les effets sur le développement des enfants.	Confédération Cantons
2.2	Promouvoir un rôle plus actif de la Confédération dans le monitoring et la coordination des programmes et mesures.	Communes / Agglomérations
2.3	Augmenter les capacités d'accueil extra-familial tant au niveau préscolaire que parascolaire et assurer une distribution territoriale équitable et répondant aux besoins. Pour ce faire, il faut notamment prolonger le programme d'impulsion de la Confédération et impliquer davantage l'économie ⁵ et la société civile.	Société civile Entreprises
2.4	Promouvoir et garantir: <ul style="list-style-type: none"> • une égalité dans l'accès aux places d'accueil extra-familial indépendamment du niveau socio-économique de la famille par des mesures de discrimination positive ou par la fixation d'objectifs; • une information active et claire, atteignant également les familles allophones, sur les possibilités d'accueil extra-familial et les procédures pour en bénéficier; • une organisation flexible du temps d'ouverture des places d'accueil extra-familial tenant compte des horaires de travail des parents tout en respectant le bien de l'enfant (ex. nombre limité d'heures consécutives de prise en charge). 	
2.5	Promouvoir d'autres offres d'accueil telles que des espaces parents-enfants ou des offres de conseil et d'information dans les quartiers.	
2.6	Garantir l'accessibilité financière et sociale de cours de sport, de musique ou d'expression artistique destinés aux enfants en âge préscolaire.	

3. Une scolarité obligatoire dès 4 ans, des horaires harmonisés et un encadrement extrascolaire renforcé

- La mise en place d'une école enfantine dès l'âge de 4 ans, qui offre une transition souple entre le jardin d'enfants et l'école dite «obligatoire», répond à des objectifs d'intégration, de socialisation et d'égalité des chances, en particulier pour les enfants allophones.
- L'harmonisation des horaires scolaires, ainsi que le renforcement des offres d'encadrement extrascolaire, visent à soutenir l'élève dans ses apprentissages et à épauler les parents dans leurs tâches éducatives, en leur permettant de mieux concilier vie professionnelle et vie familiale. Ces mesures ont pour objectif non seulement d'éviter de laisser des élèves en difficulté scolaire ou sociale sur le bord du chemin, mais également de soutenir les familles socialement défavorisées.
- Il est donc urgent d'examiner de manière approfondie la formation précoce au sein du système éducatif et de réorganiser le déroulement scolaire afin d'offrir à tous les enfants, en tenant compte de leur développement, les meilleures expériences et perspectives de formation possibles.

Recommandations		Destinataires
3.1	Rendre l'école enfantine obligatoire pour tous les enfants dès l'âge de 4 ans.	CDIP Cantons
3.2	Harmoniser les horaires scolaires en tenant compte des spécificités locales.	Communes Ecoles
3.3	Organiser l'enseignement par périodes blocs ou sur le mode de la journée continue de l'écolier; développer l'offre de structures de jour afin de répondre aux besoins et aux spécificités locales (cantines scolaires par exemple).	
3.4	Mettre en place des mesures de soutien et de différenciation pédagogiques, tant structurelles qu'individuelles, pour les élèves qui ne parviennent pas à remplir les exigences de base.	
3.5	Généraliser les devoirs surveillés afin de renforcer l'égalité des chances entre les élèves.	

4. Accroître la perméabilité des filières scolaires

- Les études PISA montrent que les pays les plus performants sont aussi ceux qui assurent le mieux l'égalité des chances (Finlande, Suède, Canada par exemple): l'hypothèse selon laquelle la démocratisation des études engendrerait une baisse du niveau des performances est ainsi invalidée. En assurant de meilleures chances aux plus défavorisés, on élève en même temps le niveau moyen de l'ensemble des écoliers.
- Un second constat fait lors des études PISA est que la majorité des pays ayant obtenu les meilleurs résultats ont un système scolaire intégrant tous les élèves et ne sélectionnant pas ou peu les jeunes avant la fin du secondaire supérieur.

Recommandations		Destinataires
4.1	Réduire le caractère sélectif des systèmes scolaires et renforcer la perméabilité des filières.	Cantons CDIP
4.2	Offrir aux élèves un soutien individuel (coaching) pour leur permettre d'atteindre les standards nationaux de formation.	

5. Une responsabilité accrue de l'Etat en matière d'insertion des jeunes dans le monde professionnel

- Comme le souligne la CSIAS, le principal facteur de pauvreté et d'exclusion sociale des jeunes est une intégration trop précaire ou non réussie sur le marché du travail; une insertion professionnelle ratée est très difficile à rattraper. Dès lors, la possibilité de suivre une formation professionnelle de base doit constituer la première des priorités, et elle doit être offerte à toutes et à tous (y compris aux jeunes sans-papiers).
- Pour permettre à chaque jeune de se former et de se développer autant que ses capacités le permettent, afin de s'insérer durablement dans le monde du travail, l'Etat doit mettre en place une stratégie à long terme. Dans cette perspective, la CFEJ demande que l'Etat ait un devoir de formation au-delà de la scolarité obligatoire, de même qu'un devoir d'insertion professionnelle. Ce dernier doit se traduire par un accompagnement et un suivi des jeunes, depuis le degré secondaire I jusqu'à l'intégration durable dans le monde du travail.
- Par ailleurs, compte tenu de l'évolution rapide des qualifications demandées, il importe d'améliorer la formation générale des jeunes, de même que l'acquisition de compétences clés.

Recommandations		Destinataires
5.1	Renforcer les services d'orientation professionnelle pour assurer un suivi individualisé de chaque jeune: élaboration d'un projet professionnel, stratégie pour atteindre l'objectif, accompagnement dans les démarches. Intensifier la collaboration entre orienteurs professionnels et enseignants de la formation professionnelle.	Confédération Cantons Ecoles professionnelles Entreprises Syndicats et associations professionnelles
5.2	Assurer la gratuité des programmes de transition tels que la 10 ^e année.	
5.3	Créer un fonds national pour la formation professionnelle afin de garantir une offre de formation variée et suffisante en nombre. La gestion tripartite de ce fonds sera confiée à un organe dans lequel les salariés, les employeurs et l'Etat sont représentés.	
5.4	Faire bénéficier les jeunes de faible niveau scolaire ou socialement défavorisés de mesures supplémentaires adaptées à leur situation, à savoir un suivi particulier dès la 7 ^e année de l'école obligatoire et pendant toute la durée de leur apprentissage, ou encore un soutien durant les trois premières années de leur insertion dans le monde du travail (<i>case management</i>).	
5.5	Mener pour les jeunes, de la part des pouvoirs publics, une politique de placement active dans les domaines où les besoins publics sont insuffisamment couverts par l'économie privée; les coûts de cette politique seront sans nul doute inférieurs à ceux engagés aujourd'hui pour faire face aux problèmes générés par le chômage.	
5.6	Développer les processus de validation d'acquis, afin que les jeunes sans diplôme puissent faire valoir leurs compétences partielles en vue d'une formation certifiante ou pour s'intégrer plus facilement dans le monde du travail.	

6. Instaurer une égalité des chances en matière de bourses et de prêts d'études

- Pour une nation qui, comme la Suisse, repose sur le savoir, la formation revêt une importance capitale. L'économie a besoin d'une main-d'œuvre bien formée. Les chances d'accéder à la formation doivent être les mêmes pour toutes les classes de la société. Il s'agit là d'un objectif social, mais aussi d'une condition nécessaire pour que l'économie puisse compter sur un nombre plus grand de personnes au bénéfice d'une formation de qualité.
- Afin de permettre à tous d'accéder à la formation, l'Etat soutient les étudiants au moyen de bourses et de prêts d'études. Les dépenses à ce titre ont été réduites ces dernières années sous l'effet des impératifs d'économie, alors même que le nombre d'étudiants a augmenté. Cette évolution constitue aujourd'hui un problème pour de nombreux jeunes et elle en constituera aussi un, dans quelques années, pour l'économie.

Recommandations		Destinataires
6.1	Régler au niveau fédéral le soutien à la formation postobligatoire. Mettre en place dans tout le pays des conditions identiques pour tous les étudiants.	Confédération Cantons
6.2	Traiter sur le plan fiscal la formation et le perfectionnement professionnels au même titre que la formation de base. Autoriser des déductions fiscales également pour le perfectionnement professionnel.	
6.3	Ne pas remplacer le droit à une bourse par des prêts.	
6.4	Créer et subventionner des caisses accordant aux étudiants des prêts sans intérêt complétant le système des bourses.	
6.5	Verser les bourses sous forme de forfait d'études: le forfait couvre les frais du cursus le plus court, mais il peut aussi être réparti sur une durée plus longue. La possibilité est ainsi offerte de combiner des études à temps partiel avec une activité lucrative ou des tâches éducatives.	
6.6	Accorder les subsides pour les primes d'assurance-maladie sur la base du revenu et de la fortune des étudiants eux-mêmes (et non de leurs parents).	

7. Consommer sans s'endetter

- Un quart environ des jeunes de 16 à 25 ans dépensent davantage d'argent qu'ils n'en ont. Plus de 80% des personnes surendettées contractent leurs dettes avant 25 ans. 16% des jeunes de 15 à 22 ans admettent avoir des dettes. Mais la multiplication des crédits à la consommation et les achats compulsifs sont des phénomènes qui touchent aussi les adultes.
- Les promesses de bonheur trompeuses propagées par la publicité incitent à un comportement d'achat mal adapté au budget. Beaucoup de jeunes croient par exemple avoir besoin de vêtements de marque pour se positionner dans un groupe ou dans la société.
- Certains instituts offrent aux adolescents la possibilité d'obtenir dès l'âge de 14 ans, avec la signature de leur représentant légal, leur propre carte de crédit. Comme la famille vient presque toujours à la rescousse lorsqu'un jeune s'endette, ce groupe d'âge est lucratif pour les instituts de crédit: ils peuvent être relativement sûrs que les dettes seront vite remboursées. En outre, les jeunes ont encore de nombreuses années devant eux pour rembourser leurs dettes.
- Nombre de services de conseil budget et de prévention de l'endettement manquent cruellement de personnel. Or, plus une personne recourt tôt à l'aide de ce type de services, plus ses chances d'arriver à amortir ses dettes sont grandes.

Recommandations		Destinataires
7.1	Intégrer dans les programmes scolaires l'acquisition de connaissances de base en économie et sur le fonctionnement du marketing.	Cantons CDIP
7.2	Organiser des campagnes de sensibilisation et de formation à la perception critique de la publicité.	Confédération Parents
7.3	Organiser des campagnes de sensibilisation et de formation en matière de choix de consommation et de prévention de l'endettement (p. ex. max.money).	Instituts de crédit
7.4	Inciter parents et enfants à parler ensemble des coûts et des revenus.	
7.5	Donner aux enfants de l'argent de poche dès l'âge de 6 ans environ pour leur permettre d'apprendre à le gérer.	
7.6	Laisser les adolescents payer eux-mêmes certaines factures (p. ex. pour leur portable).	
7.7	Interdire la publicité pour les crédits à la consommation.	
7.8	Proposer aux entreprises de crédit à la consommation d'affecter librement 1% de leur chiffre d'affaires à des services de conseil budget et de prévention de l'endettement.	

8. Un style de vie plus sain pour tous⁶

- Le lien entre pauvreté et santé n'est souvent pas perçu de façon suffisamment consciente en ce qui concerne les enfants et les jeunes. Cela tient à ce que certaines prédispositions se forment très tôt, durant la grossesse et dès les premières années de développement de l'enfant, alors que les conséquences visibles et sensibles sur la santé n'apparaissent que plus tard. Mais certaines inégalités se manifestent déjà dans les jeunes années, p. ex. s'agissant de surcharge pondérale, de consommation de tabac ou d'accidents de la circulation.
- Les conséquences ne sont souvent vraiment visibles qu'à l'âge adulte, où l'on constate que les personnes issues de classes sociales inférieures tombent plus souvent malades ou vivent moins longtemps que les personnes mieux loties.
- Des conditions de vie plus défavorables ou des possibilités d'agir plus limitées concourent à ce que les personnes issues de classes sociales inférieures adoptent souvent un moins bon comportement en matière de santé. Il importe donc de viser à améliorer leur environnement par des mesures politiques touchant notamment la formation des adultes, la prise en charge des enfants, la formation professionnelle ou l'aménagement du territoire, des villes et des quartiers. Nombre de recommandations formulées pour d'autres thèmes ont donc aussi des conséquences en termes d'égalité des chances en matière de santé.

Recommandations		Destinataires
8.1	Accorder une importance plus grande, dans les écoles et les structures d'accueil de jour, à la transmission de comportements sains (bouger, manger équilibré) et de compétences psychosociales.	Accueil extra-familial Jardins d'enfants Ecole
8.2	Inscrire au moins trois heures d'éducation physique et d'enseignement ménager au programme de l'école obligatoire.	Travail de jeunesse Directions de l'instruction publique
8.3	Inclure dans les projets et les interventions de prévention et de promotion de la santé la question de l'inégalité sociale et celle de l'égalité des chances en matière de santé.	Directions de la santé Instances de décision en matière de prévention et de promotion de la santé
8.4	Soutenir en priorité les projets et les interventions qui visent à combattre les inégalités en matière de santé tout en évitant de stigmatiser qui que ce soit.	

9. Réorienter le travail de jeunesse extra-scolaire

- En étant actifs au sein d'associations sportives ou de jeunesse, les enfants et les jeunes acquièrent d'importantes compétences sociales et nouent des liens. Mais ceux qui sont issus de milieux pauvres n'entrent souvent pas en contact avec les associations et les clubs classiques et vont plutôt là où il n'est pas nécessaire de s'inscrire ni de se rendre régulièrement.
- Les enfants et les jeunes issus de milieux pauvres sont souvent laissés à eux-mêmes durant leur temps libre et ne sont guère soutenus ou stimulés. Certaines activités de loisirs leur sont inaccessibles en raison de leur coût (apprentissage d'un instrument de musique, sports nécessitant un équipement coûteux, cours de peinture, etc.).
- Les enfants et les jeunes issus de milieux pauvres ont souvent trop à faire (gérer le ménage, garder leurs frères et sœurs ou leurs petits cousins, aider leurs parents dans leur travail à l'extérieur, etc.) pour pouvoir faire encore leurs devoirs ou cultiver leurs propres intérêts.

Recommandations		Destinataires
9.1	Axer davantage les activités des associations de jeunesse et des clubs (sportifs) sur les besoins des jeunes défavorisés (p. ex. créer des offres accessibles à tous ou former les moniteurs en ce sens).	Confédération Cantons Communes
9.2	Créer des offres gratuites, à bas seuil, non sélectives et favorisant l'intégration (p. ex. «midnight basketball», ouverture de salles de gymnastique le dimanche, cours de musique, passeports-vacances ...).	Ecoles Concierges Associations de jeunesse
9.3	Proposer dans les centres de loisirs des cours gratuits dans les domaines les plus divers, ainsi que des conseils et de l'aide.	Animation socioculturelle Clubs sportifs et autres
9.4	Créer des structures permettant la participation des enfants et des jeunes et les doter de véritables compétences politiques et financières. Certains éléments du travail de jeunesse sur le terrain doivent pouvoir être gérés financièrement par les jeunes eux-mêmes. Veiller à ce que des enfants et des jeunes de toutes les classes sociales y participent et s'engagent.	
9.5	Renforcer les réseaux sociaux (centres de quartier, associations de jeunesse ...) qui s'ouvrent aussi aux enfants de milieux pauvres.	

10. Pour une véritable politique familiale

- Les enfants ne représentent pas en soi un risque de pauvreté, mais leur éducation coûte⁷, demande du temps qui ne peut être consacré à une activité lucrative et exige des ressources matérielles, mais aussi du savoir, du savoir-faire et des relations.
- Bas salaire, chômage, divorce, maladie, faible niveau de formation, manque de réseau, compensation insuffisante des charges familiales sont des facteurs qui risquent de faire basculer une famille dans la pauvreté, de manière temporaire ou durable. Ainsi une famille monoparentale sur sept touche l'aide sociale. Et la pauvreté, principalement si elle est plurifactorielle et si elle dure, influe négativement sur le développement physique, psychique et intellectuel de l'enfant. Avec des conséquences à long terme, pour l'enfant et pour la société.
- La politique familiale doit contribuer à prévenir les risques de paupérisation et soutenir les ressources des parents comme des enfants. Elle doit être associée à une politique du marché du travail permettant de concilier emploi et famille⁸ et offrant des salaires suffisants.

Recommandations		Destinataires
10.1	Introduire des prestations complémentaires pour les familles à revenu modeste dans l'ensemble des cantons suisses ⁹ .	Confédération Cantons
10.2	Harmoniser le règlement des avances et le recouvrement des pensions alimentaires afin de garantir à chaque enfant une pension décente même si le débiteur ne peut ou ne veut pas payer.	Communes Associations
10.3	Mieux harmoniser et coordonner les aides sous condition de ressources destinées aux familles (p. ex. subsides pour les primes d'assurance-maladie) afin d'éviter les effets de seuil et de trop grandes inégalités entre cantons.	Centres de quartier Ecoles Pédiatres et sages-femmes
10.4	Proposer des offres de conseil et de soutien aux parents et aux enfants, également accessibles aux allophones: conseils individualisés, espaces parents-enfants, projets de parrainage, visites et programme ludique à domicile, etc.	Caisses de pension Aménagement du territoire Entreprises Partenaires sociaux
10.5	Développer la formation des parents, en veillant à les atteindre tous (p. ex. cours sur le système scolaire suisse, conseils sur l'alimentation et le développement des enfants) et formaliser certaines responsabilités parentales (p. ex. participation obligatoire aux soirées des parents organisées par l'école).	Associations de parents
10.6	Prévoir des aides ponctuelles et des réductions de prix non discriminatoires pour les familles à faible revenu.	
10.7	Mettre à disposition des logements à loyer modéré de qualité et offrant un environnement favorable aux enfants et aux jeunes, et favoriser les zones d'habitat mixte pour éviter la concentration de familles pauvres.	
10.8	Offrir des conditions de travail qui permettent aux deux parents de consacrer du temps à leurs enfants, notamment lors d'événements importants dans la vie de l'enfant: temps partiels et job sharing, prévisibilité des horaires, flexibilité sans précarité, congé paternité, etc.	
10.9	Exonérer fiscalement le minimum vital; il doit valoir la peine de travailler.	

-
- ¹ La CSIAS est la Conférence suisse des institutions d'action sociale.
- ² Définition de la petite enfance selon l'Observation générale n° 7 du Comité des droits de l'enfant de l'ONU (2005): «Pour le Comité, la notion de droits de l'enfant dans la petite enfance devrait couvrir toutes les périodes de la vie du jeune enfant: naissance et première enfance; période préscolaire; et période de transition avec l'entrée à l'école. Par conséquent, le Comité propose de retenir comme définition pratique de la petite enfance la tranche d'âge comprise entre la naissance et 8 ans [...]».
- ³ Le terme de société civile désigne toutes les institutions non gouvernementales qui agissent sans but lucratif et qui poursuivent des intérêts publics. Il s'agit, en général, d'associations, de fondations et d'autres institutions telles que les associations de quartier, les associations de migrant-e-s, les églises, les associations des parents, etc.
- ⁴ In Troutot Pierre-Yves (1998): *Les transformations des métiers de la prime éducation: le mouvement de la professionnalisation*, Genève 1950–2000, DIP, Genève.
- ⁵ Sur l'exemple de la loi vaudoise prévoyant une participation obligatoire des entreprises à une fondation qui finance la création de places d'accueil.
- ⁶ Voir le rapport *Gesundheitsbezogene Chancengleichheit* [égalité des chances en matière de santé], document de base sur mandat de Promotion Santé Suisse, janvier 2006.
- ⁷ Voir Bauer Tobias: *Zeit und Geld. Eine Analyse der durch Kinder bewirkten finanziellen und zeitlichen Belastungen von Familien und der staatlichen Unterstützungsleistungen in der Schweiz Mitte der Neunziger Jahre*, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Berne, 1998. Coût direct et indirect (donc perte de gain) pour le scénario «revenu moyen»: entre 475 000 francs par enfant pour un ménage de trois enfants et 1 177 000 francs pour un enfant unique dans un ménage monoparental.
- ⁸ Des études récentes mettent en relief la plus-value qu'une politique favorable à la famille représente pour les entreprises: accroissement de la productivité, meilleure motivation et baisse de l'absentéisme, maintien des compétences, moindres coûts de recrutement, etc. Voir le Manuel PME «Travail et famille» publié par le SECO en 2007.
- ⁹ La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national travaille à l'élaboration de plusieurs variantes suite aux initiatives parlementaires 00.436 Fehr Jacqueline et 00.437 Meier-Schatz Lucrezia demandant des prestations complémentaires pour des familles.

Composition de la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse en 2007

Président

Pierre Maudet, lic. iur, Conseiller administratif de la Ville de Genève

Vice-présidence

Anna Sax, lic. oec. publ. MHA, économiste de la santé, Zurich
Alessandro Simoneschi, lic. iur., MBL, juriste, Fribourg et Comano

Membres

Nancy Bodmer, Dr phil., psychologue, directrice du centre de diagnostique du développement et de la personnalité à l'Université de Bâle, Muri b. Bern

Christoph Conz, enseignant de sport, secrétaire de la Commission fédérale de sport, Olten

Deborah Demeter, lic. sc. sociales et DEA en sociologie, responsable pour la jeunesse et l'environnement chez WWF Suisse, succursale de Bellinzona

Claudio Deuel, animateur socioculturel, délégué à la jeunesse de la Ville de Genève, Perly

Peter Kaenel, Dr iur, chef de l'Office cantonal des mineurs du canton de Berne, Bienne

Alexandra La Mantia-Bütler, responsable du secteur promotion de la jeunesse du Service zougais punkto Jugend und Kind, Emmen

Michael Marugg, Dr. iur., responsable du service droit et politique chez Pro Juventute, Dübendorf

Lukas Musumeci, étudiant, membre de la Jeunesse Socialiste Suisse (JSS), Gipf-Oberfrick

Chantal Ostorero, lic. ès lettres, MPA, collaboratrice personnelle de la cheffe du Département de la formation, de la jeunesse et de la culture du canton de Vaud, Grandvaux

Livia Salis-Wiget, éducatrice spécialisée et enseignante, Moosseedorf

Lena Schneller, lic. iur, présidente des jeunes radicaux suisses, Küsnacht

Florian Stettler, étudiant, membre de l'UDC, Chur

Doris Summermatter Kaufmann, responsable du domaine santé psychique à la Fondation suisse pour la promotion de la santé, Berne

Marie-Françoise de Tassigny-Glasson, déléguée à la petite enfance de la Ville de Genève

Christina Weber, responsable droits de l'enfant et coordinatrice du Réseau suisse des droits de l'enfant, Fondation Village d'enfants Pestalozzi, Zurich

Adrian Zimmermann, historien et archiviste, membre de l'USS, Berne

Secrétariat

Office fédéral des assurances sociales (OFAS)
Effingerstrasse 20
3003 Berne
ekkj-cfej@bsv.admin.ch
www.cfej.ch

Secrétaires scientifiques

Andrea Ledergerber Lüber, lic. phil. I
Marion Nolde, lic. ès sc. soc.

Rapports de la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse

1980	Thèses concernant les manifestations de jeunes de 1980 Thesen zu den Jugendunruhen	d/f/e/s
1981	Dialogue avec la jeunesse* Stichworte zum Dialog mit der Jugend*	d/f
1982	Aide à la formation extrascolaire active Unterstützung der aktiven Jugendarbeit	d/f
1984	N'apprennent-ils qu'à se taire? Les jeunes et les médias en Suisse* Erziehung zum Stummsein; Jugend und Medien in der Schweiz*	d/f
1985	Maman Helvetie/Père Etat. La situation des jeunes en Suisse Mutter Helvetia/Vater Staat. Zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz <i>Madre Elvezia/Padre Stato. La situazione dei giovani in Svizzera</i>	d/f/i
1985	Notre pays est le paradis du travailleur, c'est vrai Arbeiten ist für mich etwas unheimlich schönes <i>Se ci sono troppe macchine si dimentica il proprio mestiere</i>	d/f/i
1987	Jeunes et élections fédérales: 10 questions aux partis politiques Jugend und Nationalratswahlen: 10 Fragen an die politischen Parteien	d/f
1989	Si vis pacem – para pacem: pour une politique active de la paix Si vis pacem – para pacem: für eine aktive Friedenspolitik	d/f
1989	Etranger en Suisse Fremdsein in der Schweiz	d/f
1991/92	Rapport sur la situation des jeunes en Suisse (Rapports partiels: Vivre ensemble, Loisirs*, Formation, Rapport principal) Bericht über die Lage der Jugendlichen in der Schweiz (Teilberichte: Zusammenleben*, Freizeit*, Bildung, Hauptbericht*) <i>Rapporto sulla situazione dei giovani in Svizzera (Rapporti parziali: Convivenza, Tempo libero, Formazione; Rapporto principale)</i>	d/f/i
1996	Manifeste de Bienne pour la jeunesse '95 Bieler Jugendmanifest '95 <i>Manifesto per la gioventù '95</i>	d/f/i
1996	La politique de la jeunesse à un carrefour: perspectives pour la Suisse Jugendpolitik im Wandel: Perspektiven für die Schweiz	d/f

- 1997 **Quel avenir sans travail?
Les jeunes à la recherche de leur place dans la société** d/f/i
Ohne Arbeit keine Zukunft
Die Jugendlichen auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft
Quale avvenire senza lavoro?
I giovani alla ricerca del loro posto nella società
- 1998 **Les jeunes: cogneurs ou souffre-douleur?** d/f/i
Prügeljugend: Opfer oder Täter?
I giovani: vittime o carnefici?
- 2000 **Fondements d'une politique de l'enfance et de la jeunesse
Conception de la Commission fédérale pour la jeunesse** d/f
Grundlagen für eine nationale Kinder- und Jugendpolitik
Positionspapier der Eidg. Kommission für Jugendfragen
- 2001 **Assumer des responsabilités – les partager.
Comment promouvoir la participation des enfants et des jeunes** d/f/i
Verantwortung tragen – Verantwortung teilen.
Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen
Essere responsabili – condividere les responsabilità.
Idee e principi per la partecipazione dei bambini e dei giovani
- 2003 **Des atouts à reconnaître et à valoriser. Pour une politique d'intégration
adaptée aux enfants et aux jeunes d'origine étrangère** d/f/i
Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen. Perspektiven für eine
kinder- und jugendgerechte Integrationspolitik
*Punti di forza da riconoscere e valorizzare. Prospettive per una politica d'integrazione
a misura di bambini e giovani di origine straniera*
- 2003 Dahinden Jeanine, Neubauer Anna, Zottos Eléonore: d/f/i
**L'animation socioculturelle auprès des jeunes. État des lieux
et perspectives pour le travail avec les jeunes issus de la migration,**
étude du FSM sur mandat de la CFEJ et du Service de lutte contre le racisme,
SLR, Berne, 2003. Commande (prix: Fr. 9.50): OFCL, Diffusion publications,
3003 Berne, fax 031 325 50 58, www.bbl.admin.ch/bundespublikationen,
no d'art. 301.352.f.
- 2005 **... et puis la journée est finie! Temps libre, espaces libres et mouvement
pour les enfants et les jeunes** d/f/i
... und dann ist der Tag vorbei! Freie Zeit, Freiraum und Bewegung
für Kinder und Jugendliche
*... e poi la giornata è finita! Tempo libero, spazio libero e movimento
per bambini e giovani*

* épuisés

Commande: Secrétariat de la CFEJ, ekkj-cfej@bsv.admin.ch, tél. 031 322 92 26.
Les rapports des années 1998 et suivantes sont disponibles sur: www.cfej.ch

En ce début de XXI^{ème} siècle, près de 45% des personnes à l'aide sociale en Suisse sont des enfants et des jeunes. Ils ont des parents au chômage, vivent dans une famille monoparentale, sont issus de familles migrantes, ou ont plus de deux frères et sœurs. Plus grave encore pour leur avenir, 70% des jeunes adultes touchant l'aide sociale n'ont pas achevé de formation professionnelle. Pourtant, ce problème, dramatique, est encore largement méconnu.

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) a décidé de briser le tabou et de faire de la lutte contre la pauvreté et l'exclusion des enfants et des jeunes l'une de ses priorités. Ce rapport présente, outre des contributions scientifiques de pointe sur cette thématique, des pistes d'action sous forme de recommandations politiques visant entre autres les domaines de la petite enfance, de la formation, de la santé et de la politique familiale.

La pauvreté des enfants et des jeunes n'est pas une fatalité. Mais pour éviter qu'elle ne génère des ravages sociaux à moyen terme, la CFEJ milite pour une véritable politique de lutte contre la pauvreté à l'échelle nationale, afin de redéfinir en faveur des jeunes le contrat de solidarité entre les générations.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
Office fédéral des assurances sociales OFAS